DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

…twoch, 16. Februar 1983 - D ***
…blatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

…n 36,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, …ritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr

Nr. 39 - 7.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts.

…LITIK

…DU-Politiker: …eue Vorwürfe …gen Franke

DW. Kiel/Bonn
…s Ministerium für innerdeut… Beziehungen hat nach Infor…onen des Rechtsexperten der …-Bundestagsfraktion, Rolf Ol…, Gelder an Zahlungsempfän… geleitet und diese veranlaßt, …e Angaben im Verwendungs…weis zu machen. Der weitere …leib der Mittel sei unklar. Es …edoch anzunehmen, daß zu…est ein Teil der Gelder an Per…n in die Bundersrepublik …schland gegeben worden sei. …ch diese Masche wurde das … aus der Kontrolle des Parla…s entzogen", sagte Olderog.
…SPD-Abgeordnete Albert …, der im Kontrollausschuß …Bundestages auf Empfehlung …s Fraktionsvorsitzenden Her… Wehner für eine amtliche Un…chung über den Verbleib der …er aus dem Ministerium ge…nt hatte, erklärte, er habe an … Integrität und persönlichen …würdigkeit Egon Frankes …n Zweifel. Gerade in den hek…en Wahlkampftagen jedoch … der Kontrollausschuß amtli… Ermittlungen durch den …sanwalt für den objektivsten …gehalten. **Seite 2**

…ITAT DES TAGES

…Wir werden die Tarif…utonomie gegen jede …Einschüchterung und …Gewalttätigkeit vertei…digen. ”

…räsident des Arbeitgeberverban…esamtmetall, Wolfram Thiele, zu Demonstrationen der Gewerk… IG Metall während der Tarifver…ungen.
FOTO: FRANK LEONHARDT / DPA

…nzosen unzufrieden

dpa, Paris
…d die Hälfte der Franzosen …nt mit der Politik der Volks…Regierung in Paris unzufrie… Zu diesem Ergebnis kommt in der Zeitung „Le Figaro" …fentlichte Meinungsumfrage. …er Befragung wurde auch deut… daß die Wähler bei den bevor…nden Gemeindewahlen am 6. … ein Votum über die nationale …k abgeben wollen. 49 Prozent …efragten sprachen sich gegen …egierung aus. 31 Prozent woll…it ihrer Stimme bei den Kom…lwahlen die Politik Mitter… unterstützen.

…würfe gegen Kairo

dpa, London
… Gefangenen-Hilfsorganisa… Amnesty International (ai) hat …gyptische Regierung beschul… durch die Mißhandlung politi… Gefangener die Menschen…e zu verletzen. In einem ge… veröffentlichten Bericht heißt …ppositionelle in Ägypten wür…mit jahrelangen Freiheitsstra…edroht, verhaftet und an einer …n Meinungsäußerung gehin… Außerdem gebe es immer wie…Berichte über Folterungen poli…er Gefangener.

…skau hört ab

AFP, Oslo
…n sowjetisches Unterwasser…rgerät ist im Bereich des nor…schen Erdölfeldes Statfjord in …Nordsee entdeckt worden. Ein …cher der norwegischen Streit…e teilte mit, daß ein drei Meter …es und 90 Zentimeter hohes …kt vom Meeresgrund gehoben …len sei. Das Gerät habe Infor…onen über den Schiffverkehr …eichert. In jüngster Zeit seien …rere Spionagegeräte in der Nä…er Küste entdeckt worden, hieß

WIRTSCHAFT

Toyota und GM wollen in USA produzieren

SAD/rtr, Tokio
Der japanische Automobilhersteller Toyota und der größte amerikanische Autobauer General Motors (GM) werden gemeinsam in den USA einen Kleinwagen produzieren. Das Auto wurde von Toyota konzipiert und soll mit japanischer Produktionstechnik hergestellt werden. Die Produktion in Freemont, Kalifornien, soll 1985 aufgenommen werden. Über das Investitionsvolumen wurden keine Angaben gemacht. Bei dem auf zwölf Jahre befristeten Projekt sollen jährlich rund 200 000 frontgetriebene Kleinwagen hergestellt werden. Toyota soll den Leiter des Unternehmens bestimmen, an dem beide Seiten mit jeweils 50 Prozent beteiligt sein werden. Das Abkommen, das von der staatlichen Handelskommission der USA sowie den japanischen Behörden noch überprüft wird, soll heute unterzeichnet werden. GM-Vorstandsvorsitzender Roger Smith sagte, der neue Wagen solle die Chevette-Serie ablösen. Durch die Kooperation mit Toyota würden direkt 3000 sowie weitere 9000 Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie geschaffen, sagte Smith.

Trendwende am Bau

dpa/VWD, Frankfurt
Eine Trendwende in der Bauwirtschaft „als der wohl am schwersten von der Rezession getroffenen Branche" scheint sich im letzten Quartal 1982 angebahnt zu haben. Dies geht aus einer Branchenuntersuchung der Commerzbank hervor. Sie hält in diesem Jahr eine Zunahme der Bauleistungen in der Bundesrepublik Deutschland um preisbereinigt ein Prozent „durchaus für erreichbar".

SPD-Steuerpläne

AP, Bonn
Die SPD will im Fall ihrer Regierungsübernahme nach einer Ankündigung des früheren Finanzministers Manfred Lahnstein „das Steuerrecht auch für Erträge aus Zinsen etwas konsequenter anwenden". Nach geltendem Recht sind Zinseinkünfte aus Spareinlagen steuerpflichtig, wenn sie jährlich 400 Mark (Verheiratete 800 Mark) übersteigen. Bislang ist es jedoch den Sparern selbst überlassen, Zinsgewinne beim Finanzamt anzugeben.

Loderers Nachfolger

rtr, Frankfurt
Der bisherige stellvertretende Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, Hans Mayr, soll nach dem Willen der geschäftsführenden IG-Metall-Vorstandsmitglieder an die Stelle des aus Altergründen ausscheidenden Vorsitzenden Eugen Loderer treten. Stellvertreter Mayrs soll der Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, Franz Steinkühler, werden. Dies teilte ein Gewerkschaftssprecher auf Anfrage mit. Ein entsprechender Vorschlag des Vorstands soll dem Gewerkschaftstag im Oktober unterbreitet werden.

Kranken-Kontrolle

dpa, Bonn
Durch gezielte Kontrollen will die Sozialversicherung der „DDR" sicherstellen, daß der nach ihrer Ansicht zu hohe Krankenstand von durchschnittlich sechs Prozent gesenkt wird. In Zweifelsfällen sollen krankgeschriebene Arbeiter kurzfristig einer ärztlichen Kontrollkommission vorgestellt werden. Dies teilte das Informationsbüro West (IWE) mit.

Aktien gut behauptet

DW. Frankfurt
Bei lebhaftem Geschäft konnten sich die Aktienkurse gut behaupten. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 114,7 (114,0). Dollarmittelkurs 2,3953 (2,4205) Mark. Goldpreis pro Feinunze 511,50 (500,50) Dollar.

WETTER

Heiter und trocken

DW. Essen
Nach Auflösung von Frühnebel in ganz Deutschland heiter und niederschlagsfrei. Tagestemperaturen um null Grad, in der Nacht Frost zwischen minus 5 und minus 10 Grad. Zeitweise auffrischender Nordostwind.

Genscher: Grundentscheidungen gegen die SPD verteidigen

Interview mit der WELT / Für klare West-Bindung und Marktwirtschaft

DW. Bonn
Die gegenwärtige Regierungskoalition sei angetreten, um die Grundentscheidungen für die Soziale Marktwirtschaft und für die West-Bindung der Bundesrepublik Deutschland neu zu bekräftigen, sagte der FDP-Vorsitzende Außenminister Hans-Dietrich Genscher, in einem Interview mit der WELT. Beide Grundentscheidungen würden heute ähnlich wie in der Zeit nach der Gründung des Staates im Jahre 1949 angefochten. Genscher warnte vor einer Selbstisolierung zwischen Ost und West. Die Regierung aus Union und FDP befürworte eine klare Option für den Westen. Sie verfolge damit das Ziel, die stabile Ordnung in Europa zu erhalten und ihren Verfall in eine „Konfliktordnung" zu verhindern. Das Gespräch mit dem FDP-Vorsitzenden führte Herbert Kremp.

WELT: Herr Minister Genscher, die Krise, in der sich Ihre Partei in der Phase des Übergangs befunden hat, scheint überwunden zu sein. Sie haben sich im Kampf gesammelt. Wo ist der politische Ort der FDP?

Genscher: Der politische Ort der FDP hat sich nicht verändert. Er wird bestimmt durch die grundsätzlichen Auffassungen der FDP von einem liberalen Rechtsstaat, durch die soziale Marktwirtschaft als einer Freiheitsordnung und außenpolitisch durch die Zugehörigkeit zum Westen – nicht als Zweckbündnis, sondern als Wertgemeinschaft begriffen, die sich zu Menschenwürde, Freiheit und Selbstbestimmungsrecht bekennt.

Daß wir in der Zeit des Übergangs, wie Sie es nennen, schwere Probleme und schwere Auseinandersetzungen zu bestehen hatten, konnte niemanden überraschen. Und zwar deshalb nicht, weil es immer wieder gerade in dieser Partei, die sich die Aufgabe stellt, den Wechsel möglich zu machen, auch einzelne und Gruppen gibt, denen eine bestimmte Koalition, welche die FDP eingegangen ist, höher steht als liberale Überzeugung. So etwas hat es 1969 gegeben, so etwas hat es jetzt gegeben. Diese Phase hat die FDP hinter sich, und sie hat damit ihre innere Freiheit voll gewonnen und bestätigt.

WELT: Hat die neue Koalition einen in der Zeit liegenden historischen Sinn?

Genscher: Vielleicht ist „in der Zeit liegend" zuwenig gesagt; es ist ganz sicher richtig, daß Sachaufgaben und historische Entwicklungen sich ihre Koalitionen suchen. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Entscheidung zwischen West-Integration oder Neutralisierung, zwischen sozialer Marktwirtschaft oder bürokratischem Sozialismus zu treffen. Diese Entscheidung, damals zusammen von FDP und CDU/CSU gesucht und gefunden, ist jetzt neu zu bekräftigen. Denn die Entscheidung für die soziale Marktwirtschaft wird in der SPD, die mit ihrem Münchener Parteitag hinter Godesberg zurückgefallen ist, angefochten. Angefochten wird auch die West-Bindung der Bundesrepublik, expressis verbis bei den Grünen mit der Forderung nach Austritt aus der NATO, in der Konsequenz aber auch durch bestimmte sicherheitspolitische Vorstellungen in der SPD.

WELT: Sie sagen also, daß es bei der Bundestagswahl um eine grundsätzliche Richtungsentscheidung, um eine Art Systemwahl geht?

Genscher: In der Tat, die Koalition der Mitte ist angetreten, um die Grundentscheidungen für die soziale Marktwirtsrhaft und für die West-Bindung der Bundesrepublik Deutschland neu zu bekräftigen. Beide Entscheidungen stehen in einem inneren, einem geistigen Zusammenhang, sie sind beide Entscheidungen für die Freiheit. Dabei stehen natürlich auch heute Personen für diese Grundentscheidung. Ich nehme das für den Bundeskanzler genauso in Anspruch wie für mich.

Hier liegt vielleicht auch das eigentliche Problem der Sozialdemokraten in diesem Wahlkampf: Ihr Spitzenkandidat steht weder für das eine noch für das andere; er kann es auch nicht, denn wenn er klar Stellung beziehen würde, käme er in dieselbe Lage wie der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt, dem seine Partei für die in der alten Koalition vereinbarte Politik mehr und mehr die Gefolgschaft versagte.

WELT: In diesem Wahlkampf werden Emotionen aufgewühlt. Ich habe neulich einen Vortrag von Hermann-Josef Abs gehört, der sagte, frühere Bundeskanzler wie Ludwig Erhard hätten die Menschen ermutigt, und deshalb sei es in Deutschland vorangegangen. Man habe den Menschen keine Angst gemacht. Heute aber wird Angst gemacht. Müssen die Deutschen sich ängstigen lassen?

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Der Fronvogt

BRUNO WALTERT

Setzt Moskau beim Bau der sowjetisch-europäischen Erdgasleitung Zwangsarbeiter ein oder nicht? Diese Frage, im vergangenen Jahr weltweit diskutiert, steht auch nach dem jüngsten Bericht des US-Außenministeriums weiter im Raum. Eine Reihe von Informationen, so heißt es in der Studie, weise darauf hin; „förmliche Beweise" allerdings gibt es nicht.

Wie sollte es sie auch geben können? Gegenüber einem System wie dem sowjetischen, zu dessen immanenten Eigengesetzlichkeiten auch die beinahe totale Abschottung nach außen gehört, sind förmliche Beweise meist nur schwer zu führen. Moskau hatte zwar Journalisten und eine internationale Beobachtergruppe an die Pipeline-Trasse eingeladen. Aber niemand aus dem Westen sah mehr als 300 Kilometer Baustelle, von insgesamt rund 4000 Kilometern. Und dies auch nur für kurze Zeit. Nur eine internationale Untersuchung könnte die Vorwürfe, die sich schließlich auf eine ganze Reihe von Berichten stützen, entkräften.

Aber selbst dann, wenn sich der Kreml aus Gründen der politischen Optik in Sachen sowjetisch-europäische Erdgas-Pipeline zu einem solchen Schritt bereit fände, bliebe da noch das eigentliche Problem: die Zwangsarbeit im Reich der roten Zaren, auf die das Außenministerium in Washington in seinem jüngsten Bericht erneut hingewiesen hat.

Die Zustände in den Lagern, von Alexander Solschenizyn in „Archipel GULag" bewegend dokumentiert, haben sich offenbar nicht geändert. Auch wenn das Zwangsarbeits-System, dem nach amerikanischen Feststellungen jetzt wieder vier Millionen Menschen in der Sowjetunion unterworfen sind (vorübergehend waren es schätzungsweise „nur" zwei bis drei Millionen), seit einiger Zeit nicht mehr unter GULag firmiert, sondern unter GUITU (Hauptverwaltung Besserungsarbeitbehörden).

Die Vorwürfe aus Washington an die Adresse Moskaus sind hart, die beispielhaften Zustandsbeschreibungen erschütternd. Jurij Andropow, der neue Parteichef, muß nach fünfzehn Jahren als KGB-Chef die Realitäten der Zwangsarbeit besser kennen als jeder andere. Er wird politisch mit diesen Vorwürfen solange leben müssen, bis eine unabhängige Untersuchungskommission die rund 1100 Zwangsarbeitslager in der Sowjetunion ständig überprüfen könnte, wie der US-Bericht es vorschlägt. Nichts allerdings spricht dafür, daß Moskau dem folgen könnte. Denn nur freiheitliche Staaten kommen ohne Zwangsarbeitslager und ohne unmenschliche Härte aus.

Zwangsarbeit auch für Pipeline-Bau

US-Außenministerium legt Dokumentation über sowjetische Straflager vor

W. WILL/DW. Washington
Auf rund vier Millionen schätzt das amerikanische Außenministerium die Zahl der Zwangsarbeiter in der Sowjetunion. Nach den Informationen des Ministeriums verdichten sich die Vermutungen, daß Moskau auch beim Bau der Erdgas-Leitung nach Westeuropa Zwangsarbeiter einsetzt.

In der Dokumentation des State Department wird der Brief einer Frau zitiert, deren Mann seit Februar 1982 in einem Straflager festgehalten wird, weil er sich geweigert hatte, seinen Antrag auf Ausreise nach Israel zurückzuziehen: „Etwa 2000 Gefangene leben im Lager Vydrino. Dort, wo Tuberkulose und andere Krankheiten herrschen ... Die Körper vieler Gefangener sind mit aufgebrochenen Geschwüren bedeckt. Ihre Kleidung klebt an ihrer Haut und muß mit Hautstücken abgerissen werden ... Ihre tägliche Ration besteht aus 450 Gramm Brot und 450 Gramm Grütze ... Fett gibt es kaum, Vitamine fehlen ganz ... Ich weise darauf hin, daß die Hunger-Folter, daß Kälte und Arbeit über die Kräfte meines Mannes gehen."

Wie dieser Brief in den Westen kam, bleibt in der Dokumentation ebenso offen wie die Frage, woher eine ebenfalls abgedruckte Zeichnung stammt: Sie zeigt neben einer Pipeline-Pumpstation ein Lager für Zwangsarbeiter. Möglicherweise ist die Zeichnung Ergebnis einer Satellitenaufnahme.

Die Autoren des Berichts, der dem amerikanischen Kongreß zugeleitet wurde, geben die Zahl der Zwangsarbeitslager in der Sowjetunion mit rund 1100 an. Zur „Zwangsarbeiter-Armee" gehörten wenigstens 10 000 Sowjetbürger, die aus politischen oder religiösen Gründen gefangengehalten würden heißt es. Erwähnt werden auch 11 000 Vietnamesen, deren Status als „Diener unter Vertrag" umschrieben wird. Wahrscheinlich handelt es sich um „umerziehungspflichtige" Südvietnamesen, die von Hanoi als Art Arbeitssklaven an die UdSSR „ausgeliehen" wurden.

In einem Begleitbrief an den Kongreß schrieb Unterstaats-Sekretär Lawrence Eagleburger, daß nach mehreren Berichten „Zwangsarbeiter auch bei schwierigen und gefährlichen Arbeiten, die mit dem Bau der ‚Export-Pipeline' zu tun haben, eingesetzt worden sind". Es wird nicht ausdrücklich festgestellt, daß die Gas-Pipeline, die von Sibirien nach Westeuropa führt, mit Zwangsarbeitern gebaut wird. Das Dokument deutet vielmehr an, daß aus Furcht vor „negativer Publizität" der Einsatz von Zwangsarbeitern auf innersowjetische Pipeline-Projekte beschränkt ist. Demgegenüber wird hervorgehoben, daß Zwangsarbeiter „auch eine Rolle bei sowjetischen Verteidigungsprojekten" spielen; denn „militärische Installationen" gehörten „zu den größeren Projekten, bei denen Zwangsarbeiter eingesetzt wurden".

USA: Moskau versucht nur Keil in die Allianz zu treiben

Enttäuscht über das Stocken der Genfer Verhandlungen

dpa/AP, Brüssel/Bonn
Die USA machen die Sowjets für das derzeitige Stocken der Genfer INF-Verhandlungen verantwortlich. Ihr Vorwurf: Moskau beharre auf einem Verzicht der NATO auf neue amerikanische Mittelstreckenwaffen und auf der Einbeziehung der französischen und britischen Atomwaffen in eine Vereinbarung über den Abbau von SS-20-Raketen.

Den Standpunkt Washingtons bekräftigte gestern in Brüssel der Leiter der Europa-Abteilung im US-Außenministerium, Robert Burt. Nach der Sitzung des NATO-Abrüstungsausschusses sprach er von der Enttäuschung der USA über die starre Haltung der Sowjets bei den Genfer Verhandlungen.

Die Konferenz der Allianz habe aber, so Burt, erneut zu der übereinstimmenden Einschätzung geführt, daß der Vorschlag des sowjetischen Parteichefs Juri Andropow über die Einbeziehung der britischen und französischen Waffensysteme in die Verhandlungen „kein ernsthaftes Angebot ist und nicht als Grundlage für eine Vereinbarung gelten kann".

Bisher hätten die Sowjets in Genf immer nur versucht, „einen Keil zwischen die USA und Europa, zwischen Atom- und Nichtatom-Mächte in der NATO sowie zwischen die NATO-Länder und die asiatischen Staaten zu treiben". Das NATO-Gremium habe auf seiner Sitzung jedoch die Entschlossenheit des Bündnisses unterstrichen, am Doppelbeschluß festzuhalten. Burt wies auf die Zusage der Regierung Reagan hin, jeden ernsthaften sowjetischen Vorschlag auszuloten, wenn auch der Westen in Genf derzeit kein über die Null-Lösung hinausgehendes Angebot unterbreite.

Trotz der derzeit in Genf festgefahrenen INF-Verhandlungen geht Bundeskanzler Helmut Kohl davon aus, daß die Sowjets zu weiteren Zugeständnissen bereit sind, wenn der Westen einig bleibe. Gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte er jedoch, daß er mit der entscheidenden Phase bei den Genfer Gesprächen erst im Sommer rechne.

Die Basis der NATO sei heute fester als in den vergangenen Jahren, argumentierte Kohl. Dies hänge auch damit zusammen, daß die von ihm geführte Bundesregierung in den USA erhebliche Irritationen abgebaut habe. Er warnte zugleich davor, nur über die Mittelstreckenraketen zu diskutieren.

*

AP, Bonn
Ein Abkommen über die Begrenzung von Mittelstreckenraketen muß nach Ansicht des SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel „spätestens zwischen Dezember diesen und den ersten Monaten des nächsten Jahres unterschrieben werden".

Die Genfer INF-Verhandlungen stünden unter erheblichem Zeitdruck, damit ein Übereinkommen „noch vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen Ende 1984 ratifiziert werden" könne. Wenn dieser Zeitrahmen nicht eingehalten werde, ergäbe sich eine „völlig ungewisse Lage für die Fortsetzung der Verhandlungen". Vogel unterstrich noch einmal „die klare Absage" an eine Zwischenlösung bei den Genfer INF-Verhandlungen, die „von einer automatischen, wenn auch reduzierten Stationierung ausgeht".

Karlsruhe verkündet heute die Entscheidung

rtr/dpa/AP, Karlsruhe
Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat gestern abschließend seine Entscheidung über die vorgezogene Bundestagswahl im März beraten, wie ein Sprecher in Karlsruhe bestätigte. Das Gericht unter seinem Vorsitzenden Wolfgang Zeidler hat, wie bekannt wurde, zur Begründung seines für heute (11 Uhr) angekündigten Urteils rund 50 Seiten Text ausgearbeitet. Diese ungewöhnlich breite Darlegung kennzeichnet nach Auffassung von Beobachtern die Einmaligkeit der Entscheidung. Die ursprünglich vorgesehene Direktsendung des ZDF über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird nicht stattfinden. Der Senat entschied, eine Live-Sendung weder im Fernsehen noch im Rundfunk zuzulassen.

Bonn will nicht für Verlegung der Truppen zahlen

DW. Bonn
Die Bundesregierung lehnt weiterhin eine Kostenbeteiligung für die Vorverlegung von US-Truppen in der Bundesrepublik Deutschland ab. Nach einem Bericht der „Frankfurter Rundschau" soll Washington von Bonn eine Beteiligung in Höhe von 2,3 Milliarden Mark – verteilt auf die Jahre 1985 bis 1990 – an den Kosten verlangt haben, die durch eine Verlegung dichter an die innerdeutsche Grenze entstehen. Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums dementierte konkrete Forderungen und betonte daß Bonn nach den geltenden Verträgen keine Zahlungen zu leisten habe. Bundeskanzler Kohl und Verteidigungsminister Wörner haben schon früher auf erhebliche zusätzliche Bonner Leistungen verwiesen.

Libanons Armee bezog Stellungen in Ostbeirut

AFP/AP, Beirut
Drei motorisierte Brigaden der libanesischen Armee mit insgesamt 6000 Soldaten haben gestern elf neue Stellungen in Ost-Beirut sowie nördlich und südlich vom Stadtzentrum bezogen. Die von den Phalangisten dominierten Milizen, die bisher Ost-Beirut beherrschten, waren von ihrem Kommandeur Fady Frem angewiesen worden, mit den regulären Streitkräften zusammenzuarbeiten.

Das Kabinett hatte beschlossen, daß die 22 000 Mann starken Streitkräfte alle Sicherheitsmaßnahmen übernehmen, ohne daß der Ausnahmezustand ausgerufen wird. Inzwischen konnte der frühere Major Haddad seine Enklave „Freies Libanon" auf Sidon ausdehnen. Damit umfaßt seine Zone ein Viertel des Staatsgebietes.

Aeroflot-Funktionär unter Spionageverdacht verhaftet

Italiener hatte ihm Fotos von Militäranlagen übergeben

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom
Nach dem bulgarischen Luftlinien-Angestellten Antonoff ist jetzt auch ein führender Funktionär der sowjetischen Fluggesellschaft „Aeroflot" in einem römischen Gefängnis gelandet: Viktor Pronin, Vizedirektor der Handelsabteilung in der römischen „Aeroflot"-Niederlassung, wurde unter Spionageverdacht in Polizeigewahrsam genommen.

Die Carabinieri überraschten Pronin, als er gerade von dem Italiener Azelio Negrino ein Paket mit Mikrofilmen – angeblich von Verteidigungseinrichtungen in Nordostitalien – entgegennehmen wollte. Gegen Negrino, der Geschäftsführer einer Genueser Mikrofilmfirma ist, wurde sofort Haftbefehl wegen „politisch-militärischer Spionage" erlassen. Im Fall Pronin steht eine entsprechende Entscheidung durch die Staatsanwaltschaft noch aus.

Bei einer Durchsuchung des Hotelzimmers Negrinos wurde nach Angaben der Polizei „äußerst interessantes Material" sichergestellt. Pronin und Negrino wurden in einer belebten Bar der römischen Innenstadt festgenommen. Der italienische militärische Abschirmdienst war seit etwa einem Jahr auf der Spur der mutmaßlichen Spione.

Pronin ist – innerhalb weniger Monate – der dritte in Italien in einen Spionagefall verwickelte sowjetische Staatsbürger. Die Aufdeckung der beiden anderen Fälle hatte zur Ausweisung eines Funktionärs des sowjetischen Handelsbüros in Turin und – erst vor zwei Monaten – des im Militärattaché-Stab der römischen Sowjetbotschaft tätigen Oberstleutnants Iwan Zeliag geführt.

In der italienischen Presse wird nach der Festnahme Pronins die Frage nach Querverbindungen zur Gruppe der Bulgaren aufgeworfen, die der Verwicklung in das Papst-Attentat vom Mai 1981 und in einen Spionagefall im Zusammenhang mit der Entführung des amerikanischen NATO-Generals Dozier verdächtigt werden. Eine Verbindung zwischen der Festnahme Pronins und der „bulgarischen Spur" bei den Ermittlungen zur Aufklärung des Attentats auf Johannes Paul II. wurde von den italienischen Fahndern weder bestätigt noch dementiert.

Arafat: Habasch will PLO spalten

Kairo rät Palästinensern zur Annahme des Reagan-Plans als Verhandlungsgrundlage

dpa/AP/rtr, Algier
Zu einem ersten öffentlichen Eklat zwischen PLO-Chef Yassir Arafat und seinem Hauptkontrahenten Georges Habasch von der „Volksfront für die Befreiung Palästinas" (PFLP) kam es gestern am Rande der Tagung des „Palästinensischen Nationalrats" in Algier.

Außerhalb des Sitzungssaales warf Arafat in Anwesenheit von Journalisten Habasch vor, er versuche die PLO unter Druck von Syrien und Libyen zu spalten. Habasch dagegen, der für die Fortsetzung des militärischen Kampfes eintritt, beschuldigte Arafat, er führe die PLO auf einen „falschen Weg", wenn er mit König Hussein von Jordanien über eine palästinensisch-jordanische Konföderation spreche und nicht darauf achte, welche wichtige Rolle Syrien und die Sowjetunion spielen könnten.

Wie inoffiziell aus Teilnehmerkreisen verlautete, verfolgt Arafat in Algier das Ziel, seine Führungsautorität auf eine breitere Basis zu stellen und sich vom Nationalrat direkt zum Palästinenserführer wählen zu lassen. Bisher hatte ihn nur das Exekutivkomitee, das Regierungsaufgaben wahrnimmt, zu seinem Präsidenten gewählt.

Am Vortage hatte Arafat zu Beginn der Tagung des Nationalrats zur Fortsetzung des Kampfes für einen unabhängigen Palästinenserstaat aufgerufen. Arafat sagte, der bewaffnete Kampf müsse durch „politische Kriegführung auf allen Stufen" ergänzt werden. Die von ihm mit König Hussein erörterten Pläne für eine palästinensisch-jordanische Konföderation seien Ausdruck seines Glaubens an die arabische Einheit und kein Ausverkauf palästinensischer Interessen. Auch der Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, forderte den Nationalrat auf, die „militärische Option zur Stärkung der Friedensoption" beizubehalten.

Nach der PLO-Führung hat sich auch der Präsident des „Palästinensischen Nationalrats", Khaled al Fahoum, gegen den Nahost-Plan des US-Präsidenten Reagan ausgesprochen, der für die Anbindung eines nur autonomen palästinensischen Heimatlandes an Jordanien plädiert. Fahoum nannte den Reagan-Plan illusionär, weil er die Forderung nach einem Palästinenser-Staat nicht erfülle.

Elias Freij, Mitglied des Nationalrats, forderte dieses Exilparlament zu raschen pragmatischen Entscheidungen auf, ehe Israel die besetzten arabischen Gebiete annektiere. Indirekt zur Annahme des Reagan-Planes als Verhandlungsgrundlage riet auch Ägypten.

Seite 2: Was Arafat unter Friedenslösung versteht

Heute in der WELT

…ee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die …r um Verständnis bei Verzögerung der Zeitungszustellung.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wächter Wehner

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Herbert Wehner ist auf seine Weise radikal. Die Folge ist, daß sich nicht nur seine politischen Gegner an ihm reiben, sondern auch so manches prominente Mitglied der eigenen Partei. Weil Wehner als kontinentaleuropäisch gen Osten orientierter Politiker radikal dafür war, die Plattform der Ostverträge auszuweiten, griff er Willy Brandt – damals sozialdemokratischer Bundeskanzler – rüde an, und das vom Boden der Sowjetunion aus. Und weil er radikal dafür eintrat, die Rüstungskontroll-Gespräche nicht den streitenden Experten zu überlassen, sondern sie auf die Ebene der Politiker zu heben, legte er sich öffentlich mit dem FDP-Vizekanzler der damaligen sozial-liberalen Regierung an, mit Hans-Dietrich Genscher.

Aber Wehner ist auch ein radikaler Parlamentarier – vielleicht der einzige in Bonn. Wenn die weitaus meisten Volksvertreter Wichtigeres zu tun hatten, als im Plenum auszuharren, saß Wehner unverdrossen auf seinem Abgeordnetenstuhl. Mit seinem Temperament als Zwischenrufer kann es allenfalls Lothar Haase von der CDU aufnehmen.

Es gibt keinen kompromißloseren Wächter über die Kontrollfunktionen des Parlaments als Wehner. Den Beweis hat er gerade wieder geliefert. Er, der Fraktionschef, war es, der dem sozialdemokratischen Mitglied des zuständigen parlamentarischen Kontrollgremiums, Albert Nehm, geraten hat, den Fall Franke/Hirt der Staatsanwaltschaft zu übergeben.

Das muß Wehner schwer gefallen sein; denn er hatte abzuwägen, was ihm wichtiger sei: Im Wahlkampf das Machtinteresse seiner Partei über das Kontrollrecht des Bundestages zu stellen oder aber die parlamentarische Kontrolle schonungslos auszuüben, indem er wenige Wochen vor dem Wahltag den skandalumwitterten Fall eines ehemaligen sozialdemokratischen Bundesministers der staatsanwaltschaftlichen Ermittlung überantwortete.

Wehner hat sich radikal als Parlamentarier entschieden und den Machtwillen des Parteitaktikers hintenangestellt. Ausnahmsweise können alle mit ihm einverstanden sein.

Goldenes Sparbuch

Von Claus Dertinger

Der Wirbel, der im Kreditgewerbe um das sogenannte „Goldene Sparbuch“ entstanden ist, die Spareinlage mit der an der Kapitalmarktrendite orientierten Verzinsung, mag dem Sparer unverständlich erscheinen. Für ihn ist dieses Sparbuch, das mit einjähriger Kündigungsfrist wesentlich höhere Zinsen abwirft als das Normalsparbuch mit gesetzlicher Kündigungsfrist und das sich auch besser verzinst als andere Spargelder mit längeren Kündigungsfristen, auf jeden Fall eine attraktive Anlage.

Für die Sparkassen ist dieses Pilotprojekt aus Siegen, von dem noch gar nicht sicher ist, daß es sich überhaupt durchsetzt, ein spätgeborenes Kind der Not, gezeugt in der Hochzinsphase, als die Sparer ihre zu niedrig verzinsten Sparbücher „plünderten“ und ihr Erspartes lieber in Wertpapieren und als kurzfristige Termingelder anlegten, die viel höhere Zinsen brachten.

Für die Sparkassen hatte das besonders 1981 unangenehme Folgen. Ihnen fehlten Einlagen in dem Topf, aus dem sie ihre traditionell längerfristigen Kredite geben: eine wichtige Säule des Geschäfts war damit schwach geworden.

Sie hat zwar nach dem Zinsrückgang im letzten Jahr wieder an Tragfähigkeit gewonnen, dennoch wird das Projekt in der Sparkassenorganisation weiter verfolgt. Seine Befürworter wollen sich vor ähnlichen Überraschungen wie in der letzten Hochzinsphase schützen.

Im Grunde ist das eine neue „Philosophie“: Hier „Liquiditätssparer“ mit dem niedrig verzinslichen Normalsparbuch, da „Vermögenssparer“, denen ein am Kapitalmarkt orientierter relativ hoher Zins geboten wird. Daß dem Kapitalmarkt dadurch Wasser abgegraben wird, ist nicht auszuschließen.

Fest steht aber – vorausgesetzt, das Vermögenssparbuch findet allgemeine Verbreitung –, daß der Zinswettbewerb um Spargelder härter wird und daß der Geldeinkauf für das Kreditgewerbe teurer wird. Daher rührt denn auch der sich formierende Widerstand gegen das neue Modell.

Zu viele Beweise

Von Peter Dittmar

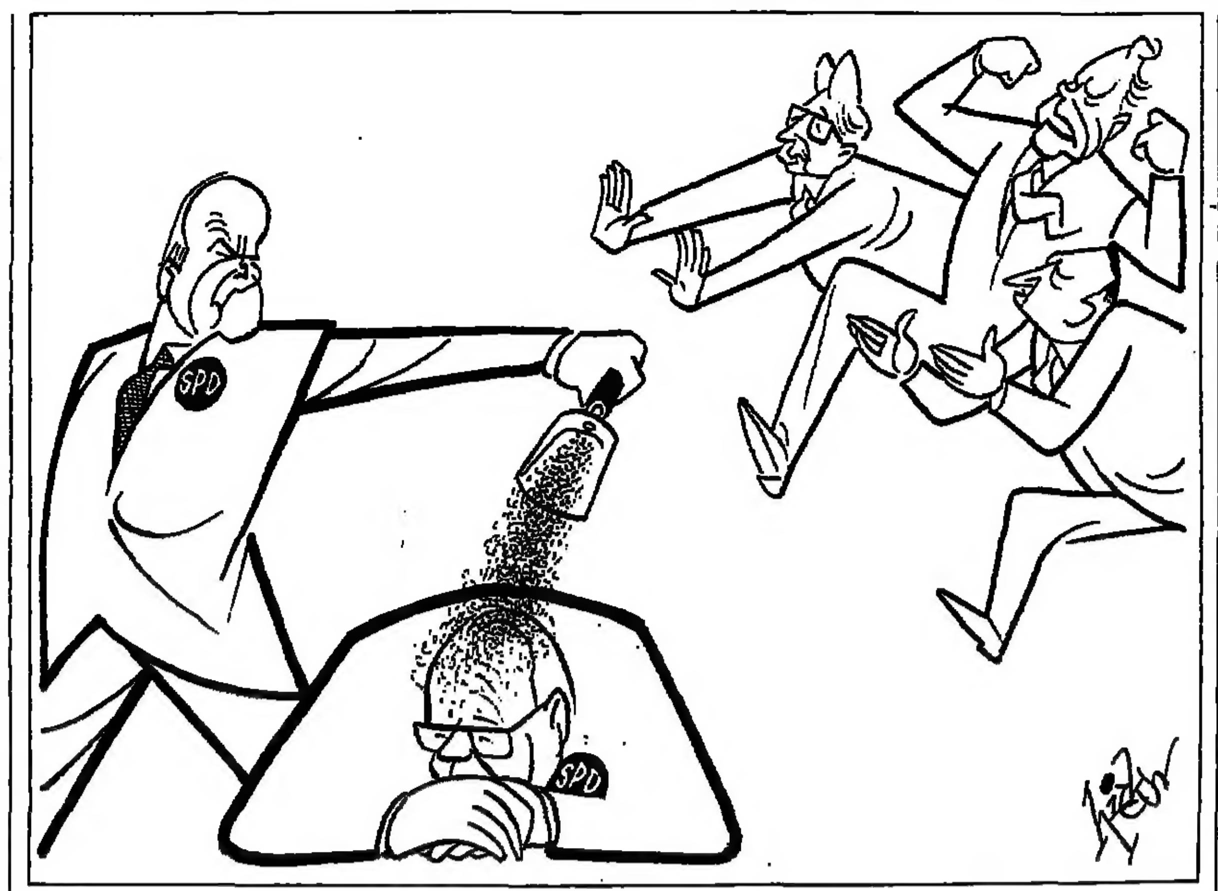
Die sowjetische „Gesellschaft für Neuropathologie und Psychiatrie“ hat ihre Mitgliedschaft in der „World Psychiatric Association“ (WPA) gekündigt. Hinter dieser einfachen Mitteilung verbirgt sich eines der dunkelsten Kapitel gegenwärtiger Mißachtung der Menschenrechte in der Sowjetunion: Der Mißbrauch der Psychiatrie zur Unterdrückung Andersdenkender.

Freiwillig erfolgte die sowjetische Kündigung nicht. Im Juli hält nämlich die WPA ihren 7. Weltkongreß in Wien ab. Und dort stand der Ausschluß der Sowjetunion auf der Tagesordnung. Nach vielem Taktieren und einer Menge „unpolitischem Opportunismus“ sollte nun endlich das Thema auf den Tisch kommen. Und daran war der Sowjetunion natürlich nicht gelegen. Denn inzwischen sind Zweifel an den Tatsachen nicht mehr möglich.

Die Liste der „Dissidenten“, die als „Verrückte“ mundtot gemacht werden sollten, ist inzwischen zu lang. Wladimir Bukowski und Pjotr Grigorenko sind die gewichtigsten Zeugen. Aber die ersten waren sie nicht, die dieser Praxis unterworfen wurden. Das begann bereits zur Chruschtschow-Zeit. Im Oktober 1961 wurde der Professor für Bildhauerei Michail Nariza in eine „Gefängnis-Psychiatrie“ eingeliefert, weil er in einem Roman seine Erfahrungen in Stalins Lagern beschrieben hatte. Ein anderer Fall war Valerij Tarsis, dessen Bericht „Botschaft aus dem Irrenhaus“ zum ersten Mal im Westen mit dieser Methode bekanntmachte – und als Erfindung eines Geisteskranken beiseite geschoben wurde, weil man es nicht glauben wollte.

In den letzten zwei Jahrzehnten kamen jedoch so viele Beweise zusammen, daß die Wissenschaftler nicht mehr schweigen können.

Und die Politiker?



Aschermittwoch

ZEICHNUNG HICKS / COPYRIGHT DIE WELT

Der Geist weht, wann er will

Von Günter Zehm

Der Kulturkongreß der französischen Regierung, der zum Wochenbeginn in der Sorbonne mit großem Aufwand über die Bühne ging, hatte zwei Ziele, ein offizielles und ein inoffizielles. Inoffiziell war es ein Wiedergutmachungskongreß gegenüber den Amerikanern, die seinerzeit von Kulturminister Lang vor der Unesco als „Kulturimperialisten“ auf die Hörner genommen worden waren. Das hatte damals viel Ärger gemacht, jenseits des Atlantik und auch im eigenen Lande. Um so freundlicher war diesmal der Empfang für die große amerikanische Delegation, der solche Koryphäen wir Norman Mailer und William Styron, Elie Wiesel und Susan Sontag, Sidney Lumet und Francis Ford Coppola, Alvin Toffler und John Kenneth Galbraith angehörten.

Offiziell ging es in Paris um das Thema „Kultur und Wirtschaft“. Staatspräsident Mitterrand selber war gekommen, um der Diskussion Richtung zu geben. Die Kultur, so sein Credo, könne und müsse den großen Anstoß geben zur Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Die Kultur setze kreative Kräfte frei, und das komme letztlich auch der wirtschaftlichen Entwicklung zugute. „Kulturelle Investitionen sind wirtschaftliche Investitionen“, rief er aus. „Den technischen Fortschritt muß ein kultureller Aufbruch begleiten.“

Die meisten Amerikaner stimmten zu, aber den wenigen Deutschen, die da waren, werden die Ohren geklungen haben. Hierzulande dominiert nämlich der Kulturpessimismus, und ein durchschnittlicher deutscher Intellektueller käme nie auf die Idee, mit seiner Kreativität die wirtschaftliche Entwicklung fördern zu wollen. Viel eher versteht er sich als „Sand im Getriebe“, als Verhinderer ökonomischen Fortschritts. Soeben hat Rudolf Bahro seine Antrittsvorlesung als Privatdozent an der Universität Hannover gehalten: Sie war ein einziges Plädoyer für die Abschaffung der Industrie und für die Rückkehr ins Mittelalter. Die geistigen Schöpferkräfte, meinte Bahro, sollten nicht mehr der Stärkung der Industriegesellschaft, sondern nur noch dem Aufbau von „Seelengemeinschaften“ dienen.

Hier Motor des Fortschritts, dort Sand im Getriebe – paßt die Kultur überhaupt in eine solche Alternative hinein? Arnold Toynbee und seine Schule haben zu erkunden versucht, inwieweit Zeiten wirtschaftlicher Blüte mit Zeiten kultureller Blüte in den verschiedenen Gesellschaften und Staaten zusammenfallen. Das Ergebnis war eindeutig: Wirtschaft und Kultur speisen sich aus verschiedenen Quellen. Es gibt Epochen horrenden ökonomischen Niedergangs, in denen großartige Werke der Musik und Literatur geschaffen werden, und es gibt wirtschaftliche Blütezeiten, die literarisch und künstlerisch völlig steril sind. Andererseits bedeutet wirtschaftliche Depression nicht automatisch kulturelle Blüte. Auch im Negativen kommen Wirtschaft und Kultur nicht unbedingt zusammen.

Wenn das aber so ist, dann haben weder Mitterrand noch Bahro recht. Beide wollen die Kultur für außerkulturelle Zwecke einsetzen, der eine fürs Krisenmanagement, der andere für die soziale Destruktion. Beides bedeutet im Grunde eine Vergewaltigung der Kultur. Der Geist weht, wann und wo er will. Schon die Wissenschaft und die angewandte Kunst, die Architektur etwa, lassen sich nur widerwillig kommandieren, und ein noch so großer Forschungsetat garantiert nicht unbedingt eine effiziente Forschung. Noch viel weniger gibt es einen sicheren Erwartungshorizont für Mäzene auf dem Gebiet der Literatur und der sogenannten freien Kunst, auch wenn das in Paris jetzt immer wieder behauptet wurde.



„Schwarze Serie“ oder Weltruhm trotz magerer Zeiten: Humphrey Bogart FOTO: TELE-BUNK

Die Verdoppelung des französischen Kulturetats unter Mitterrand war gewiß eine spektakuläre Tat, aber niemand kann sagen, ob dadurch auch nur das geringste herauskommt. „Geld kann nie schaden“, meinte zwar William Styron, doch Arthur Penn wies umgehend darauf hin, daß Hollywoods berühmte „Schwarze Serie“ einst gerade wegen Geldmangels entstanden sei. Die Filme dieser Serie waren allesamt B-Filme, deren Produzenten sich mit den paar Brokken begnügen mußten, die von den Finanzen der großzügig bedachten A-Filme übrigblieben. Von den entsprechenden A-Filmen zur Zeit der „Schwarzen Serie“ spricht indes kaum noch jemand.

Staatliche wie private Kulturetats gleichen immer einer „Black Box“, bei der das Verhältnis zwischen Input und Output dem regulierenden Zugriff der Planer und Dezernenten entzogen bleibt. Die besten Kulturminister und Mäzene sind jene, die sich über diese Unzulänglichkeit ihres Jobs im Klaren sind, die selber ein bißchen den Künstlern gleichen und ihr Geld spielerisch und intuitiv einsetzen. Leider gibt es davon sehr wenige. Besonders die deutschen Kultursenatoren und -dezernenten gehören eher zur Spezies der verbockten Ideologen, die irgendein dogmatisches Programm „durchziehen“ wollen, sei es „Kritik um jeden Preis“, sei es „Hilfe für die Arbeiterklasse“, oder wie die Parolen sonst noch heißen mögen.

Derlei Ideologen hatte Graham Greene im Visier, als er in einer der Pariser Diskussionen sagte: „Die Kulturpolitik ist zu wichtig, als daß man sie den Kulturpolitikern überlassen könnte.“

IM GESPRÄCH Moshe Arens

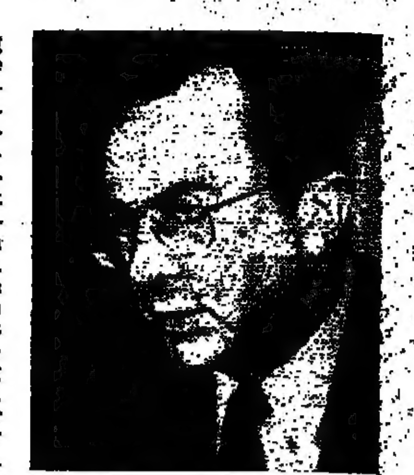
Kämpfer mit kühlem Kopf

Von Thomas Kielinger

Was ihre äußere Erscheinung anbelangt, so könnten der alte und der neue israelische Verteidigungsminister, könnten Ariel Sharon und Moshe Arens kaum größere Gegensätze verkörpern. Wo Sharon Dynamik und unwiderstehlichen Tatendrang suggeriert, strahlt Arens eher die Kühle des Rechners, des Technokraten aus. Doch das ist die Oberfläche des Bildes. Vom Credo her, der politischen Leidenschaft, ändert sich durch den Wechsel von Sharon zu Arens so gut wie nichts. Auch der neue Chef der israelischen Verteidigung ist ein Mann nach dem Herzen von Premierminister Begin, ein alter Freund und Weggefährte dazu, der wie Begin selber in den geistigen Fußstapfen von Wladimir Jabotinski wandelt, dem Gründer des zionistischen Revisionismus'.

Wer die Politik nach „Falken“ und „Tauben“ zu unterteilen beliebt, der darf in Arens getrost einen Super-Falken erkennen oder, gemäß dem modernen politischen Jargon, einen gestandenen „Hardliner“. Er vertritt aus Überzeugung das Siedlungsrecht der Juden in Judäa und Samaria, also auf dem Westjordanufer. Wie tief dies in Arens' Weltbild wurzelt, konnte man 1978 erleben, als er – damals Vorsitzender des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses der Knesset – das Camp-David-Friedenswerk ablehnte. Es erschien ihm seinerzeit als Beginn des Ausverkaufs israelischer territorialer Interessen. Die Geschichte hat gerade diesen Kritiker der Beginschen Vertragspolitik eines Besseren belehrt: Seit Anfang 1982 vertrat Moshe Arens sein Land als Botschafter in Washington, und nun rückt er als Verteidigungsminister ganz in die Nähe ausübender Macht und ihrer Verantwortung. Dem kühlen, technisch geschulten Verstand dieses Mannes darf man gutes Gespür zutrauen beim Management vor allem der Beziehungen zum großen amerikanischen Freund.

Der 1925 in Kaunas, Litauen, geborene Arens – die Familie emigrierte am Vorabend des Zweiten



Gestandener Hardliner: Mosh Arens FOTO:

Weltkrieges nach Amerika – dien zwischen 1944 und 1946 als Pi nier-Sergeant bei der US-Arme Nach der Abmusterung studier er Ingenieurwissenschaften am b rühmten Massachusetts Institu of Technology. Gleichzeitig fu gierte er als Anführer der „Beta der Jugendorganisation der Jab tinskischen Bewegung in d USA, und wurde früh Mitglied der von Begin geleiteten Unt grundorganisation in Britisch-P lästina, der „Irgun Zvai Leumi“.

1949 siedelte Arens endgült nach Israel über, wo er eine glä zende Laufbahn absolvierte. D Vater von vier Kindern reüssie zunächst im akademischen B reich, als Professor für Luftfah Technik in Haifa, dann, seit 1962, verschiedenen hohen Position der israelischen Luftfahrt-Ind strie. In Arbeitsstil und Auftret streng diszipliniert, wechselte 1974, als Mitglied des Präsidiu der Herut-Bewegung, endgültig die Politik, wurde Mitglied d Knesset. Kaum zehn Jahre spä steht Moshe Arens, der Nachfolg Dayans und Sharons, vor sei größten politischen Herausfor rung. Wird er von den Stürm verschont bleiben, die die Amtsz ten seiner Vorgänger kennzeich ten?

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Zum Stand der Nachrüstungsdiskussion schreibt die Zeitung:

In der Raketenfrage werden wir die für uns günstigste Lösung nicht bekommen. Das wird aus der Äußerung von US-Vizepräsident Bush deutlich, wonach Präsident Reagan einen Kompromiß erwägt. Am besten wäre zweifellos die Null-Lösung gewesen, das heißt, Moskau beseitigt seine SS-20-Raketen und der Westen kann auf die Nachrüstung verzichten. Diesen Vorschlag hatte Reagan auf den Tisch gelegt. Aber es ist nicht seine Idee, SPD-Chef Willy Brandt war schon im Sommer 1981 bei Gesprächen mit Breschnew in Moskau für die Null-Lösung eingetreten. Doch unsere schnellebige Zeit vergißt rasch. Nun heißt es allgemein, daß Kontrahenten mit Maximalvorschlägen in Verhandlungen gehen und sich schließlich etwa auf halbem Wege einigen – wenn überhaupt. Mag sein. Bestürzend ist nur, daß die Grenzen sowjetischen Entgegenkommens nicht geprüft werden konnten. Denn die Null-Lösung als ernstzunehmendes Angebot war vor allem in der Bundesrepublik längst zerredet, und zwar nicht allein von Politikern der Opposition, sondern auch von solchen des Regierungslagers. Sollen die Amerikaner sich für eine Sache schlagen, von der ihre am meisten betroffenen Verbündeten längst abgerückt sind?

Lübecker Nachrichten

Hier heißt es über Meldungen aus München, daß Franz Josef Strauß nur im Falle eines absoluten Wahlsieges der Union Minister in einem Kabinett Kohl werden wolle:

Sollte es dazu nicht reichen und eine Koalition mit den Liberalen nötig sein, dann will er – offenbar schweren Herzens – darauf verzichten, seinen Anspruch auf ein Ministeramt am Rhein durchzusetzen. Natürlich hat er solches nic selber förmlich und feierlich ver chert, sondern es waren wieder e mal die vertrauten Führungskrei seiner CSU, die das politische H roskop ihres großen Vorsitzend befragten. Strauß persönlich wi de sich hüten, seinen liberalen I timfeinden mit Hans-Dietrich Ge scher an der Spitze in der Schlu phase des Wahlkampfes Komp mißbereitschaft anzuzeigen. kann es ihnen nicht vergessen, d sie ihn 1962 im Gefolge der „Sp gel“-Krise aus Konrad Adenau Kabinett hinausstießen. Desha wird er freiwillig wohl kaum d auf verzichten, ihnen bei passend Gelegenheit die alte Rechnung präsentieren.

The Daily Telegrap

Das Londoner Blatt sieht Indiens Reg rungschefin Indira Gandhi von Speich leckern umgeben:

Nur wenige können bezweife daß Frau Gandhi in erheblich politischen Schwierigkeit steckt . . . Die Wahrheit ist, daß il Unvollkommenheit als Politike sie bedrängt. Denn seit Jahren h Frau Gandhi jedes fähige u selbstbewußte Mitglied ihrer P tei als Bedrohung angesehen. Fo lich wurden nur die schamloses Speichellecker und Tagelöhner i leitende Posten berufen. Obwo Frau Gandhi mit Erfolg alle int nen Streitigkeiten zermalmt h muß sie jetzt feststellen, daß abscheulichen Nichtskönner, ihre Herrschaft über Delhi hina tragen, der Kongreß-Partei nic als den Unwillen der einfachen der eingetragen haben. Unter d sen Umständen scheint es ni abwegig zu vermuten, daß Fr Gandhi beim spätestens in zv Jahren fälligen Wahlgang eine äl liche Abfuhr erhalten wird, schon im Jahre 1977.

Was Arafat unter einer Friedenslösung für Nahost versteht

Von der Tagung des sogenannten „PLO-Parlamentes“ in Algier ist kaum ein Durchbruch zu erwarten / Von Peter M. Ranke

In Damaskus durften und wollten sie nicht tagen, die 355 PLO-Mitglieder aus der arabischen und westlichen Welt, die ihren von Zeit zu Zeit zusammentretenden Kongreß fälschlicherweise als „Parlament“ bezeichnen. Die Syrer könnten Druck auf ihre Beschlüsse ausüben, fürchteten sie, und außerdem sind die Beziehungen zwischen PLO-Chef Arafat und Syriens Präsident Assad mehr als gespannt. Daher tagt man also jetzt in Algier.

Arafat hat in Algier wieder den politischen und militärischen Kampf gegen Israel betonte, so, wie die PLO schon Ende Januar in Aden erklärt hatte, der bewaffnete Kampf in allen Gebieten unter „zionistischer Besatzung“ werde fortgesetzt. Daß dazu ganz Israel gehört, wurde von dem angeblich gemäßigten PLO-Vertreter Ibrahim Souss in Paris nach dem Handgranaten-Attentat gegen einen Zivilbus in Tel Aviv Mitte Januar klargestellt. Er erklärte: „Die Aufgabe der PLO ist die Rückgewinnung ganz Palästinas, und dazu gehören Jerusalem, Haifa, Nablus, Gaza und Safed.“

Westliche Medien und auch die Diplomatie verzeichnen solche Klarstellungen ungern nur, wenn überhaupt, weil sie aus Illusion und selbstbetrügerischen Wünschen daran glauben wollen, daß die PLO und ihr Anführer Arafat nichts anderes als eine „Friedenslösung“ für Nahost im Sinne haben, möglichst noch mit König Hussein von Jordanien zusammen. Obwohl in Algier bereits klargeworden ist, daß die PLO weiterhin nicht an eine Anerkennung der friedlichen Existenz Israels denkt und den sogenannten Reagan-Plan ablehnt, weil die Vorschläge des US-Präsidenten keinen eigenen Palästina-Staat für die PLO vorsehen, wird man sich im Westen weiter damit beschwichtigen, daß der Reagan-Plan vielleicht nicht „direkt“ abgelehnt, sondern nur als unannehmbar bezeichnet worden sei und daß Arafat vielleicht doch weiter mit König Hussein über eine gemeinsame Delegation verhandeln könne.

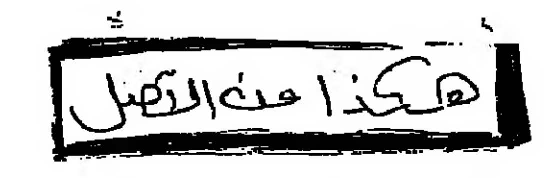
Tatsächlich hat auch Arafat immer daran festgehalten, daß vor irgendeiner staatlichen Verbindung der „befreiten Gebiete“ mit Jordanien, wie sie Reagan mit seiner Föderations-Idee vorschwebt, zunächst ein unabhängiger PLO-Staat existieren müsse. Erst dann könne die Bevölkerung entscheiden – natürlich so, wie es die PLO will. Außerdem hat und will die PLO nicht König Hussein als Sprecher der Palästinenser anerkennen. Daß diese in der Tat radikalen Forderungen irgendwie mit Reagans Vorschlägen in Einklang gebracht werden können, ist bisher nicht zu sehen. Es sei denn, Washington nähert sich weiter der PLO-Linie an, nachdem Außenminister Shultz ja schon mit PLO-Bürgermeistern in Washington gesprochen hatte.

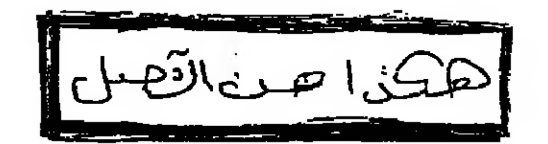
Der gerade für die amerikanischen Hoffnungen deprimierende PLO-Kongreß zeigt, wie verhängnisvoll es war, daß Washington bei der Friedenssuche so weitgehend auf König Hussein und seine „Zusammenarbeit“ mit Arafat gesetzt hat. Die amerikanische Politik akzeptierte sogar das von Hussein hergestellte Junktim, daß Amerika seinen Einfluß auf Israel dadurch beweisen müsse, daß es für einen schnellen Abzug der Israelis (nicht etwa auch der Syrer und der PLO) aus Libanon und für den Stopp der israelischen Besiedlungspolitik sorgen müsse. Präsident Reagan versicherte dem jordanischen König sogar in einem Brief, daß bei künftigen Verhandlungen auch über das Schicksal Jerusalems gesprochen werden könne, er also eine neue Teilung der Stadt nicht ausschließt.

Weiterer Druck auf die USA, aber auch auf Hussein und die westliche Meinung sind daher mit Sicherheit von dem PLO-Kongreß in Algier zu erwarten. Am besten eignet sich hierzu die Bekräftigung des „Friedensplanes“ von Fes, dessen acht Punkte im September auf einem Gipfeltreffen gebilligt wurden. Darin werden wie beim identischen Fahd-Plan von 1981 nicht Verhandlungen oder Frieden mit Israel vorgeschlagen, sondern als Vorbedingung einer „Nahost-Lösung“ unter anderem der volle Rückzug Israels, die Aufgabe aller Siedlungen, ein PLO-Staat mit Jerusalem als Hauptstadt und Rückkehr oder Entschädigung aller lästinenser genannt.

Daß ein unabhängiger „Sta auf dem Jordan-Westufer, wo j in einem Gebiet von 60 mal Kilometern 750 000 Palästiner und 25 000 Israelis leben, ke Existenzbasis hat, wird natürl von arabischer Seite verschwieg Denn dieser „Staat“ soll ja nur Ausgangsbasis für die Zersc gung Israels und die Erricht eines arabischen Palästina-Sta dienen. Auch eine „Anerkennu Israels wird im Westen in die Plan nur hineininterpretiert, d die saudischen Urheber sprec nicht von einem Staat Israel, dern höchstens von einem „zi stischen Gebilde“.

Trotz klarer Worte und trotz a Richtungskämpfe innerhalb PLO unter dem umstrittenen A fat können wir sicher sein, daß Vernebelungstaktik um die w ren PLO-Ziele auch nach Al weitergehen wird. Wer, wie j die PLO, den Westen einmal arabische „Friedenspläne“ c „Friedenslösungen“ festlegt, k des Erfolges in Medien und Ka leien fast sicher sein.





…haron – Kraft und Wille als …olitische Herausforderung

Von R. SELIGMANN

[N]och ehe der eine dem Ju- gendalter entwachsen war, der andere überhaupt gebo- wurde, entstand eine Verbin- zwischen den beiden Män- , die das Schicksal des jüdi- n Staates zu Beginn dieses zehnts in entscheidender Wei- ägen: Vera Scheinermann half Hebamme am 16. August 1913 restlitowsk Menachem Begin die Welt. 15 Jahre später gebar der landwirtschaftlichen Ge- schaftssiedlung Malal im da- gen britischen Mandatsgebiet stina einen Sohn, dem sie den en Ariel gab. Unter dem he- ierten Familiennamen Sharon le er einer der umstrittensten aten und Politiker Israels.

hr noch als an Premiermini- Begin scheiden sich an Arik, er allenthalben in Israel ge- t wird, die Geister. Und dies erst seit dem Massaker von nesen an Palästinensern in t, für das Sharon eine Mitver- ortung zugesprochen wurde, in das Amt des Verteidigungs- sters kostete.

e Reihe von Wesenszügen des haarigen, untersetzten Zwei- ner-Mannes mit der sonoren me und den wuchtigen, weit- olenden Schritten des Berufs- ärs sind unbestritten: Sponta- t, eine offenbar unerschöpfli- Energie, ein beständiger Wille euen, unkonventionellen Lö- en für neue und alte Probleme die Bereitschaft, das gesetzte auf vielerlei Wegen mit aller , zuweilen auch mit Rück- losigkeit, zu verfolgen. Wobei Fixpunkt allen Denkens und elns seit Sharons Kindheit Zionismus ist. „Den Glauben as zionistische Ideal habe ich meinem Vater gelernt, von er Mutter die Kraft geerbt", er.

Lebensweg seiner ersten hat wenig gemeinsam mit der Vertreter der sozialisti- Kibbuz-Elite, die das Leben jüdischen Staates und seiner e in den ersten drei Jahrzehn- rägte. Anders als im Kibbuz e Familie Scheinermann mit Obst- und Gemüsefarm al- erantwortlich um ihre Exi- kämpfen. Ehe er täglich mit Bus nach Tel Aviv ins Gymna- fuhr, mußte Arik bereits meh- Stunden auf dem Hof der El- rbeiten.

Unabhängigkeitskrieg Israels 49) fiel der junge Offizier besondere Tapferkeit auf. Beginn der 50er Jahre deut- wurde, daß die israelische Ar- nicht in der Lage war, die lkerung vor einer zunehmen- Zahl von Überfällen arabi- Freischärler zu schützen, die Jordanien in israelisches Ge- eindrangen, rief die Armee den talistik-Studenten Sharon er zu den Fahnen. Sharon lö- s Problem auf seine Weise.

stellte eine nur wenige Dut- Mann umfassende Truppe zu- en: Die „Einheit 101" sollte erühmteste Kampfformation raelischen Armee werden. In Reihen standen die späteren ralstabschefs Rafael Eytan Motta Gur sowie Israels be- ester Soldat Meir Har Zion. rzer Frist sorgten die spekta- en Vergeltungsaktionen die- nheit für einen Rückgang der tionen der arabischen Guer- Generalstabschef Moshe n, dem die Effektivität und ohe Kampfmoral der „Einheit imponierte, beauftragte Sha- nit dem Aufbau einer israeli- Fallschirmjäger-Truppe. Die ertaufe" dieser Einheit geriet ings zu einem Desaster: Im Feldzug (1956) ließ Sharon, gen ausdrücklichen Befehls Generalstabs, seine Männer Mitla-Paß angreifen. Etliche ten starben, allein seine Re- lon als früherer Kommandeur 101" verhinderte die Entlas- Sharons.

ron nutzte die folgenden Jah- n Lernen. Seine strategischen en polierte er unter anderem r British Staff Highschool in erley auf. Später wurde er Kommandeur der Infanterieschule der israelischen Armee. Während er diverse Stabs- und Kommandoposten innehatte, studierte er an der Universität Tel Aviv Jura.

Kaum hatte Sharon sein Studium beendet, zog er 1967 in den Sechs-Tage-Krieg. Seine Division stürmte die zentralen ägyptischen Positionen am Suezkanal. Arik hatte sich nunmehr auch als Feldherr etabliert. Der Zugang zum höchsten Kommandoposten der Armee indessen blieb ihm verwehrt. Sharon nahm gegenüber seinen Vorgesetzten nie ein Blatt vor den Mund. Vor allem kritisierte er die 1969 nach dem damaligen Generalstabschef benannte „Bar-Lev-Linie", eine Kette befestigter Stellungen entlang dem Suezkanal. Sharon meinte, die „Linie" beraube die israelische Armee ihres wichtigsten Trumpfes: der Beweglichkeit.

Nach seinem Ausscheiden aus der Armee im Frühjahr 1973 initiierte Sharon den *Likud-Block*: ein Zusammenschluß nationaler und liberaler Parteien unter der Führung Menachem Begins. Im Oktober mußte Sharon zurück zur Armee, unter seiner Führung gelang im Yom-Kippur-Krieg die Überquerung des Suezkanals, die die Wende in diesem Waffengang herbeiführte. Nächste Stationen im Lebensweg Sharons: Sicherheitsberater der sozialdemokratischen Regierung, Melonenfarmer, Parteigründer, schließlich wieder Rückkehr in die Herut-Partei Begins und Ernennung zum Landwirtschaftsminister im Jahre 1977.

Die tägliche Routinearbeit im Ministerium interessierte Sharon wenig. Dafür gab es Fachleute. Arik hatte vor allem ein Ziel, die Besiedlung strategischer Schlüsselstellungen in den seit 1967 besetzten Gebieten durch jüdische Siedler. Dafür war er bereit, sich mit der Gush-Emunim-Bewegung zu verbünden, deren religiöser Nationalismus nicht der seine ist. Um die Siedlungstätigkeit an führender Stelle mitbestimmen zu können, schluckte er auch die „Kröte" des Camp-David-Abkommens, das er im Parlament wegen der damit verbundenen „Sicherheitsrisiken" ablehnte.

Nach den Wahlen im August 1981 wurde Sharon schließlich mit dem Verteidigungsressort betraut.

Als PLO-Kommandos im vergangenen Frühjahr israelische Siedlungen im Norden des Landes beschossen, wußten diejenigen, die Sharon kannten, wann es zum Krieg kommen würde: Sobald Sharon die Mehrheit des Kabinetts von der Notwendigkeit eines Waffengangs überzeugt haben würde.

Der Krieg verlief nicht nach Sharons Plänen. Aus Rücksicht auf die Vereinigten Staaten gestattete die Kabinettsmehrheit in Jerusalem Sharon nicht die Führung eines Blitzkrieges, durch die er die militärische Infrastruktur der PLO zerstören und die syrischen Einheiten aus Libanon vertreiben wollte. Dadurch wurden die israelischen Truppen zu schrittweisem Vorgehen und zu Luftangriffen gezwungen. Die Folgen: hohe Verluste bei der Zivilbevölkerung und in der Armee, in der sich nicht selten Unzufriedenheit manifestierte.

Um die israelischen Verluste niedrig zu halten, bewilligte Sharon den Plan des Generalstabschefs Eytan, verbündeten christlichen Miliz-Einheiten zu gestatten, palästinensische Flüchtlingslager im Westen Beiruts nach PLO-Kämpfern zu durchkämmen. Über Bedenken des Ministers Levi, dabei könne es zu einem Blutbad an Unschuldigen kommen, setzte sich Sharon hinweg. Als eben dies geschah, wollte es der Verteidigungsminister nicht wahrhaben und reagierte zu spät. Die Quittung: Eine unabhängige Untersuchungskommission forderte seinen Rücktritt – das Kabinett schloß sich diesem Votum an.

Sharon zögerte. Hatte nicht die Regierung den Plan des Generalstabschefs gebilligt, so fragte er. Was ihn dann schließlich zum Rücktritt bewog, war das Attentat gegen seine Gegner von der „Frieden Jetzt"-Bewegung, dem ein junger Mann zum Opfer fiel. Denn was Sharon am wenigsten will, ist ein Bruderkrieg in Israel. Zu Auseinandersetzungen haben seine Person und seine Politik jedoch immer gereizt – und dies wird auch so bleiben.



Streitbar als Soldat und Politiker: Ariel Sharon FOTO: CAMERA PRESS



Optimismus, Aufbruchstimmung und Opferbereitschaft beschwört der Wahlkämpfer Helmut Kohl als Ausweg aus der Krise FOTO: ROLF HAID/DPA

Wenn der Kanzler kommt, um den „Karren aus dem Dreck zu ziehen"

Von MANFRED SCHELL

Scheinwerfer und ein Pulk von Begleitern kündigen den Kanzler an. Die Leute springen auf die Stühle. „Helmut, Helmut", tönt es. Der Kanzler durchschreitet den ganzen Saal, unablässig spielt die Musikkapelle. Fast überall ist es das gleiche Bild, wenn Helmut Kohl in diesem Wahlkampf auf einer Großveranstaltung auftritt – rund 40 werden es insgesamt sein.

In der Dortmunder Westfalenhalle, wo fast 9000 Menschen zur Arbeitnehmer-Konferenz gekommen waren, erklingt das Bergmannslied „Glück auf, der Steiger kommt". Die Hallen sind überfüllt. Bei der Jugendveranstaltung in Köln sind es 12 000, bei den Senioren in Böblingen gut 3000, die den Kanzler sehen wollen. Wenn er Einzug hält, gibt es oft genug Gedränge. Viele wollen ihm die Hand drücken, Blumen, Briefe oder Spenden übergeben. Manchen genügt es, wenigstens einmal seinen Ärmel zu erwischen. Viele, die Kohl zujubeln, haben sich mit schwarzrotgoldenen Schals drapiert, die von der CDU als Werbemittel verkauft werden.

Es herrscht Hochstimmung. Aber die Atmosphäre ist nicht explosiv. Vielleicht liegt es daran, daß es in diesem Wahlkampf kein „Chicago-Milieu" (Kohl) gibt, keine Schlägereien, keine Skandale.

Über Kandidaten wird nicht mehr gestritten

Vor acht Jahren hat das amerikanische Magazin „Time" Helmut Kohl, der damals aus der Position des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten für das Amt des Bundeskanzlers in Bonn kandidierte, zu den fünf europäischen Politikern gezählt, die das Jahrhundert verändern könnten. Das hat Kohl gutgetan, aber es schien dennoch ziemlich weit hergeholt.

Inzwischen ist Helmut Kohl Bundeskanzler, der jüngste in der Geschichte der Bundesrepublik. In wenigen Wochen wird er zehn Jahre lang Vorsitzender der CDU sein, einer Volkspartei, die inzwischen über eine Million Mitglieder hat. Kein Betrachter der Szenerie, auch kein noch so ehrgeiziger Parteifunktionär, spricht heute noch davon, daß sich CDU und CSU – wäre die alte Regierung in Bonn nicht auseinandergefallen – in diesem Frühjahr zusammensetzen wollten, um den Kanzlerkandidaten für 1984 zu küren. Bewerber hätte es mehrere gegeben. Das ist jetzt vorbei.

Der Szenenwechsel ist perfekt. Am 6. März geht es der Union – unabhängig davon, ob sich der eine oder andere eine absolute Mehrheit oder eine starke FDP wünscht – um die Bestätigung „ihres Bundeskanzlers". Mit Pathos kommen den Parteifürsten diese Worte über die Lippen, wenn sie jetzt, der Regie einer anderen Inszenierung folgend, Helmut Kohl auf den Großkundgebungen begrüßen.

Erste positive Signale, Argumente für Kohl

Nach 13 Jahren hat die Union ein Hochgefühl erfaßt. Sie kämpft. Helmut Kohl, der zu bildhafter Sprache neigt, meinte vor wenigen Tagen nach einer großen Veranstaltung in der Kieler Ostseehalle, die Partei verhalte sich wie ein „Militärpferd" – wenn die Musik erklinge, komme es in Schwung. Schon der äußere Rahmen der Großkundgebungen, bei denen Helmut Kohl auftritt, unterscheidet sich grundlegend von vergleichbaren Ereignissen aus der Oppositionszeit. Helmut Kohl braucht sich heute die Floskeln der örtlichen Parteirepräsentanten nicht mehr von Anfang bis Ende anzuhören. Jetzt greift eine ausgeklügelte Dramaturgie. Der Kanzler kommt nur noch zu seinem eigenen Rede-Auftritt. Rhetorisch begabte Bundesminister, Ministerpräsidenten und Landesvorsitzende bereiten Kohls Triumphmarsch vor. Störungen gibt es bisher nicht. Selten ertönen in den überfüllten Hallen Buh-Rufe.

Überraschend ist die Selbstsicherheit, die Gelassenheit, mit der Kohl auftritt, nicht nur in der großen Öffentlichkeit, sondern auch im Journalistenkreis. Ein amerikanischer Reporter, der von Kohl gerne den zitierbaren Satz gehört hätte, die SPD sei „der Untergang Deutschlands", wird milde belehrt. Vieles, was Konrad Adenauer gesagt habe, sei richtig gewesen, meinte Kohl. Aber nicht in allem habe er recht gehabt.

Seine Reden, meist 15 Minuten zu lang geraten, reflektieren die besondere Situation, in der er die Kanzlerschaft übernommen hat. Die Rechtfertigung für Schritte in der Wirtschafts-, Finanz- und vor allem in der Sozialpolitik kommt noch zu sehr aus der „Erblast" der Vorgängerin. Erst in den letzten Tagen haben Kohl und seine Minister umgeschaltet. Sie sprechen jetzt viel mehr von Optimismus, von Anzeichen für den Aufschwung, von Perspektiven.

Der Kanzler hat gewichtige Argumente auf seiner Seite, die er auch ausspielt. Die Inflationsrate und die Zinsen sind gesunken, die Leistungsbilanz ist gut, und die Bauwirtschaft ist belebt. Mit der Industrie wurde Verständigung über eine Vermehrung der Ausbildungsplätze erzielt. Selbst Helmut Schmidt hat ihm vor Wochen bestätigt, die neue Regierung habe in der Wirtschaftspolitik noch keine gravierenden Fehler gemacht.

Positiv verändert hat sich auch das öffentliche Umfeld. Die Haushaltsentscheidungen wurden von der Wirtschaft begrüßt, die Unternehmer-Repräsentanten rufen zu Investitionen auf. Jedenfalls beim Wohnungsbau wie bei den Verkabelungsprojekten sind Investitionshemmnisse beseitigt. Nicht nur die Wirtschaftsdaten, auch die Stimmung in der Öffentlichkeit gewinnt optimistischere, zumindest aktivere Färbung. Jetzt gilt es für Kohl, diese Vorteile für den Wahltag zu nutzen.

In der Außenpolitik hat Kohl durch eine geschickte Reisediplomatie ebenfalls Vorurteile widerlegt. Selbstbewußt ruft er, wie in Dortmund, aus: „Wer spricht eigentlich noch von Schmidt?" In Kiel stellt er fest: „Der französische Präsident, ein Sozialist, hat der SPD eine schallende Ohrfeige erteilt!" Das Verhältnis zu den USA hat sich tatsächlich gebessert. Innerhalb der Koalition gibt es in der Raketen-Frage keine Risse – im Gegensatz zur SPD.

Mit Kohl präsentiert sich eine Bundesregierung, die ihren, auf nur 13 Regierungswochen begrenzten Handlungsspielraum geschickt genutzt hat, trotz so mancher irritierender Schönheitsfehler. Man muß sich zurückerinnern. Die vorherige Koalition hatte in ihrer Endzeit in den Medien Kritik, vielleicht nur noch Bedauern gefunden. Die neue Regierung, Kohl spricht von der „Kraft der Mitte", liegt mit ihren Aktionen in einem spürbaren Aufwärtsstrom. Nicht von ungefähr appelliert Kohl immer wieder an seine Zuhörer, die Ärmel hochzukrempeln, anzupacken und trotz der schwierigen Lage „nicht in Pessimismus" zu verfallen. Er weckt den Gemeinschaftsgeist, der die Deutschen in schwierigen Zeiten schon einmal mobilisiert hat. Der „Karren muß aus dem Dreck gezogen werden".

Die Kritiker seiner Sparpolitik können Kohl nicht beirren. Auf jeder seiner Veranstaltungen spricht er von Opfern. Von den Einschnitten bei den Studenten-Stipendien, vom Schüler-BAföG. Eine ganze Flüchtlingsgeneration habe nach dem Krieg mit einem Karton aus dem Osten in der Hand und einem „Darlehen" eine neue Existenz begründet. Der junge Geselle, der Handwerksmeister werde und eine Existenz aufbauen wolle, erhalte auch nur ein „Darlehen". Was man von diesen Bevölkerungsgruppen verlange, das könne man auch den Studenten zumuten. Der Beifall bestärkt Kohl.

Die Kritik an der blumigen Sprache ist verstummt

Viele Intellektuelle, die Kohl und seine blumige, auf menschliche Zwischentöne abgestimmte Sprache belächelt haben, sind still geworden. Sie haben erkannt, daß der Kanzler „in der Zeit" liegt und er gute Chancen hat, am 6. März zu gewinnen. Auch im Kanzleramt fragt man sich, ob noch etwas kommen könne, was für den erhofften Wahlsieg eine Gefährdung bedeute. Mit Schmutzkampagnen muß man immer rechnen, aber zurückliegende Wahlkämpfe – man denke nur an Franz Josef Strauß im Jahre 1980 – haben gezeigt, daß ihre Wirkung begrenzt ist.

Eine aufkeimende Personaldiskussion wendet Kohl von vornherein ab. Dazu gehören auch die unablässigen Fragen, ob Franz Josef Strauß nun nach Bonn komme oder nicht, ob Hans-Dietrich Genscher Außenminister bleibe oder nicht. Kohl hat darauf die Standard-Antwort parat: „Wir müssen das Wahlergebnis abwarten." Erst dann könne das „Fell des Bären" verteilt werden.

Warschaus Gesetz über Geheimnisträger

jgg. **Bonn/Warschau**

In Polen kann jeder Arbeitnehmer – von den Beschäftigten der Müllabfuhr bis zum Krankenhauspersonal – zum Geheimnisträger erklärt werden. Ein neues Gesetz „Über den Schutz von Staats- und Dienstgeheimnissen", das vom polnischen Parlament, dem Sejm, verabschiedet wurde, läßt solche Regelungen zu.

Die im Untergrund herausgegebene „Solidarität"-Wochenzeitung „Tygodnik Mazowsze" berichtete, praktisch alle Vorgänge in staatlichen oder genossenschaftlichen Betrieben könnten als „Geheimnis" eingestuft werden. Zur Verantwortung kann danach auch jeder gezogen werden, der sich über Rechtsbeugungen der Staatsorgane beklagt, in Leserbriefen oder als Journalist Hinweise auf Produktionsmängel gibt und über die Verschuldung der Volkswirtschaft im In- und Ausland berichtet.

Aus Warschau wird bekannt, daß die Militärregierung dem Sejm auch ein neues Pressegesetz zur Verabschiedung vorlegen will. In einem Absatz dieses Entwurfes heißt es: „Der Beruf des Journalisten hat einen dienenden Charakter gegenüber Gesellschaft und Staat." Das Gesetz sieht weiter vor, daß zwar jedermann eine Publikation herausgeben darf, vorausgesetzt, er erhält die Genehmigung des „Hauptamtes für Publikationsfragen", also der Zensur. Das Amt darf jedoch einen entsprechenden Antrag ablehnen, wenn die „Programmlinie" oder der „thematische Bereich" der neuen Publikation den Machthabern nicht zusagt oder „es keinen gesellschaftlichen Bedarf" dafür gibt.

Kanzlerkandidat der Grünen

hy. **Essen**

Die Grünen werden einen eigenen Kandidaten für die Kanzlerwahl aufstellen, wenn sie am 6. März in den Bundestag einziehen sollten und sich mit der SPD nicht über Bedingungen zur Unterstützung einer Minderheitsregierung Vogel einigen können. Das kündigte Wilhelm Knabe, einer der drei Bundes-Sprecher der Grünen an. Er bekräftigte die beiden Grundforderungen seiner Partei zur Unterstützung eines SPD-Kabinetts: Abschied von der Atomenergie und ein klares Nein zur Nachrüstung. „Wir zweifeln aber, daß Herr Vogel auf diese Offerte eingeht", sagte er gestern gegenüber der *Neuen Ruhr-Zeitung* in Essen.

Genscher würdigt Bund der Vertriebenen

dpa, **Bonn**

Der FDP-Vorsitzende Genscher hat dem Bund der Vertriebenen Anerkennung für seine Arbeit ausgesprochen, gleichzeitig aber auch betont, daß das Rad der Geschichte nicht zurückgedreht werden dürfe. Der Vertriebenenverband, seine Landsmannschaften und Landesverbände hätten nach dem Zweiten Weltkrieg einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität der deutschen Demokratie sowie zur Politik der Völkerverständigung und Friedenssicherung geleistet.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Der Mittelstand, die stärkste Waffe in der Krise

Von XING-HU KUO

Erreicht ein Mann das „Schwabenalter" von 40 Jahren, so hat er „g'scheit" zu sein: Nach diesem Motto gründete der vierzigjährige Peter Zeltwanger aus Eberdingen-Nußdorf in Baden-Württemberg im Oktober 1982 einen Handwerksbetrieb in der Kruppstraße 48 in Stuttgart-Feuerbach. Nüchtern heißt es zu dieser Existenzneugründung im Handelsregister vom 28. 10. 1982 unter der Nummer 10 243: „H. Robert Mayer, Zeltwanger & Co. GmbH, Gegenstand: Bauflaschnereigeschäft, Stammkapital 51 000 DM. Geschäftsführer Peter Zeltwanger."

Der unternehmungslustige Handwerker, der in dieser Wirtschaftskrise das Handtuch nicht hinschmeißt, sondern sich risikofreudig selbständig macht, ist wohl typisch für die Mentalität der Baden-Württemberger. In einem WELT-Gespräch sagte Zeltwanger: „Ich habe einen Teil eines in Konkurs gegangenen Betriebs übernommen. Dadurch blieben sechs Arbeitsplätze erhalten." Woher er den Mut nimmt, jetzt so etwas zu tun? Seine Antwort: „Ich habe mir halt überlegt, was man tun soll." Der Handwerksbetrieb, der Dachrinnen und Kupferdächer montiert, erhielt übrigens keine staatliche Förderung, das Risiko wird ganz alleine von Zeltwanger und seinem Partner getragen. Auch dies ein Indiz für unternehmerisches und privates Risikohandeln ohne Ruf nach dem Staat. Immerhin werden in Baden-Württemberg 80 Prozent aller neuen Unternehmen ohne Inanspruchnahme der zahlreichen staatlichen Förderprogramme gegründet.

Zeltwanger berichtet, sein Betrieb sei mit dem bisherigen Auftragseingang durchaus „zufrieden, auch wenn er natürlich viel besser sein könnte". Offensichtlich ist hier ein guter Start gelungen.

So wie Zeltwanger haben einst und in jüngster Zeit viele Unternehmungslustige in diesem Lande begonnen. Daraus sind auch weltbekannte Firmen entstanden: Daimler-Benz, Robert Bosch, Liebherr. Die Lackieranlagenfabrik von Heinz Dürr ist inzwischen mit 3000 Beschäftigten zu einem „mittelständischen Multi" gewachsen.

Nicht zuletzt durch die Probleme einiger Großkonzerne haben inzwischen nicht nur die „klassischen" Mittelstandsländer Bayern und Baden-Württemberg erkannt, daß bei der Bekämpfung von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit vor allem Mittelstand und Handwerk Flexibilität und Anpassungsfähigkeit beweisen: Auch Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben mittlerweile umfangreiche Hilfs- und Förderprogramme für diese Bereiche beschlossen. Auch die Tatsache, daß beispielsweise die einstige Industrieschmiede Deutschlands, das Ruhrgebiet, heute fast zu einem Notstandsgebiet geworden ist, verdeutlicht die herausragende Rolle von kleineren und mittleren Unternehmen.

Landesbericht Baden-Württemberg

Über besondere Erfahrungen auf diesem Sektor verfügt Baden-Württemberg. Dieses klassische Land des Mittelstandes hat in der Gewerbeförderung schon eine 135jährige Tradition: Wurde doch in Stuttgart im Revolutionsjahr 1848 die „Königliche Centralstelle für Gewerbe und Handel" ins Leben gerufen.

Deshalb ist der Südwesten trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten immer noch am besten dran: Während bundesweit jetzt eine Arbeitslosenquote von 10,2 Prozent zu verzeichnen ist, lautet die Zahl für das „Musterländle" lediglich 6,6. Damit hat Baden-Württemberg die niedrigste Erwerbslosenquote unter allen Bundesländern, wobei bestimmte Regionen naturgemäß stärker betroffen sind (Ulm, Main-Tauber-Kreis) als etwa der Großraum Mittlerer Neckar um Stuttgart herum.

Ausgesprochen optimistisch sind deshalb Landesregierung und Wirtschaft hinsichtlich einer Konjunkturbelebung noch in diesem Jahr. Durch die Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung sind schon erste konkrete Anzeichen einer Erholung unübersehbar. Roland Klett, IHK-Präsident in Stuttgart, erklärte vor einigen Tagen nach einer Umfrage unter Kammern in der Region, die Investitionsbereitschaft zeige im Vergleich zum Vorjahr eine auffallend steigende Tendenz. Auch sei eine leichte Erhöhung in der Zahl der Arbeitsplätze unübersehbar, vor allem durch die Gründung neuer Unternehmen und Handwerksbetriebe. Die Investitionsbereitschaft, so Klett, habe sich gegenüber 1981 sogar „beinahe verdoppelt".

Ähnlich positiv sieht Wirtschaftsminister Rudolf Eberle (CDU) die Entwicklung in diesem Jahr. Am 31. Januar teilte Eberle mit, daß 1982 dank der „großen Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft" – und hier vor allem der mittelständischen Unternehmen einschließlich des Handwerks – mit 97 000 neuen Ausbildungsverträgen 2200 Lehrstellen mehr angeboten wurden als 1981. 3400 unversorgten Lehrstellenbewerbern stünden 4000 offene Stellen gegenüber, so Eberle. Damit sei Baden-Württemberg gemeinsam mit Bayern das einzige Bundesland, in dem die Zahl der offenen Stellen größer ist als die unbefriedigten Lehrstellensuchenden.

Um diesen positiven Trend weiter auszubauen, hat die Landesregierung inzwischen umfangreiche weitere Fördermaßnahmen für Mittelstand und Handwerk beschlossen. Die Konditionen für die Existenzgründungshilfen sind erheblich verbessert worden (höhere Kredite bei niedrigeren Zinsen). Einem Vorschlag der CDU-Landtagsfraktion folgend werden für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in den nächsten zwei Jahren weitere 40 Millionen zur Verfügung gestellt. Mit Exportförderung, Neustrukturierung der Forschung und dem baldigen Beginn neuer Kommunikationstechniken weist Baden-Württemberg den Weg zur Gesundung der Wirtschaft.

Berlin besorgt über mangelnde Bundeshilfe

Senat: „Schwere Lasten und ernste Gefahren"

hrk., **Berlin**

Senat und Opposition in Berlin bedrängt die große Sorge, daß die Bundesregierung in den kommenden Jahren angesichts eigener Finanzprobleme ihre Bundeshilfe-Pflichten gegenüber der Stadt nicht ausreichend erfüllen kann. Berlins Aufgabe, „nationales Symbol" mit gesamtdeutscher Ausstrahlung zu sein, würde darunter erheblich leiden.

Finanzsenator Gerhard Kunz (CDU) sprach gestern nach der Zustimmung des Senats zur problembeladenen Berliner Finanzplanung bis 1986 von „schweren Lasten" und „ernsten Gefahren". Die Stadt droht, finanziell aus dem Gleichgewicht zu geraten, falls Bonn nicht stärker als bisher als Geldgeber einspringt und Berlins Lasten übernimmt.

Die kritische Lage ergibt sich vor allem aus der Unsicherheit über die sich bisher schon als häufig überholt erwiesene Bonner Finanzplanung. Denn Finanzminister Gerhard Stoltenberg legt seine mittelfristige Finanzplanung (Mifrifi) von 1984 bis 1988 erst im kommenden Mai oder Juni vor.

Folgende Daten lösten jetzt im Senat Alarm aus:

- Bis 1986 klafft ein Loch von 1,9 Milliarden Mark in der Finanzplanung. Von 1984 fehlen Jahr für Jahr rund 600 Millionen Mark.
- Die erwarteten Steuermehreinnahmen mußten „wegen der ungünstigen Wirtschaftslage und der reduzierten Wachstumserwartungen" für 1983 bis 1985 um 1,3 Milliarden Mark nach unten korrigiert werden.
- Sorgenkind Nr. 1 bleibt eine ausreichende Bundeshilfe für Berlin. Denn 1983 ließ Bonn die Stadt mit einem Minus von 255 Millionen Mark bei der ausgehandelten Bundeshilfe mit ihrer Finanzplanung im Stich.

Schon jetzt zeichnet sich ein neues Fiasko ab. Drei Jahre nacheinander stimmten schon die alten Eckwerte für die Bundeshilfe nicht mehr. Für 1984 sieht die zwar geltende, aber längst überholte Bonner Planung eine Bundeshilfe von 10,92 Milliarden Mark vor. Gebraucht werden aber in Berlin mindestens 40 Millionen Mark mehr. Bis 1986 wächst dieses Mehr sogar auf insgesamt 610 Millionen Mark an – eine illusionäre Summe.

- Berlin muß 1983 allein 1,5 Milliarden Mark an Sozialhilfe aufbringen. Steigende Arbeitslosenzahlen (rund 80 000/zehn Prozent der Beschäftigten), hoher Asylantenanteil und das „Aussteiger"-Problem (ein Drittel der Sozialhilfeempfänger ist jünger als 30 Jahre) machen der Stadt enorm zu schaffen.
- Schon jetzt müssen Berlins Zins- und Tilgungslasten mit – täglich! – 7,4 Millionen Mark bezahlt werden. Berlin muß aber weitere Kredite aufnehmen: 1984 bis 1986 pendelt dieser Betrag um jeweils 700 Millionen Mark.

Finanzsenator Kuz setzte gestern seine Hoffnung optimistisch auf „Entscheidungen auf Bundesebene über weitere Entlastungen von Ländern und Gemeinden, die auch Berlin zugute kommen".

Vorerst muß sich die Stadt jedoch selbst helfen, und sie ist dazu auch bereit. Diesen Kurs belegen folgende Entscheidungen:

- Trotz der vorhandenen Sparzwänge will der Senat allein 1984 für 3,6 Milliarden Mark Investitionen vornehmen.
- Bis 1983 werden weitere 1500 Planstellen in der mit rund 200 000 Stellen aufgeblähten Berliner Verwaltung eingespart. Die Stadt beschäftigt fast 50 000 Mitarbeiter mehr als beispielsweise Hamburg.

In allen diesen Planspielen ist bislang für Berlins Jahrhundert-Projekte wie S-Bahn-Wiederbelebung und Anschluß ans Erdgasnetz keine einzige Mark vorgesehen …

Grüne Raupe startet zum Kreuzzug

Wahlkampfauftakt der Grünen in Hamburg / Biermann stieß auf Unverständnis

Von DETLEV AHLERS und L. SCHMIDT-MÜHLISCH

Als Wolf Biermann das Podium betrat, wurden Brüche erkennbar: Störversuche von Kommunisten, aber auch das Bekenntnis des Sängers, eigentlich gar kein „Grüner" zu sein. Der Wahlkampfauftakt der „Grünen" im Hamburger Congreß-Centrum unter dem januskopfigen Symbol der Raupe, die sich von hier aus bis zum 6. März durch die Republik frißt, rutschte bei diesem einen Auftritt von der Schaukel heiter bemühten Politvergnügens.

Viel Musik, ein bißchen Kabarett, ein paar Unrechts-Syndrome, das waren die Zutaten eines Cocktails, dessen Wirkungen wohl darauf zielten, Politik als Entertainment zu suggerieren, bei dem es hauptsächlich darauf ankommt, daß der Gegner von Grund auf böse ist.

Politik mit Udo Lindenbergs Panikorchester. Im Kostüm amerikanischer Sezessionskriege rockte der Star in eine schöne Zukunft, die gute Menschen uns bescheren wollen. Die Einstimmungs-Strategien funktionierten; die Gegenwelt etablierte sich schnell: Die schlagenden Rhythmen dröhnten die Wirklichkeit aus den Gehirnen. Unterleibe zuckten. Die Grüne Raupe entledigte sich ihres Kopfes.

Bei ein paar Witzchen auf Kosten des Gegners hielten sich die Zuschauer die Bäuche (wieder nichts für den Kopf). Kohls Pfälzisch kann nicht als Fremdsprache anerkannt werden; es handelt sich um „eine Anhäufung von Sprachfehlern". Auf der Bühne wurde ein Kohlkopf abgestochen. Moderator Henning Venske war mit seinen 43 Jahren einer der Ältesten in der Halle, doch seine Witze waren die eines großen Kindes. Ein bayerischer Clown verzehrte jonglierend einen sauren Parteien-Apfel, vielleicht gar auf der Suche nach der Grünen Raupe. Tosender Beifall.

Bettina Wegner aus Ost-Berlin war ernster: „Ich eine Ausländerin hier. Aber wessen Bomben mir auf den Kopf fallen, ist mir egal." Eine Ausländerin aus Deutschland sprach von Volk zu Volk. Ihr Auftritt unterschied sich immerhin von den anderen – es spritzte etwas Gift gegen Stalin, und sie sagte auch, daß die Polen sich ihr Kriegsrecht nicht selbst ausgesucht hätten. Wer begriff schon, daß Mut zu solchen Sätzen gehört, wenn ein Antrag auf Verlängerung des Ausreisevisums eingereicht ist, das Ende des Monats abläuft?

Auch ein paar Angst-Visionen waren natürlich gefragt. So von dem Sänger Heinz Rudolf Kunze: „Die herrschende Hochsicherheits-Gesellschaft verdrängt die Angst. Es ist bereits denkbar geworden, daß man die Angst kriminalisiert." Aber solche Äußerungen sind etwas ganz anderes als die Angstmacherei der Gegner: „Schon Adenauer ließ vor jeder Wahl die Russen kommen. Und Kiesinger beschwor dann die Gelbe Gefahr, weil die Russen viermal nicht gekommen waren." So Bundesvorstands-Sprecher Rainer Trampert. Auch Marxens ehrwürdiges „Kommunistisches Manifest" mußte mit ins Gefecht: „Ein neues Gespenst geht um in der Republik" – die Grüne Raupe also im weißen Bettlaken?

Man war in Stimmung, als Alexander Schubart, das Präsentier-Opfer aus Frankfurt, sein bitteres Leid klagte: „Folgt man dem Frankfurter Staatsschutzsenat, so darf selbstverständlich eine Regierung die Verfassung ignorieren." Oder: „Das Prinzip dieser Strafjustiz heißt: Es gilt, den Staat vor den Menschen zu schützen." Wärmender Beifall für einen traurigen Helden, dem kein grüner Landesverband einen Platz auf der Landesliste einräumen wollte.

Die Spielwiese hatte ihr Maskottchen begrüßt. Da mußten dann auch die Ausländerkinder noch willkommen geheißen werden. Der Türke Cem Karaca („Ich bin für die Grünen, weil sie als einzige Partei die Ausländer nicht hassen") sang ein orientalisches Liedchen vom treulosen deutschen Freund. Der Saal leerte sich rasch Richtung Bierbar. So schnulzig wollten es weder die Öko-Freaks noch die grauen Panther.

Aber dann Auftritt Biermann: „Ich bin doch kein Grüner, sondern womöglich ein faule Tomate!" Selbstzweifel in diesem Saal? Das änderte mit einem Schlage die Atmosphäre. Biermann – ein Mensch mit Erfahrungen unter lauter Kindern, denen selbst die beschworenen Ängste eher bunte Luftballons waren. Er machte es sich nicht so leicht, wie man das vielleicht erwartet hatte: „Auch die Grünen haben keine Antwort auf die Frage der Arbeitslosigkeit." Geheule im Saal.

Er fühlte sich offensichtlich nicht recht wohl unter denen, die er dennoch zu wählen gedenkt, weil sie als einzige einseitig abrüsten wollen. Er sang ein Lied von einem Arbeitslosen in Duisburg. Aber er war in einer anderen Melodie als das Restprogramm. Keine Mätzchen. Keine Michael-Kohlhaas-Komplexe. Biermann lebt noch nicht lange im Westen. Er hat die Jahre versäumt, in denen man sich dieser Republik als Sandkasten zu bedienen gelernt hat. Eine Art Kuckucksei im Raupenkokon.

Das Zwischenspiel währte kurz.

Clownerien setzten sich wieder in Szene. „Spliff" eroberte neudeutsch die Herzen. Das jugendliche Publikum strömte endlich an die Rampe. Nur die Jugend ist schließlich gemeint, wenn *die* „Grüne Raupe" durchs Land zuckt. Ältere hätten längst Oropax im Gehörgang, gegen die lauten Hoffnungen auf den schönen, bunten Schmetterling, der am 6. März aus der Raupe zu schlüpfen gedenkt. Aber haben nicht Raupen Hunger, alles Grüne zu fressen?

Schmidts „zweites Bein" in Bonn

HERBERT SCHÜTTE, **Hamburg**

Noch in dieser Woche will der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt die erste wissenschaftliche Ausarbeitung „absegnen", mit der das neu eingerichtete Bonner Büro der Körber-Stiftung beauftragt worden war. Schmidt, von Kurt A. Körber als Mitarbeiter dieser Außenstelle der Stiftung gewonnen, hat schnelle Arbeit geleistet. Das Thema lautete: „Die Vorschläge zur Bewältigung der Krise der Industriegesellschaft."

Der Bergedorfer Abgeordnete Helmut Schmidt besitzt dank des von dem Bergedorfer Unternehmer Körber etablierten Beratungsbüros ein zweites „Bein" in der Bundeshauptstadt. Neben seinem Büro im Bundeshaus, das von Jens Fischer geleitet wird, steht ihm in Bad Godesberg ein Stab unter Leitung des ehemaligen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Horst Schulmann, zur Verfügung. Schulmann, den Schmidt schon seit seiner Tätigkeit als Abteilungschef für Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik im Bundeskanzleramt außerordentlich schätzt, soll mit seinem Chef zusammen für die Körber-Stiftung eine Reihe weiterer Projekte in Angriff nehmen. Die Ergebnisse der jetzt vor dem Abschluß stehenden Ausarbeitung sollen Ende Februar in mehreren ausländischen Zeitungen veröffentlicht werden, darunter „Le Monde", „Economist" und „Tokyo Asahi Shimbun".

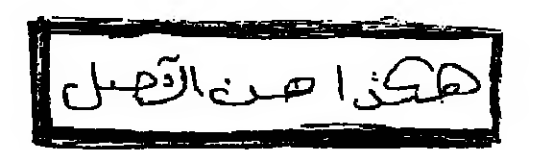
Der frühere Bundeskanzler hat sich seit vielen Jahren für die Stiftung engagiert. So war er Mitglied der Jury für das von Körber gestiftete Brahms-Denkmal in Hamburg. An den Tagungen des „Bergedorfer Gesprächskreises", der in der letzten Woche zum 73. Mal in Zürich zusammentrat, hat Schmidt häufig als Referent oder Diskussionsgast teilgenommen. Die Körber-Stiftung hat bisher mehr als 60 Millionen Mark für kulturelle und wissenschaftliche Förderungen aufgewandt. Der „Anstifter", wie der 73jährige Industrielle sich gern selbst bezeichnet, erhält am 29. April in der Frankfurter Paulskirche die „Medaille für Verdienste um das Stiftungswesen".

Bulgarien: Papst wurde vergiftet

AP/AFP, **Sofia**

Mit Spekulationen darüber, daß Papst Johannes Paul I. vergiftet worden sei, versucht Bulgarien jetzt offensichtlich von den Hinweisen abzulenken, an dem Attentat auf Papst Johannes Paul II. am 13. Mai 1981 auf dem Petersplatz beteiligt gewesen zu sein.

Unter der Überschrift „Infark oder Gift?" wird in der bulgari schen Wochenschrift „Pogled" di Hypothese aufgestellt, daß der Lu ciani-Papst, der am 28. Septembe 1978 nach nur 33tägigem Pontifi kat plötzlich gestorben war, wegei „seiner Absichten und Qualitäten die er energisch andeutete", umge bracht worden sei. Auf dem Tablet des verstorbenen Papstes seiei zum Beispiel während des Abend essens Tabletten gesehen worder obwohl dem Kirchenoberhaupt all gemein eine sehr gute Gesundhei attestiert worden sei und er nich in medizinischer Behandlung ge standen habe. Das Autopsie-Ve bot für Päpste habe schon „jah hundertelang nur den Interesse derjenigen genutzt, die Päpste nach dem Leben trachteten".



Boot „Typhoon“ droht Europa t SS-NX-20

SAD, London

.on in wenigen Wochen soll owjetische „Super-U-Boot Ty-n“ den Westen mit Atomrake-edrohen, denen die Allianz r nichts Gleichwertiges ent-zusetzen habe. Die Londoner ng „Daily Mail“ stützt diese nation auf Berichte britischer ichtendienst-Kreise.

Testserie der neuen SS-NX-keten sei jetzt erfolgreich ab-lossen worden, heißt es. Jede Raketen besitze zwölf ato-Sprengköpfe, die auf einzelne programmiert werden könn-nd eine Reichweite von 9254 etern hätten. Nach dem Be-der „Daily Mail“ kann die hoon“ mit 20 SS-NX-20 ar-

werden und jeweils vier die-keten gleichzeitig abfeuern.

„Typhoon“, über die im We-nde 1980 erste Einzelheiten ntgeworden waren, wird Herausgeber des angesehenen hen Fachbuchs „Jane's ng Ships“, Kapitän John , als ein „furchterregendes neuer“ bezeichnet. Das 30 000 n schwere U-Boot könne, so itischen Meldungen, „selbst er 1,20 Meter dicken Eisdek-ch genügend Feuerkraft ent-, um mit einem einzigen die halbe Welt zu vernich-Unbekannt ist im Westen der-och, ob das U-Boot, das etwa so groß ist wie die deutschen te des Zweiten Weltkriegs, Raketen auch unter Wasser den kann.

In zehn Monaten das dritte Wirtschaftsteam

Von WERNER THOMAS

Als Rolf Lüders, der deutschstämmige Finanz- und Wirtschaftsminister, das Kabinett über seine letzten Umschuldungsverhandlungen informieren wollte, die ihn vergangene Woche auch in die Bundesrepublik geführt hatten, konnte er sich diese Mühe ersparen: Staatspräsident Pinochet informierte ihn über seine Entlassung.

Rolf Lüders Schwarzenberg, 48, war erst seit dem 30. August 1982 Mitglied der Pinochet-Regierung. Mit seinem Abgang wechselt das Wirtschaftsteam des Generals nun zum drittenmal innerhalb von zehn Monaten. Der Präsident, der insgesamt fünf Ressorts neu besetzte, ernannte den Unternehmer und Bankier Manuel Martin Saez, einen persönlichen Freund, zum neuen Wirtschaftsminister. Zentralbankchef Carlos Caceres erhielt das Finanzministerium.

„Die fundamentale Aufgabe dieses neuen Kabinetts wird die Reaktivierung des wirtschaftlichen Prozesses sein“, erklärte Pinochet und betonte, daß keine Korrektur des

CHILE

bisherigen Kurses geplant sei. Man will an den Prinzipien der freien Marktwirtschaft festhalten.

Der abrupte Abschied des Krisenmanagers Lüders hat in der chilenischen Hauptstadt neue Fragen über die Zukunft des Generals aufgeworfen. So druckten die Zeitungen Anfang Februar Informationen aus Washington, daß die Militärs den Präsidenten entmachten wollten und daß Pinochet bereits unter Hausarrest stehe.

Diplomatische Beobachter wollen nicht an einen bevorstehenden Putsch glauben. Sie entdecken auch heute noch keinen Offizier, der dem Staatschef gefährlich werden könnte. Pinochet konnte alle potentiellen Rivalen rechtzeitig isolieren oder (in eine ferne Botschaft) exilieren. Auch im Alter von 67 Jahren kommandiert er das Heer und kontrolliert auf diese Weise weiterhin das Offizierskorps.

Die Machtbasis des Generals ist allerdings ständig schmaler geworden. In Scharen verliert er frühere Verbündete. „Pinochet wird langsam ein einsamer Mann“, meint Leon Vilarin, der Chef des Verbandes der Speditions-Unternehmer.

Vilarins Berufsverband hatte vor zehn Jahren einen entscheidenden Anteil am Sturz der linken Volksfront-Regierung. Sein wochenlanger Streik lähmte damals die gesamte Wirtschaft dieses mehr als 4000 Kilometer langen Landes. Die Speditionsunternehmer planen keine Aktionen wie 1973. Vilarin hat sich jedoch einer breiten Oppositionsfront angeschlossen.

Die im Dezember formierte Organisation, der mit Ausnahme kommunistischer Gruppen fast alle Parteien und Vereinigungen angehören, fordert den baldigen Rücktritt Pinochets und die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen. „Die Lösung der wirtschaftlichen Probleme muß durch eine politische Öffnung erfolgen“, hieß es in einer Erklärung. Die Opposition erinnert daran, daß Chile neben Paraguay bald das einzige Land Südamerikas mit einer Militärregierung sein kann.

Es waren die wirtschaftlichen Probleme gewesen, die Agusto Pinochet in diese schwierige Lage brachten. Die kühnen Experimente, die Nation mit den monetaristischen Methoden der Chicagoer Schule Milton Friedmans zu entwickeln, hatten durch die weltweite Rezession, rapide gefallene Kupferpreise und die hohe Schuldenlast schwere Rückschläge erlitten. Die niedrigen Zölle führten zu einer verhängnisvollen Konkurs-Kette, die wiederum die Arbeitslosenrate auf über 20 Prozent trieb.

Santiagos Kardinal Raul Silva Henriquez, kein Freund Pinochets, beklagt oft die „sozialen Kosten“ der Krise. „Ich habe noch nie eine so katastrophale wirtschaftliche Situation erlebt“, sagte er.

Rolf Lüders nannte nach seiner Entlassung die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der chilenischen Industrie und die hohen Schulden als die größten Probleme. Die Schulden der elf Millionen Chilenen betragen mittlerweile 18 Milliarden Dollar. Im vergangenen Jahr mußte Chile schon 85 Prozent seiner Exporterlöse für die Schuldendienste ausgeben. Lüders hatte sich zuletzt fast ausschließlich auf Umschuldungsverhandlungen konzentriert.

Weshalb er entlassen wurde, blieb bisher unbekannt. Einige Beobachter vermuteten, Pinochet sei über den schleppenden Verlauf der Umschuldungs-Versuche verärgert gewesen. Der Präsident neigt immer leichter zu Affekt-Handlungen. So trennte er sich auch von seinem Außenminister René Rojas, einem angesehenen Berufsdiplomaten, weil die UNO-Vollversammlung 1982 erneut „schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte in Chile“ verurteilt hatte. Nach Ansicht Pinochets hätte Rojas energischere Schritte zur Verhinderung dieser Resolution ergreifen können.

(SAD)

Die Medien im Griff der KPF

Die Kommunisten nutzen ihre Chance als Koalitionspartner / Gewerkschaft FO warnt

A. GRAF KAGENECK, Paris

Im Januar 1982 warf die gemäßigte, den früheren Regierungen Frankreichs nahestehende Gewerkschafts-Organisation „Force Ouvrière“ (FO) einen gewaltigen Felsbrocken in den friedlichen Teich der sozialistisch-kommunistischen Koalition. In einer „Note“ ließ sie wissen, daß die Kommunisten seit ihrer Berufung in die Regierung durch Präsident Mitterrand im Juni 1981 systematisch den Staats-Apparat unterwandern und mit ihren Leuten besetzen.

Im Vorwort der „Note“ hieß es kurz und bündig: „Wir, Beamte verschiedener Ministerien, wohnen seit Mai 1981 der methodischen Infiltrierung aller Ebenen des Staats-Apparates durch kommunistische Militanten bei, die ihrer Partei vollkommen ergeben sind. Das Innenministerium, das den Staat gegen solche Unterwanderungen schützen soll, scheint vor der Macht der KPF zu kapitulieren. Wir halten es daher für unsere patriotische Pflicht, die Öffentlichkeit über diese Vorgänge zu unterrichten.“

Es folgten detaillierte Angaben mit Nennung von Namen von Mitgliedern der KPF und der von ihr gesteuerten Gewerkschaft CGT, die in der verstaatlichten Industrie, in der Wirtschaft, dem Transportwesen, dem Gesundheitswesen und im gesetzgeberischen Apparat in führenden Posten untergebracht wurden. Offensichtlich hatte die FO über Monate hinweg eine minutiöse Untersuchung in mehreren Ministerien veranstaltet, deren Ergebnis nicht anfechtbar erschien.

Man kann sich den Sturm, der damals losbrach, heute kaum noch vorstellen. Alle eilten den bedrängten Kommunisten zu Hilfe: der Staatspräsident, seine sozialistischen Minister, die übrigen Gewerkschaften, die Massenmedien (die natürlich vom Staat kontrolliert werden), die Linkspresse. Alle verniedlichten das Problem. KPF-Generalsekretär Marchais konnte, die Hand auf dem Herzen, versichern, daß dieser „hinterlistige Angriff der unverbesserlichen Rechten“ die Kommunisten nicht daran hindern könne, in absoluter Loyalität hinter der Regierung und ihrer Politik des „Wandels“ zu stehen. Selbst FO-Chef André Bergeron, ein durchaus mutiger Mann, distanzierte sich schließlich von der „Note“ seiner Mitarbeiter.

Aber einige ließen nicht locker. Die Pariser Zeitung „Le Figaro“ veröffentlichte als erste eine Untersuchung über Kommunisten in der offiziösen Nachrichten-Agentur AFP. Es gab das übliche Protestgeheul und die Schwüre, kein AFP-Redakteur werde nach seinem Parteibuch, sondern nur nach seinen beruflichen Qualitäten eingestellt. Am 18. Januar 1983 stieß das konservative Blatt nach und wies nach, daß der staatliche dritte Fernseh-Kanal FR 3 – mit der Verbreitung von lokalen Informationen für die Landbevölkerung beauftragt – in 20 seiner 25 regionalen Redaktionsbüros die bisherigen Chefredakteure durch parteitreue Sozialisten und Kommunisten ersetzt hat.

Die den Gaullisten nahestehende „Nationalunion für Initiative und Verantwortlichkeit“ zählt in einem Rundschreiben die Namen aller Kommunisten auf, die in führende Redakteurs- oder Beraterstellen bei den Direktionen der beiden ersten Fernseh-Kanäle berufen wurden. Sie zitiert den Kommunisten Pierre Charpentier, Redakteur im 3. Kanal, der in einer Debatte sagte: „Mein journalistischer Blick ist natürlich durch mein ideologisches Prisma verformt.“ Welcher seiner Partei-Kameraden würde ihm nicht Recht geben?

Der Rechts-Opposition ist es bisher nicht recht gelungen, an Hand von Sendezeiten-Auflistungen nachzuweisen, daß die Linke die Massenmedien monopolisiert hat. Die Gewerkschaft FO wird noch einmal die Alarmglocke rühren – in einem sorgfältig ausgearbeiteten Bericht über die kommunistische Unterwanderung des Informations-Apparates.

Umsturz in Sudan gescheitert

DW. Tunis

In Sudan ist ein Komplott zur Ermordung des Staatspräsidenten Dschafar el Numeiri aufgedeckt worden. Gewöhnlich gut informierte Kreise im arabischen Raum gehen davon aus, daß der Umsturzversuch Teil eines libyschen Plans ist, mit Unterstützung von Armeeoffizieren und Oppositionspolitikern die gemäßigten und prowestlichen Regime in Sudan, Mauretanien und Tunesien zu beseitigen.

Nach der Aufdeckung des Putschversuchs wurden, so die Informationen, in der sudanesischen Hauptstadt Khartum annähernd hundert Offiziere und Zivilisten verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, im Auftrag des libyschen Staatschefs Khadhafi den Sturz des herrschenden Regimes und die Ermordung Präsident Numeiris geplant zu haben. Numeiri war 1969 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen.

1976 hatte Numeiri nach einem fehlgeschlagenen Umsturzversuch die kommunistische Partei des Sudan liquidieren lassen. Er unterstützte auch mehr oder minder offen die Friedenspolitik des ermordeten ägyptischen Staatschefs Anwar el Saldat. Seither gilt Numeiri als Feind der nach Moskau ausgerichteten arabischen Staaten.

Belgrads Presse läßt sich nicht mehr gängeln

CARL G. STRÖHM, Wien

In Jugoslawien spielte sich dieser Tage ein Vorfall ab, der in einem kommunistischen Staat ohne Beispiel dasteht: Zwischen der obersten Parteiführung der Teilrepublik Serbien und einer der größten – gleichfalls kommunistischen – Zeitungen des Landes kam es in aller Öffentlichkeit zu einer heftigen Polemik.

Auf einer Plenarsitzung des ZK der KP Serbiens attackierte das Mitglied des jugoslawischen Parteipräsidiums Dobrivoje Vidic die jugoslawischen Massenmedien. „Es gibt einen Durchbruch feindlicher Auffassungen in den Informationsmedien“, sagte Vidic wörtlich. „Dieser Durchbruch ist Teil einer sorgfältig geplanten Aktion von Leuten, die in Wirklichkeit am Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens beteiligt sind.“

Ein anderes ZK-Mitglied erklärte, in die jugoslawische Presse sei der Geist des „kleinbürgerlichen Liberalismus“ und „Nationalismus“ eingedrungen. Die Presse spiele sich auf, als sei sie eine „unabhängige Macht“. Sie verbreite Mißtrauen gegen die Politik der Partei und Zweifel über die Fähigkeiten der Führung, mit den Wirtschaftsproblemen fertig zu werden.

Darauf antwortete die Belgrader „Politika“ – die bedeutendste Zeitung Serbiens und eines der wichtigsten Blätter Jugoslawiens – mit einem Kommentar, in welchem die Versuche der Führung, Druck auf die Presse auszuüben, offen verurteilt werden. Wenn man die Journalisten daran hindere, gewissenhaft über das Leben und die Empfindungen der Menschen zu schreiben, würden sie ihrer Aufgabe in der Gesellschaft nicht gerecht.

Auch die Journalisten hätten ein Recht auf Irrtum, hieß es weiter im „Politika“-Kommentar – aber man dürfe erwarten, daß man solche Irrtümer nicht dazu benutze, um den Prozeß der Demokratisierung der öffentlichen Meinung aufzuhalten.

Das Ausmaß der Differenzierung der jugoslawischen öffentlichen Meinung zeigt sich auch an einigen anderen Entwicklungen der jüngsten Zeit. So wurde das neueste Buch von Dobrica Cosic – des bedeutendsten lebenden Schriftstellers Serbiens – in einem Verlag in Rijeka gedruckt, obwohl der Verfasser als Oppositioneller gilt und in heftigem Konflikt mit der Partei lebt. Das ZK der Teilrepublik Kroatien forderte von der Parteiorganisation des Verlages, den Druck des Buches zu verhindern – aber die Kommunisten des Verlags „Otokar Kersovani“ stimmten gegen ihre oberste Führung und setzten die Druckpressen in Bewegung. Das Buch des Dobrica Cosic – unter dem vielsagenden Titel „Das Wirkliche und das Mögliche“ – enthält politische Essays und Texte, derentwegen der Autor seinerzeit aus dem ZK ausgeschlossen wurde. In jedem anderen kommunistisch regierten Land könnten solche Texte, die bisher in Jugoslawien als quasi illegal galten, allenfalls im Untergrund erscheinen.

Hier zeigen sich zwei Entwicklungen innerhalb der jugoslawischen KP: Einmal eine Differenzierung in den Reihen der Partei, wobei ein starker liberaler und reformistischer Flügel, offenbar die Journalisten – die ja, zumindest in den Führungspositionen, durchweg Kommunisten sind – zur Selbständigkeit und zur Kritik ermuntert. Daraus wiederum resultiert ein Prozeß innerhalb der Medien: Sobald einige Journalisten, dank der Ermunterung von oben, die bisherigen Tabus durchbrechen, ziehen viele ihrer bisher furchtsameren und vorsichtigeren Berufskollegen nach. So entsteht ein Paradoxon in einem kommunistischen Staat: eine relativ befreite öffentliche Meinung, die nun wiederum auf die Träger der Macht zurückschlägt.

Politische Beobachter sind der Meinung, daß die Angriffe führender Parteifunktionäre auf die Presse den Prozeß der Demokratisierung nicht aufhalten können – zumal die Journalisten inzwischen öffentliche Unterstützung durch einige führende KP-Politiker erhalten. Zivan Vasiljevic, Mitglied des ZK Serbiens, warnte vor Pauschalurteilen über die Presse – und distanzierte sich von dem Versuch, die Medien als bloße „Transmissionsriemen“ der Partei zu betrachten.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Flachdächer und Schrägdächer

jetzt endgültig wasserdicht.

Für Industrie- und Werkhallen, Verwaltungsgebäude, öffentliche Gebäude, Krankenhäuser, Schulen und Wohnhäuser gibt es jetzt ein ideales Produkt, um alle Flach- und Schrägdächer absolut wasserdicht zu machen.

Thermoskin

(70 % Wärmereflexion – Emissionsfaktor 0,3 – erhebliche K-Wert-Verbesserung)

ein aus Naturasphalt-Basis hergestelltes Beschichtungsmaterial, beseitigt jetzt alle Probleme im Flach- und Schrägdachbereich. Garantiert dauerhaft.

Die Beschichtung bleibt elastisch, ist total UV-beständig, wird nicht spröde oder rissig.

– Kein Bitumen – kein Kunststoff –

THERMOSKIN konserviert und schützt jegliches Untermaterial. Auch hervorragend geeignet für Außentanks, Leitungssysteme etc., da erstklassiger Korrosionsschutz und Dauerhaftigkeit gegen Nässe, Wärme oder Kälte.

Alleinvertrieb und Verarbeitung:

V + V Verwaltungs- und Vertriebs-GmbH
Kamener Straße 4 · D-4712 Werne
Telefon: 0 23 89 / 80 12 Sa.-Nr. · Telex 8 20 929

Vertretungen zu vergeben für alle PLZ-Gebiete in der Bundesrepublik sowie für Dänemark, Finnland, Frankreich, Norwegen, Portugal, Saudi-Arabien, Schweden, Schweiz, Spanien.

Seriöser, überregionaler
Vertriebspartner
für neues, konkurrenzloses Anti-Raucher-Präparat gesucht. Finanzkraft Voraussetzung. Zuschriften erbeten unter D 4144 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Domizil Schweiz
Firmendomizile, Briefkastenadressen, Postweiterl., Telefon, Telex, Sekretariat, EDV, alle Kantone.
P.O.B. 121, CH-8027 Zürich

Top-Vertreter(innen) Top-Verdienst
Damen und Herren mit sicherem Auftreten, einsatz- u. kontaktfreudig, in der Werbebranche für die **Geschäftskundschaft** tätig, verdienen bei wöchentl. Auszahlg. DM 3000,– und mehr. Einarbeitung für Anfänger möglich.
Bewerbungen erbeten an die
COMPIU INFORM
z. Hd. Herrn A. W. Wild
CH-9001 St. Gallen/Schweiz
Postfach 903

Wer sucht im Großraum Hamburg/Hannover
Vertrauensperson
zur Ausführung von kaufm. oder priv. Sonderaufträgen, die Geschick, Zuverlässigkeit u. Diskretion erfordern? Pens. Manager mit über 25jähriger Erfahrung in multinat. Konzern und erstkl. Referenzen steht mit voller Einsatzbereitschaft zur Verfügung.
Zuschriften unter PU 46036 WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36

Ticket
in alle Welt „garant. Dumpingpreise", besond. Firmentarife.
Inter-Ticket, T.: 0 71 31 / 8 27 05

Ihr Kontakt in Dänemark. Übersetzungen, Marktanalysen, Postadressen, Vermittlungen aller Art, Annoncen. **Lothar M. Eckhardt, 6497 Steinau, Postf. 11 04.**

Wir erledigen für Sie alles Legale weltweit.
Absolute Diskretion und Zuverlässigkeit.
Tel. 0 61 52 / 5 50 31

Produkte für Haus und Garten

Eine Existenz auf der Grundlage einer in Skandinavien erprobten Idee – würde Sie das interessieren?

Benötigt werden ca. 150 Quadratmeter Freigelände – Kapitalbedarf ca. DM 15 000,–. Geeignet für Firmen und Einzelpersonen im Einzugsbereich größerer Städte.

Wir schreiben Ihnen gerne – Zuschrift erbeten unter PP 45972 WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36

Wer macht Beschichtung von
PVC-Folie
mit hitzeaktivierbarem Kleber
Kontaktaufnahme unter N 4152 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Vertrieb für Bauherrenmodelle u. Time Shearing gesucht.
Gesamtvol. f. 83 ca. DM 120 Mio. Verkaufsbeginn in 2 Wochen. Schriftl. Anfr. erb. an
HOAD GmbH RDM
6806 Viernheim
Heidelberger Straße 5

Waren aller Art und für alle Branchen aus
Direktimporten
aufgrund von Kompensationsverträgen sehr günstig.
Anfragen und Anforderung der Warenliste unter PO 45971 WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36

Ihre Vertretung in Hamburg
mit Büro u. Lager, Kommissionierung u. Verteilung übernimmt:
Tel. 0 40 / 22 64 61/62

Marketing
Deutsch-Austr. sucht Verbindung mit deutscher Firma für Vertr., Fertigung.
Kontaktaufn. jederzeit in D.
Dipl.-Ing.
Th. Back, CPO 2387, Sydney 200

Kaufmann
33 J., sucht lukrative Tätigkeit, Sitz Oberbayern/Österreich. Kompl. Büro mit Telex vorhanden.
Tel. 0 86 84 / 12 77 oder unter C 3945 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Norwegen-Spezialist
erledigt Marketingaufgaben, Geschäftsanbahnungen, Wirtschaftsauskünfte und Inkassi in Norwegen.
Ole Brauer
Tel. 0 40/46 27 44 o. 47 49 41

Für eine interessante Tätigkeit
suchen wir Herren und Damen bei gutem Verdienst, die zu einem Personenkreis mit gehobenen Einkommen und Unternehmungen – Geschäfte Kontakt haben. Auch als Zusatzeinkommen für Vertreter geeignet. Zuschriften erbeten unter: P 4153 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

K. Matsuda & Co. Ltd.
vergibt Alleinvertriebslizenz der MAZDA Energiespargeräte für Deutschland, Erf. EK: 1 Mio. bar, 1 Mio. Banksicherheit. Angeb. erb. u. N 4130 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Ägypten
Wir suchen: deutsche Hersteller, die ihre Produkte auf diesem Markt anbieten wollen. Wir bieten: gute Kontakte, langjährige Erfahrung, Praxis in der Abwicklung. Angebote unter:
MUMKIN Kuhl + Krohn oHG, 2 HH 6
Tel. 0 40 / 43 68 88, Tlx. 2 164 574 mum

Gemeinsam stark sein
Um geschäftl. etwas auf die Beine zu stellen, suche ich einen gleichberechtigten Partner. Er soll über Kapital verfüg. u. auch eig. Ideen einbringen sowie flexibel sein. Bin selbst nicht branchenfixiert. Standort Raum Frankfurt, gegebenf. auch hier flex., Neugierige unerwünscht. Angeb. u. A 4273 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Jg. erfhg. ADM sucht z. 1. 6. Vertretung als freier Handelsvertreter Raum HH, Schl.-H., ggf. Nieders. Zuschr. erb. u. PP 46013 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Direktwerbung Adressenverlag Full-Service
HOHNS Postfach 1324 Tel. (05105) 8746 3013 Barsinghausen

VERTRETUNGEN

Wir sind ein führender Hersteller von

SYSTEMBAUTEN
RAUMZELLEN
BÜROCONTAINERN

und suchen eine Firma, die unsere Interessen (Verkauf + vermieten) im Raume

HH, HB, Schleswig-Holstein und evtl. H

wahrnehmen kann.

Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf unter P 4283 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELTNEUHEIT
Med.-elektron. Therapiegerät mit großen Absatzmöglichkeiten für den Konsumentenmarkt
in Lizenz zu vergeben.
Zuschriften erb. u. PW 46018 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Wir bieten erhebliche Einkommensverbesserung seriösen Damen und Herren beim Vertrieb einer
krisensicheren Dienstleistung
Bewerbungen mit kurzen Angaben zur Person erbeten an Weissbuchverlag, Postfach 95 04 29 in 8000 München 95

Wir bieten an als kooperativer Partner des Maschinen- und Anlagenbaus im In- u. Ausland (Erfahrung im Mittleren Osten) **Planung, kompl. Montage und Service für**

ELEKTRO-SANITÄR-TECHNIK

Ihre Anfrage oder Aufgabenstellung richten Sie bitte unter B 3537 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

Export-Kaufmann
36 J., unverheiratet, sucht neue Position im In- oder Ausland. Mehrjährige Reisetätigkeit und Filialleitung für ein deutsches Exporthaus im Nahen Osten u. langjähriger Geschäftsführer eines arabischen Unternehmens. Fließend Englisch, franz. u. arab. Sprachkenntnisse.
Angeb. erb. u. S 4155 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Entwicklungstechniker elektronischer Bauelemente
Amerikaner, erf. in Zuverlässigkeitsuntersuchungen an elektronischen Bauteilen (Militär, Luft- u. Raumfahrt), sucht entspr. Aufgabe in norddeutschem Unternehmen.
Angebote erbeten unter Y 4271 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Dipl.-Ing. Rohrleitungsbau
44 Jahre, 18 Jahre Erfahrung im erdverlegten Rohrleitungs- und Tiefbau, alle Druckstufen bis PN 100, Durchmesser und Materialien, Gas, Wasser, Abwasser, in den letzten Jahren in leitenden Positionen, zuletzt als Niederlassungsleiter tätig, sucht neue leitende Position.
Angeb. erb. unt. T 4156 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

SÜDOSTASIEN/FERNOST
PH. D. METALLURGY (STANFORD)
DIPL.-ING. MASCHINENBAU (TOKYO)
36 J., verheiratet, 1 Kind, malaysischer Staatsangehöriger, 10 **Jahre Berufserfahrung**, davon 3 Jahre in Japan (Entwurf), 2 Jahre in Malaysia (Projektleitung und Anlagenbau), 3 Jahre USA (Forschungsleitung und Asst. Professor, Materials Science), 2½ Jahre Deutschland (Forschungsleitung).
Fließende **englische** und **japanische Sprachkenntnisse**, sehr gutes Deutsch.
Suche Position als technischer Leiter oder Repräsentant eines Unternehmens in Asien.
Angebote erb. u. K 4149 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn, Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg. Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Senior Industrial Eng./MBA
Dipl.-Betriebswirt mit mehrj. Tätigkeit in
NIGERIA
NORDAFRIKA
INDIEN
als **Generalmanager, Marketing, Manager, Consultant, Finanz- und Rechnungswesen**
übernimmt neue Aufgaben mit kurz- oder langfristigem *Auslandsvertrag (auch trouble-shooter)*. Gehalt ist nicht entscheidend, sondern Aufgabe.
Kontakte erbeten unter X 4270 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Betriebswirt
33 J., verh., Kenntnisse in Marketing, Betriebsorganisation, Finanzierung, Investitionen, perfekt in Englisch, ortsungebunden, sucht Anfangsstellung.
Zuschr. unter A 4295 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Rechtsanwalts- und Notargehilfin
25 Jahre, tätig als Bürovorsteherin in größerer Anwaltssozietät, möchte sich verändern. Angeb. erb. u. M 4151 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Diplom-Ingenieur
allgemeiner Maschinenbau, 46 J. (Studium u. staatl. Abschluß in Arbeits- u. Betriebswissenschaften, englische Sprachkenntn.), möchte sich zum 1. 1. 84 *in leit. Position im Raum Hamburg* verändern. Berufl. Werdegang: 10 J. Konstruktion v. Betriebsmitteln u. Sondermaschinen, Hydraulik u. Pneumatik, 3 J. Betriebs-Ing. u. Produktionsleiter, 10 J. Leiter d. Planungsgruppe Fertiganlagen, Konstruktion, techn. Überwachung u. Instandhaltung.
Zuschr. erb. u. PR 46014 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Techn. Kaufmann Handelsfachwirt
33, Berufserfahrung: Außendienst Flurförderzeuge, Verkauf Innendienst Mineralöl, Verkaufsgruppenleiter f. Invest.-Güterzubehör; tätig als Innendienstleiter Verkauf (Angebots- u. Auftragswesen, Verkaufsservice) möchte sich in 83 verändern im Bereich Vertrieb, Schwerpunkt Innendienst. Großraum Hamburg. Zuschr. erb. u. PR 46 033 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 36.

Immobilie – Vermögensbildung
Als nachhaltig erfolgsgewohnter
Vertriebsleiter im Typenhaus- und Kapitalanlagemarkt
möchte ich, 38, verh., Abit., Bank-Kfm., reiche Außendiensterf., frisch, ideenreich, zielorientiert, meine Kraft und mein Wissen in ein Unternehmen mit Profil einbringen. Auch artverwandte Branchen angenehm. **Ein Gespräch wird Sie überzeugen.** Seriöse Angebote erbeten unter PG 46 025 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Personalleiterin oder Assistentin
oder • • •
Zum 1. Juli sucht 42jährige (Betriebswirt) – mobil, einsatzfreudig, belastbar – **Führungsposition auf Geschäftsleitungsebene** oder entsprechende **Assistentenstelle** bzw. **Allroundaufgaben bei Einzelunternehmer** (mögl. mit internationalen Verbindungen) oder bei **öffentlichem Auftraggeber.**
Erfahrungen/Kenntnisse: Personalleitung (inkl. Rechtsfragen, Ausbildung und „Kleinarbeit" für 130 Beschäftigte), besonders erfolgreich in Mitarbeiter-Führung und -Motivation, Organisation; Abwicklung und Preisprüfung öffentlicher Aufträge, Sicherheitsbeauftragte, Sekretariatsleitung, Werbung – PR – Marketing, Erwachsenenbildung als gepr. Hauswirtschaftsmeisterin, Gestaltung und Abwicklung von Kunstausstellungen.
Gute englische, französische und italienische Sprachkenntnisse.
Kontaktaufnahme erbeten über C 4143 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Maurermeister
z. Zt. tätig als Polier, sucht Bauleiterstelle im norddeutschen Raum.
Zuschrift. erbeten unt. PE 46046 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Hauswirtschaftsleiterin
41 J., ledig, sucht zum 1. 4. Wirkungskreis. Erstklassige Referenzen vorhanden von Großküche, Krankenhaus und Altenheim, sowie die Kenntnisse. Angebote erb. u. Z 4140 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Diplom-Geologe
36, mit Schwerpunkten Meeresgeologie, Geophysik, sucht Wirkungskreis i. d. Geologie od. in ähnlicher Basis.
Zuschr. erb. u. PT 46035 an WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36.

Wer sucht für Mitarbeit
aktive, langj. Unternehmerin, Organisationstalent, verantwortungsbewußt, dynamisch u. zielstrebig? (Keine Vertretertätigkeit.) Nicht ortsgebunden.
Zuschriften erb. u. PZ 46019 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Tiefbauingenieur
(grad.), 37 Jahre, sucht verantwortungsvolle Position bei einer Baufirma. Ausbild. kfm. Lehre; Studium Abt. Baubetrieb; 12-jährige Berufserfahrung im Tief- und Rohrleitungsbau. Zuschriften unter A 4141 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Deutscher Chirurg
Unfallchirurg, 40 J., sicherer Operateur und Organisator sucht leitende Position
Angeb. erb. u. R 4264 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Nautiker AG
28 J., mehrj. Berufserf., unabh., sucht neuen Wirkungskreis an Land od. Seebetrieb. Zuschr. erb. u. PF 46024 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Diplom-Kaufmann/Steuerberater
(29), mit 4jähriger Berufserfahrung in Steuerberatungsgesellschaft, sucht z. 1. 7. neuen Wirkungskrs. Zuschr. erb. u. PL 46029 an WELT-Verlag, Postfach, *2000 Hamburg 36*

Vermessungsing.
(Dipl. FH), 27 Jahre, Auslandserfahrung, sucht interessante Aufgabe im Ausland. Ang. erb. u. B 4142 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Österreicher
41 J., eigenverantwortl. Geschäftsführer mit kfm., techn. u. betriebswirtschaftl. Ausbildung in einem mittelständ. deutschen Unternehmen sucht neue Aufgabe in Österreich. – Zuschr. u. B 4296 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Exportkaufmann
langjährig in leitender Position bei führender Außenhandelsfirma in HH.
48 J., Engl., Span., Auslandserfahrung, sucht neuen Wirkungskreis.
Angebote erb. u. R 4154 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche in größerem Betrieb hauptamtliche Tätigkeit als leitender
Arbeitsmediziner
Bin Fachinternist mit voller röntgenologischer Diag.-Ausbildung und Zusatzbezeichnung Arzt für Arbeitsmedizin, 57 Jahre, führe seit 20 Jahren Praxis für Allgemeinmedizin und bin nebenberufl. als Arbeitsmediziner tätig. Alle wesentlichen Ermächtigungen für berufsgenossenschaftliche Untersuchungen sind vorhanden.
Zuschriften erbeten unter PR 45 973 an WELT-Verlag, Postfach, 2 Hamburg 36.

Dipl.-Mathematiker
31 J., kaufm. Erfahrung, Kenntnisse *im Finanzierungs- u. Versi*cherungswesen, Unterrichtspraxis. Ausbildungsschwerpunkte: Zahlentheorie, Numerik gewöhnlicher Differentialgleichungen, sucht Erstanstellung zum 1. 7. 1983. Angebote erbeten unter E 4145 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Management-Assistent
(IHK), 38 J., gel. Bankkfm., Englisch verhandlungssicher, sucht nach Managementausbildung AfW (Note 1,8) kurzfri neue unternehmerische Aufgabe (auch Ausland), vorzugsw. Bank o. mittelst. Unternehmen, spez. organis. Maßnahmen wie Arbeitsplatzanalyse, Kostensenkung, Rationalisierung u. a.
Angebote erb. u. PE 46004 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Stahlkaufmann Export
Langjährige Auslandserfahrung, mehrsprachig, sucht verantw. Pos. als Exportleiter oder interessante Aufgabe im Ausland.
Ang. erb. u. F 4146 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Mathematiker
31 Jahre, kaufm. Erfahrung, Kenntnisse im Finanzierungs- u. Versicherungswesen, Unterrichtspraxis. Ausbildungsschwerpunkte: Zahlentheorie, Numerik gewöhnlicher Differentialgleichungen, sucht Erstanstellung zum 1. 7. 1983.
Angebote erbeten unter E 4145 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Staatl. geprüfter Betriebswirt EDV
Außenhandelskaufm.
40 Jahre, langjährige Erfahrung, Ex-/Import Stahl und Rohstoffe, 3 Jahre USA, Engl., Franz. und Spanisch, sucht neue Aufgabe in Organisation und EDV bei Unternehmen mit Auslandsverbindungen.
Zuschr. erb. u. PW 46037 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Qualifizierte PRIVAT-/REISESEKRETÄRIN
Perfekte Beherrschung des Sekretariatsmanagements durch langjährige Berufspraxis (Chefsekretärin/Assistentin), sehr belastbar, Planungs- u. Organisationstalent, Fremdsprachen, gutes Auftreten und gepflegte Erscheinung, sucht entsprechenden Wirkungskreis.
Zuschriften unter T 4266 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Direktionsbevollmächtigter
Seminarleiter, Ende 30, sucht neue Führungsaufgabe. Bundesweite Erfahrung im Vertrieb von Versicherungen, Bausparen und Finanzierungen, wie auch *Mitarbeiterführung. Engl.-Kenntnisse ausbaufähig.*
Zusch. u. W 4269 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

JURIST
Zur Person: 38 Jahre, ledig, Englisch und Französisch.
Berufliche Erfahrungen: Banklehre, zweijähriger Auslandsaufenthalt England und Frankreich, ein Jahr Rechtsabteilung internationaler Konzern, zwei Jahre Verbandstätigkeit.
Persönliche Stärken: Engagiert für wirtschaftliche Lösungen, Verständnis für betriebwirtschaftliche Fragen, gute Auffassungsgabe, kooperativ, loyal und ausgleichend.
Gesucht: Interessante Aufgabe im Verein, Verband oder Körperschaft.
Zuschr. erb. u. Z 4272 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Im- u. Export/Schiffahrt
Versierte Fachkraft, 35 J., 10 Jahre Fernost-Erfahrung, perf. Englischkenntn. in Wort u. Schrift, sucht zum 1. 4. 83 oder früher herausfordernde, verantwortungsvolle Position. Bereitschaft zu Geschäftsreisen ist vorhanden.
Angeb. unter L 4150 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Sekretärin, 48 J., su. neue, attraktive Aufgabe in einem niveauvollen, frauenlosen Haushalt als
Hausdame/Gesellschafterin
Mein Wunsch ist es, meine vielseitigen Fähigkeiten zu meinem neuen Beruf zu machen. Ich bin kreative Köchin, angenehme Gesellschafterin und gute Gesprächspartnerin für Sie und Ihre Gäste, die sich in Ihrem Hause wohlfühlen sollen. Nur seriöse Zuschr., mögl. Raum Hamburg, erbeten unter Y 4139 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Projektierungs-/Beratungsingenieur
– Werkzeugmaschinen –
Maschinenbau- und Wirtschaftsingenieur (grad.), 44 Jahre, verh., Maschinenschlosserlehre
– bisher tätig in Planung spanender Fertigungsanlagen; *besondere Erfahrung in anwendungstechnischer Problemlösung*, Maschinenauslegung, technischer Angebotsbearbeitung und Kundenberatung auf dem Gebiet spanender Schwerwerkzeugmaschinen
– Englisch fließend (5 Jahre USA), Franz.-Grundkenntnisse
sucht neue, verantwortungsvolle Tätigkeit im Rahmen der vorhandenen Erfahrungen.
Zuschriften erb. unter S 4265 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Indien, Maschinenschlosser
(31), mit 6jähriger Büroerfahrung (Korrespondenz), sucht wegen Wohnsitzverlegung nach Indien dort Beschäftigung. Angebote erb. D 4276 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Leser sind näher dran
Sie haben den entscheidenden Informationsvorsprung. 90 Korrespondenten sind an 35 Plätzen des In- und Auslandes für die WELT tätig. Sie berichten aktuell aus nächster Nähe von den Brennpunkten des Weltgeschehens.
W 3477

STELLENANGEBOTE

MEDIZINISCHE HOCHSCHULE HANNOVER

sucht
für den Pflegebereich Innere Medizin I
im Zentrum Innere Medizin eine

Oberschwester/-pfleger

Der Pflegebereich umfaßt 9 Stationen, die Medizinische Poliklinik und die Endoskopie.

Wir erwarten

– die erfolgreich abgeschlossene Zusatzausbildung zur leitenden Krankenschwester/-pfleger
– Kenntnisse in der Pflegedienstorganisation und Mitarbeiterführung.

Die Vergütung erfolgt nach BAT Kr. VIII

Ihre Bewerbung richten Sie bitte an die

Pflegedienstleitung
Medizinische Hochschule Hannover
Konstanty-Gutschow-Str. 8
3000 Hannover 61
Tel. (05 11) 5 32-26 26

Codman

Medizinische Instrumente und Apparate

– ein gut eingeführtes expandierendes Unternehmen für chirurgische Spezialprodukte. Wir verstärken unser nettes Team zum Besuch von Chirurgen und OP-Schwestern durch eine/n jüngere/n

Mitarbeiter/in im Außendienst

*Aufgeschlossenheit und Eigeninitiative sowie kaufmän*nische Erfahrungen setzen wir voraus. Sie sollten mittlere Reife oder Abitur und ausbaufähige Englischkenntnisse sowie Freude am Reisen mitbringen. Branchenkenntnisse sind wünschenswert, aber nicht erforderlich.

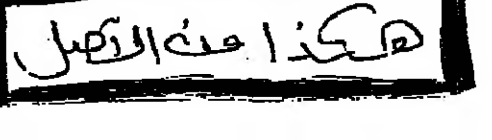
Das Einsatzgebiet umfaßt Süd-Niedersachsen, Nordhessen und das östliche Nordrhein-Westfalen.

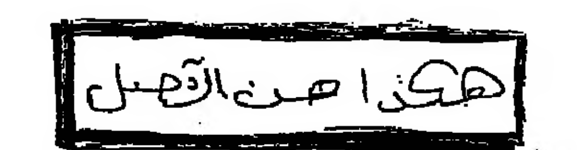
Wir bieten Ihnen eine intensive Einführung und umfassende *betriebsinterne Schulung* sowie ein leistungsgerechtes Festgehalt. Durch eine umsatzabhängige Provision können Sie Ihre Gesamtbezüge selbst mitgestalten.

Sie erhalten einen neutralen Firmenwagen, den Sie auch privat nutzen können, und die Sozialleistungen eines fortschrittlichen Unternehmens.

Bitte richten Sie Ihre schriftliche Bewerbung mit Angabe des möglichen Eintrittstermins an Herrn K. von Rauch.

Codman GmbH
Personalabteilung
Robert-Koch-Straße 1
2000 Norderstedt





Die Geschichte der Matabele war immer von Grausamkeit geprägt

Immer mehr Meldungen aus Zimbabwe weisen darauf hin, daß im Südosten des Landes, dem sogenannten Matabele-Land, Unruhen und Kämpfe ausgebrochen sind, die die Ausmaße eines Bürgerkriegs annehmen. Auf der einen Seite stehen die Regierungstruppen von Premierminister Mugabe, auf der anderen die Verbände von Mugabes ehemaligem Kampfgefährten im Guerillakrieg, Joshua Nkomo. Die Regierungssoldaten stammen aus dem Mehrheitsvolk der Shona (etwa achtzig Prozent der Bevölkerung Zimbabwes). Nkomos Verbände und die von Mugabes Soldaten terrorisierte Zivilbevölkerung gehören zum Minderheitsstamm der Matabele (rund zwanzig Prozent). Im folgenden beschreibt der Bonner Völkerkundler Burkhard Vieweg Herkunft und Geschichte der Matabele.

on BURKHARD VIEWEG

ie Geschichte der Matabele (eine Kurzform für Amandele) beginnt mit ihrem ersten d mächtigsten König, dem daaligen Zulu-Feldherrn Mzilika-. Dieser Heerführer war von eim der Raubzüge, auf die ihn n Zulu-König Chaka 1822 wie-r einmal geschickt hatte, zwar it reicher Rinder-Beute heimgehrt, weigerte sich aber, sie zuliefern.

Kurzum, vor der Rache Chakas ußte er aus Zulu-Land (Natal) ehen, zusammen mit kaum ehr als 200 Getreuen und ohne ute. Auf seinem langen Fluchtg nach Norden ließ er nichts bendes hinter sich zurück. Alle reichbaren Dörfer wurden niergebrannt, die brauchbaren ngen Männer in die eigenen ihen gesteckt, junge Mädchen d Rinder mitgenommen, der st totgeschlagen.

Nach diesem Prinzip schuf er f seiner Flucht und in den chsten Jahren ein fast menhenleeres Gebiet in dem heutin Transvaal, dem nördlichen anje-Freistaat und dem Osten tswanas. Wer noch konnte, rete sich in unwegsames Berggeet. Die Stämme im Westen flon bis weit in die Kalahari-Wü-. Nach einem Zug von über 700 n gründete er 1825 im östlichen ansvaal seine erste Hauptstadt len „Platz der Ruhe".

Auf dem Höhepunkt ihrer acht, 1837, mußten die Matabevor den aus dem Süden anrüknden Buren und deren Feuerwehren weichen. Ein Teil des wischen großen Matabele-Vols verblieb im Lande – es sind es die heutigen Ndebele-Stämme in Transvaal mit ihren bunten ngen um Hals, Arme und ine.

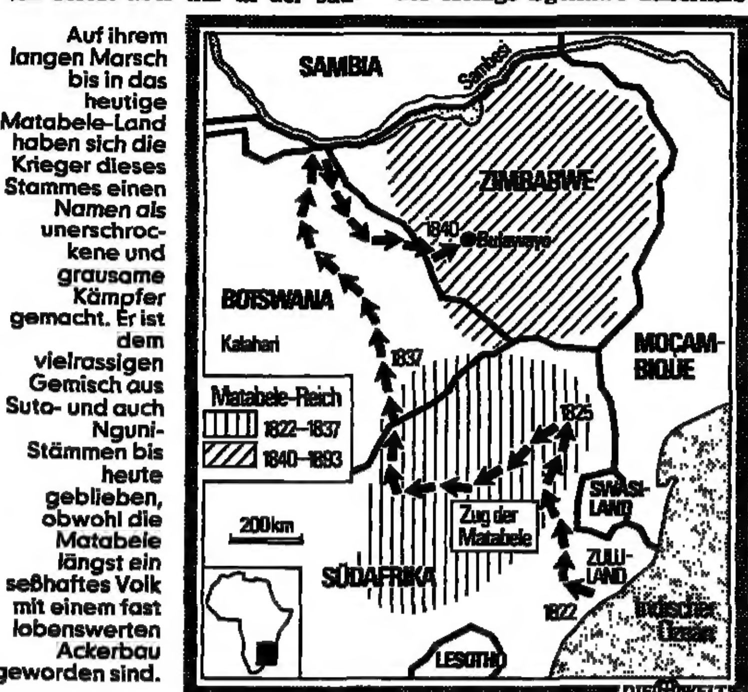
Die Hauptmacht der Matabele aber zog brennend und mordend durch das heutige Botswana. Dort erinnert auch der Name des Ortes Matabela an jene düstere Zeit. Weit im Norden erreichten sie schließlich den Sambesi und fielen von dort in das Gebiet des heutigen Zimbabwe ein. Hier entstand nun das 2. Matabele-Reich mit der Hauptstadt Bulawayo, dem „Ort des Tötens".

Die Matabele unterwarfen alle Stämme in dem Lande, einschließlich der weiter entwickelten Shona im Nordosten, siedelten selbst aber nur in der südwestlichen Hälfte. Mzilikazi war zwar immer noch so grausam wie früher, doch war er klüger geworden und vernichtete nun nicht mehr sinnlos alle Völker auf seinem Wege. In seinem neuen Reich machte er sie sich tributpflichtig: So ließ er die Shona größtenteils ungeschoren und versorgte sich von ihnen mit Rindern und Mais für seine zahlreichen Regimenter. Noch kurz vor seinem natürlichen Tode (1868) begannen die ersten Schwierigkeiten mit den Engländern: Gold war in seinem Lande gefunden worden!

Das war das Signal. Geologen kamen ins Land, Goldsucher folgten, es gab Streit. In der Schlacht am Bembesi-Fluß hatten die Matabele 1893 keine Chance. Der letzte König der freien Matabele, Lobengula, sah, daß das Ende für sein Land gekommen war. Nichts sollte den Engländern mehr in die Hände fallen. Bulawayo wurde in Schutt und Asche gelegt, der millionenschwere Staatsschatz, der sagenhafte „Matabele-Schatz", vergraben. Der Großteil des Schatzes bestand aus Rohdiamanten, die die matabelischen Gastarbeiter ihrem König aus den südafrikanischen Diamantenminen als Tribut mit nach Hause bringen mußten, verschluckt oder ins Fleisch einoperiert.

Als die Engländer nun heranrückten, ließ der Schatzmeister des Königs irgendwo außerhalb in der Steppe einen senkrechten Schacht graben. In ihn wurde der Schatz zusammen mit den Wagen hinabgelassen und der Schacht dann sorgfältig wieder verschlossen. Die vom Vergraben heimkehrenden Arbeiter wurden unterwegs von einem bereitstehenden Matabele-Regiment erschlagen und dieses wiederum etliche Kilometer weiter von zwei anderen Regimentern. So blieb als einziger, der den Ort des Geheimnisses kannte, nur noch der Schatzmeister über. Jahrelang ließen die Diamantengesellschaften nach ihm suchen. Endlich, 28 Jahre später, wurde er in Port Elizabeth in Südafrika aufgespürt. Doch er war inzwischen alt und hilflos wie ein Kind geworden, den Ort des Schatzes wußte er nicht mehr. Dutzende von Expeditionen haben inzwischen im Matabele-Land nach dem Schatz gesucht – vergeblich.

Auf ihrem langen Marsch bis in das heutige Matabele-Land haben sich die Krieger dieses Stammes einen Namen als unerschrockene und grausame Kämpfer gemacht. Er ist dem vielrassigen Gemisch aus Suto- und auch Nguni-Stämmen bis heute geblieben, obwohl die Matabele längst ein seßhaftes Volk mit einem fast lobenswerten Ackerbau geworden sind.



„Christen werden weltweit verfolgt"

umentation: Lage der Gläubigen hat sich in den vergangenen Jahren verschlechtert

idea, Wetzlar

5 Millionen Christen – und dajeder dritte Christ – werden weit wegen ihres Glaubens olgt.

ch einer Dokumentation, die Vertretern evangelikaler Misen zusammengestellt worden ibt es heute in Asien kaum ein l, in dem Christen nicht zu n haben. Im Ostblock macht n eine wachsende ideologische ärtung zu schaffen. In der islahen Welt führt immer mehr leranz zu tätlichen Übergrif-

den asiatischen Beispielen, in der Dokumentation aufgeführt werden, gehört auch Kambodscha, wo die einheimische Kirche nach ihrer Zerschlagung durch die Roten Khmer und mühsamen Neuanfängen nach dem Einmarsch der Vietnamesen erneut vor schwersten Bedrohungen steht. Der Besuch der Gottesdienste in der Hauptstadt Phom Penh ist durch die Einschüchterungen auf ein Minimum zurückgegangen. Im vergangenen Jahr wurden zwei Gemeindemitglieder festgenommen und gefoltert.

In den islamischen Ländern des Nahen Ostens dürfen die christlichen Kirchen „sich nur um sich drehen und nicht missionarisch wirken". Konvertiten drohen Gefängnis und Konzentrationslager.

Zur Situation in der Sowjetunion wird eine Liste von rund 140 inhaftierten Baptisten vorgelegt. Außerdem wird von drei christlichen Soldaten berichtet, die an den Folgen von Mißhandlungen gestorben sind, nachdem sie die Vereidigung auf den Kommunismus verweigert hatten. Der Vorsitzende des Missionsbundes „Licht im Osten", Pfarrer Winrich Scheffbuch, konstatierte, daß sich die Situation der Christen in der UdSSR immer weiter verschlechterte.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Was steht in den Verträgen?

Indem ich für Ihren so informativen und ausgezeichnet argumentierenden Artikel (Wilfried Hertz-Eichenrode: „Polen und das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung", DIE WELT vom 9. Februar) zu der Rede von Bundesinnenminister Dr. Fritz Zimmermann und zu der übrigens nicht nur von Kommunisten im Ostblock, sondern auch von Sozialdemokraten hier vorgetragenen heftigen Kritik (von Bahr bis Rau) danke, erlaube ich mir, noch zu ergänzen:

● In der Rede des Bundesaußenministers Walter Scheel vom 9. Februar 1972, 376. Sitzung des Bundesrates, heißt es: „Manche Kritiker haben versucht, in die Verträge den Begriff der Grenzanerkennung durch die Bundesrepublik hineinzulegen und die Verträge als Grenzverträge zu apostrophieren. Seltsam ist nur, daß die Verträge nirgendwo von Anerkennung sprechen. Einige Kritiker haben sich sogar zu der Behauptung verstiegen, mit den Grenzartikeln der beiden Verträge verzichte die Bundesrepublik auf deutsches Gebiet und auf die Wiedervereinigung. Da kann man nur fragen: Wo steht denn das eigentlich in den Verträgen?".

● Bundesminister a. D. Hans-Jürgen Wischnewski hat entgegen dieser eindeutigen Darlegung und entgegen seinem eigenen Ja zur Gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 am 18. Dezember 1982 in der Beilage zu der Wochenzeitung „Das Parlament" den Ostverträgen den Charakter von Anerkennungs- und Vorfriedensverträgen zugemessen: „Erst die Bildung der sozial-liberalen Regierung 1969 machte die neue Ostpolitik auf der Grundlage der uneingeschränkten Anerkennung des territorialen Status quo in Europa möglich ... Insgesamt kommen die Regelungen, die als Folge der neuen deutschen Ostpolitik in Bezug auf Berlin, Deutschland und die Verhältnisse in Europa getroffen werden konnten, einer friedensvertraglichen Regelung durchaus nahe. Dies gilt vor allem für die KSZE-Schlußakte, die Europa eine neue Perspektive der Zusammenarbeit gegeben hat."

● Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Dr. Rainer Barzel, hat, den Ausführungen des Bundesinnenministers gleichsam vorgreifend, im Dezember 1982 im „Deutschland-Archiv" während eines Interviews erklärt: „Die Deutschlandpolitik orientiert sich an der deutschen Geschichte und an den Interessen unseres ganzen Volkes in Gegenwart und Zukunft; sie dient der Einheit der Nation und stärkt den Zusammenhalt des deutschen Volkes. Die Beziehungen zur DDR sind ein Teil der Deutschlandpolitik und ganz gewiß ein wichtiger Teil. Wir reden wieder, unserem Eid getreu, von Deutschland. Die Regierungserklärung beweist das. Wir stehen zum ganzen Grundgesetz. Der gemeinsame Beschluß des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 gehört zum Vertragswerk mit dem Osten ... Wenn heute mehr als in den vergangenen Jahren über solche Tatsachen gesprochen wird, so weist das ein Informationsdefizit in der Öffentlichkeit aus. Es hat aber nichts mit ‚großdeutsch' oder ‚nationalistisch' oder ‚revanchistisch' zu tun. Das ist Polemik, und auf die wollen wir uns nicht einlassen. Wir sind verfassungs- und vertragstreu."

Offenbar ist nach 13 Jahren sozialliberaler Koalition das Selbstverständliche nicht mehr selbstverständlich. Wir haben entsprechend dem Wiedervereinigungsgebot aus dem Grundgesetz von ganz Deutschland in allen seinen Teilen, wie es auch im Grundsatzprogramm der CDU von 1978 zu lesen ist, auszugehen, dieses ganze Deutschland bewußt zu erhalten und, wo es notwendig ist, bewußt zu machen, dieses ganze Deutschland in seiner Substanz zu bewahren und in einen Friedensvertrag einzubringen, so wie dieser auch ausdrücklich Inhalt des Deutschlandvertrages von 1952/54 ist.

Dr. Herbert Hupka, MdB, CDU
Bonn

Falsche Version

Sehr geehrte Herren,

in Ihrer Ausgabe vom 9. Februar 1983 berichten Sie unter der Überschrift „Ein Este stört Palmes Kreise: Was weiß er über sowjetische U-Boote?" u. a. über den U-Boot-Zwischenfall vor der schwedischen Flottenbasis Muskö.

In diesem Artikel heißt es, unter Hinweis auf die im April 1983 vorgesehene Veröffentlichung des Berichtes der U-Boot-Kommission durch das schwedische Verteidigungsministerium: „Damit ist inzwischen auch in dieser Frage die Neutralität Schwedens wieder hergestellt worden. Nach einer neuen Version hat es sich um ein bundesdeutsches U-Boot gehandelt, und Stockholm wollte keine Komplikationen mit Bonn oder der NATO. Eine zuverlässige Erklärung wird es voraussichtlich erst im April geben ..."

Diese Version ist eindeutig falsch. Richtig ist vielmehr, daß keine U-Boote der Marine zum Zeitpunkt des U-Boot-Zwischenfalls bzw. in den Wochen davor die Ostsee nördlich des 57. Breitengrades (Südspitze Gotland) befahren haben, wie dies auch der Befehlshaber der Flotte (Glücksburg) in seiner Presseerklärung vom 7. Oktober 1982 festgestellt hat.

Daglef Gerhardt, Fregattenkapitän
Bundesministerium der Verteidigung
Bonn 1

Andere Quelle

„Sehr geehrte Damen und Herren,

am 15. November 1982 erschien unter dem Titel „Pankraz, Lamsdorf und der Weg nach Waldhaus" in der WELT ein Artikel, in dem mein Name mit einem angeblichen Zitat von mir verbunden wurde. Ich versage es mir, dieses Zitat zu wiederholen, stelle aber ausdrücklich fest, daß es eine gemeine Verleumdung russischer Soldaten darstellt, wie sie bei mir nirgends zu lesen ist.

Lew Kopelew,
Köln

*

Anmerkung der Redaktion: In der Tat hat Pankraz Berichte über die Kreuzigung von Zivilpersonen, auch Kindern, durch die Sowjets im Jahre 1945 irrtümlich Kopelew zugeschrieben. Sie finden sich stattdessen in „Nemmersdorf-Berichte. Dokumentation des Bundesministeriums für Vertriebene", Bd. I/2, „Interviews" von Alfred M. de Zayas (München 1980), „Vertreibungsverbrechen" von Heinz Navratil (München 1982).

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wem nützte es?

Sehr geehrte Redaktion,

auf die Nachricht, daß die FDP den Einzug in den Bundestag doch schaffen könnte, habe ich schon lange gewartet. Es wäre doch erstaunlich, wenn die Wähler, die einen Bundeskanzler Kohl lieber sähen als einen Kanzler Vogel von Grünen Gnaden, nicht das schaffen könnte, was SPD-Wähler mehrmals spielend schafften, nämlich die FDP über die 5-Prozent-Hürde zu bringen und damit die gewünschte Koalition zu sichern.

Viele fürchteten anscheinend um ihre „verlorene Stimme" – aber inzwischen ist wohl deutlich genug geworden, daß die CDU selbst bei für sie günstigem Wahlausgang nicht stärker sein wird, als die SPD mit den Grünen. Es bleibt dem flexiblen CDU-Wähler oder Sympathisanten gar keine andere Wahl, als der FDP mit Zweit-Stimmen zu helfen, zumal auch programmatisch und personell vieles für die FDP sprechen dürfte – es sei denn, die Mär vom Dolchstoß und der Umfaller-Partei wirkt immer noch nach.

Kaum faßbar, wie durchschlagend die Wirkung dieser Legende auch auf Wähler gewirkt hat, die der SPD eher fernstehen, dabei stelle man sich doch einmal bei der Suche nach dem Täter die einfache Frage: cui bono – wem hat's denn nun genützt? Etwa der FDP?

Mit freundlichen Grüßen
Suse Röhrs,
Hamburg 65

Aufgeschwatzt

„Ein Plädoyer für die Ganztagsschule": WELT vom 8. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bundeskanzler Kohl hat sich aufschwatzen lassen, daß die Ganztagsschule das Beste für die Kinder sei. Wer es gut meint mit der Familie, darf nicht für die Ganztagsschule sein! Die Kinder werden doch dadurch noch mehr den Eltern entfremdet; die Eltern noch mehr der Sorge um die Kinder entledigt. Das kann doch nicht das Anliegen einer christlichen Partei sein!

Das krankhafte Streben nach Chancengleichheit im Bildungswesen, von den Sozialisten bis zum Exzeß getrieben, behindert die Bildung von Persönlichkeit.

Mit Gruß
Max Maier,
Rottenburg 1

Wehrdienstdauer

Da die Angemessenheit von 20 Monaten Zivildienst angezweifelt und vom Bundesverfassungsgericht überprüft werden wird, ist es notwendig zu wissen, daß der Wehrdienst nach dem Wehrpflichtgesetz nicht nur den Grundwehrdienst von 15 Monaten umfaßt. Hinzu kommen Wehrübungen, die bei Mannschaften höchstens neun Monate, bei Unteroffizieren höchstens 15 und bei Offizieren höchstens 18 Monate betragen; ferner im Verteidigungsfall der unbefristete Wehrdienst. Bei einem Vergleich der beiden Dienstzeiten muß den 15 Monaten Grundwehrdienst daher zumindest die Zeit hinzugerechnet werden, die dem Durchschnitt der geleisteten Wehrübungen entspricht.

Herbert Wehling,
Lensahn

Personalien

GEBURTSTAG

Rechtsanwalt **Fritz Karnatz**, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen in Bonn, wird am 17. Februar 60 Jahre alt. Karnatz wurde in Rostock geboren. 1957 ging er zum Hauptverband der landwirtschaftlichen Buchstellen. Dort leitete er zehn Jahre lang die Rechts- und Steuerabteilung. 1968 wurde er Hauptgeschäftsführer. Der Verband zählt rund 1000 Mitglieder, von denen 600 Steuerberater und 400 Sachverständige sind.

GESTORBEN

Professor Dr. **Günther Küchenhoff**, Würzburger Jurist mit internationaler Reputation, starb mit 75 Jahren. Der Wissenschaftler hatte an der Universität Würzburg noch in der letzten Woche ein Seminar über Weltraumrecht geleitet, ein Fachgebiet, auf dem er zum Pionier in der Jurisprudenz wurde und das ihm auch als Völkerrechtler internationales Ansehen einbrachte. Professor Küchenhoff wurde am 21. August 1907 in Leipzig geboren. Er schwankte zunächst zwischen Jura und einem Gesangsstudium. Das Votum seiner Mutter gab den Ausschlag für ein Studium „mit ökonomisch gesicherter Lebensgrundlage". Seine Würzburger Studenten erfreute er jedoch auch bis in seine letzten Lebenstage, wenn er als Ehrenmitglied der „Cheruscia" im CV Proben seiner Sangeskunst gab. Ordinarius wurde Günther Küchenhoff zum ersten Mal 1943 in Greifswald. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er zunächst als erfolgreicher Rechtsanwalt und Syndikus ärztlicher Vereinigungen tätig und war Mitgründer der Zeitschrift „Arztrecht". 1956 erfolgte der Ruf an die Universität Würzburg. Hier übernahm er die Leitung der Seminare für allgemeines, deutsches und bayerisches Staats- und Verwaltungsrecht sowie für Rechtsphilosophie, Arbeits- und Sozialrecht, eine juristische Spannweite, die heute kaum noch von Jüngeren erreicht wird. Insgesamt brachte es Günther Küchenhoff auf 500 Publikationen. Zu ihnen gehören sein Werk „Die Neugestaltung der Gesellschaft im Recht", sein Buch „Blick aus der Zukunft. Eine Vision", „Naturrecht und Christentum" und sein Werk „Naturrecht und Liebesrecht". Als Gutachter in schwierigen Rechtsfragen hatte Küchenhoff zuletzt ein Gutachten gegen die Auflösung des Bundestags angefertigt. Küchenhoff ist Vater von neun Kindern, Söhnen und Töchtern, die meisten von ihnen Juristen. Auch seine Frau **Eleonora** ist Juristin.

Wort des Tages

„Alle echte Überlieferung ist auf den ersten Anblick langweilig, weil sie fremdartig ist. Sie kündet die Anschauungen ihrer Zeit für ihre Zeit und kommt uns gar nicht entgegen, während das moderne Unechte auf uns berechnet, daher pikant und entgegenkommend gemacht ist ..."

Jacob Burckhardt, Schweiz. Kulturhistoriker (1818–1897)

Weinberger greift die Mahnung aus Europa auf

Gegen „künstliche Schranken“ im Rüstungshandel

AP/AFP/DW. Washington
US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger ist auf die Kritik hochrangiger europäischer NATO-Vertreter an der „Einbahnstraße“ im Rüstungshandel eingegangen: Er sprach sich für die Abschaffung „künstlicher Schranken“ aus, um den US-Streitkräften mehr Waffenkäufe in Europa zu ermöglichen.

Im Jahresbericht über die Standardisierung der NATO-Rüstung, den er dem Kongreß vorlegte, wies Weinberger darauf hin, daß „noch viel mehr zu tun“ sei, um die Zusammenarbeit im Bündnis zu verbessern.

Nach Weinbergers Ansicht müsse die Industrie „eine wesentliche Führungsrolle bei der Verbesserung des Handels mit militärischen Versorgungsgütern übernehmen.

General Bernard Rogers, der NATO-Oberbefehlshaber in Europa, hat nach Weinbergers Angaben auf ernste Mängel in verschiedenen Bereichen der NATO hingewiesen. Sie beträfen die Standardisierung wichtiger Bereiche der Luftabwehr – so die Luft-Luft-Geschosse, die landgestützten Radarsysteme und das Kommunikationswesen. Diese Mängel hätten die Kampftüchtigkeit der Bodentruppen beeinträchtigt.

Daneben verbuchte Weinberger in seinem Bericht auch Erfolge. Der Minister sagte, bei den Bemühungen zur Stärkung der konventionellen Streitkräfte der Allianz und zur Anpassung der Verteidigungskonzeption an die Erfordernisse der achtziger Jahre seien Fortschritte erzielt worden.

Wegen der Mängel bei der Rüstungszusammenarbeit über den Atlantik hinweg hatte die Bundesregierung in Bonn den US-Kongreß aufgefordert, die Einführung der „Speciality Metals Clause“ rückgängig zu machen, die den Import von Sondermetallen auch aus europäischen NATO-Ländern untersagt. Die Bundesregierung verwies darauf, daß sich die USA mit einer derartigen Importrestriktion selbst schädigten.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Lothar Haase hatte als Reaktion auf diese Importbeschränkungen dafür plädiert, zu prüfen, ob die Ausrüstung für die deutschen Streitkräfte künftig in ausschließlich europäischer Kooperation produziert werden soll. In den kommenden zehn Jahren wollte Bonn deutsche Rüstungsaufträge von rund zehn Milliarden Dollar an die USA vergeben.

Blutige Unruhen in Assam

Banditen metzelten mehr als 450 Menschen nieder

AFP/rtr. Neu-Delhi
Die heftig umstrittenen Wahlen im nordostindischen Bundesstaat Assam haben die schlimmsten Unruhen seit der Unabhängigkeit Indiens im Jahr 1947 ausgelöst.

Wie in Gauhati, der Hauptstadt von Assam, bekannt wurde, haben Banditen am Wochenende im Bezirk Darrang ein grauenhaftes Massaker verübt. Mehr als 450 Menschen sollen mit Speeren und Buschmessern niedergemetzelt, 50 bis 60 andere verschleppt worden sein. Etwa 7000 Familien in 15 Dörfern wurden durch Brandschatzung obdachlos. Die Zentralregierung hat rund 75 000 Soldaten und Bundespolizisten nach Assam entsandt. Einige Banditen sollen erschossen und rund 300 festgenommen worden sein.

Die Unruhen in Assam hatten seit Anfang des Monats bereits etwa 200 Todesopfer gefordert, als hinduistische Bewohner versuchten, die Wahlen für ein neues Landesparlament zu verhindern. Die einheimische Bevölkerungsmehrheit ist gegen die Wahlen, weil das Problem der aus Bangladesch, West-Bengalen und Nepal zugewanderten rund fünf Millionen Moslems nicht gelöst ist. Die Assamesen sträuben sich gegen die Wahlbeteiligung der Zuwanderer und verlangen deren Ausweisung.

Bei den Wahlen in Assam, die am Montag begannen und aus Sicherheitsgründen auch am Donnerstag und Sonntag fortgesetzt werden, wird über 126 Sitze im Landesparlament und über 12 Mandate im Zentralparlament in Neu-Delhi entschieden. Stimmberechtigt sind rund 8,5 Millionen Wähler. Die Beteiligung der knapp vier Millionen zählenden ersten Wählergruppe am Montag war sehr gering. Sie soll nach Presseberichten kaum höher als fünf Prozent betragen haben.

Genscher: Grundentscheidungen gegen SPD verteidigen

● Fortsetzung von Seite 1

Genscher: Das Thema Angst spielt ganz sicher in unserer Zeit und gerade in der Bundesrepublik Deutschland eine erhebliche Rolle. Die von mir genannten Grundentscheidungen, die neu zu bekräftigen sind, sind Fragen der politischen und geistigen Führung. Da kann man und darf niemand versuchen, sich vorbeizumogeln. Politische und geistige Führung setzt auch voraus, die Lage ungeschminkt klar und offen darzulegen. Also zum Beispiel zu sagen, daß das Anspruchsdenken eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung ist; daß weitere Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte notwendig sein werden; daß wir einen Ausbau unseres Wohlstandes für eine lange Frist nicht versprechen können, ja, daß es schon schwer sein wird, den jetzt erreichten Lebensstandard überhaupt nur annähernd zu erhalten.

Das ist das genaue Gegenteil einer Politik der Versprechen, wie sie jetzt von dem Spitzenkandidaten der SPD betrieben wird, der die Rücknahme von Spar-Entscheidungen verspricht. Aber unsere Politik der ungeschminkten Wahrheit hat nichts mit Entmutigung zu tun. Im Gegenteil, Aufgabe der politischen Führung ist es, zu ermutigen, nämlich zu sagen, daß diese gewiß für viele auch mit einschneidenden Veränderungen verbundene Politik die einzige ist, um in unserem Land soziale Gerechtigkeit und einen angemessenen Wohlstand zu sichern. Genauso ist es mit unserem eindeutigen Bekenntnis zur West-Integration. Wir bezeichnen sie als den einzigen Weg, um die lange Periode des Friedens seit 1945 auch in Zukunft zu erhalten. Also, Ermutigung ist genauso notwendig wie absolute Offenheit über die Lage und die dann notwendigen Entscheidungen.

Man darf nicht übersehen, daß es in unserer Bevölkerung ganze Schichten gibt, die zur Zeit verängstigt sind durch Kampagnen, die von der SPD gegen sie in Gang gesetzt wurden.

● Gegen die Ärzte, verschweigend, daß diese durch Selbstbeschränkungen schon in vergangenen Jahren einen wesentlichen Damm gegen die Explosion der Kosten im Gesundheitswesen errichtet haben, auch unter Inkaufnahme von eigenen Einkommensrückgängen;

● gegen die Bauern, obwohl diese Gruppe mit den Erzeugerpreisen wesentliche Beiträge zur Stabilität unseres Preissystems geleistet hat – und übrigens auch zur Sicherung unserer Ernährungsgrundlage;

● gegen die Beamten, die man gern in ein parteipolitisch beeinflußbares, einheitliches Dienstrecht pressen würde, verschweigend, daß das Berufsbeamtentum in unserem Land durch die Verfassung gesichert und ein Garant für die Stabilität und Handlungsfähigkeit unseres Staates unabhängig von jeder politischen Mehrheit ist;

● gegen die leitenden Angestellten, die man gegen ihren Willen hineindrücken möchte in gewerkschaftlich kontrollierte Vertretungsorgane;

● gegen die Unternehmer, die angeblich Investitionsstreik betreiben, gegen die man sogar zum „Widerstand“ aufruft.

Ich halte es für wichtig, daß wir zwischen den gesellschaftlichen Gruppen Solidarität schaffen und nicht Kampf, der immer nur Klassenkampf sein kann. Die Parteien der Mitte sind aufgerufen, sich einer solchen Entwicklung mit aller Kraft entgegenzustemmen und für eine solidarische Gesellschaft, eine freie Gesellschaft zu werben.

WELT: Es gibt ja nun bei allen Einschränkungen, unter denen wir weltwirtschaftlich stehen, trotz hoher Arbeitslosigkeit Zeichen für den wirtschaftlichen Aufschwung. Wir haben eine hervorragende Leistungsbilanz, wir haben eine zurückgehende Inflationsrate, und es gibt ja auch Signale, daß nach den Wahlen neuer Investitionswille Impulse vermittelt …

Genscher: Rein ökonomisch ist es immer so, daß einem wirtschaftlichen Abstieg zeitlich verzögert Arbeitslosigkeit folgt. Umgekehrt schlägt sich der wirtschaftliche Wiederaufstieg zunächst nur in Daten nieder und nicht in zurückgehenden Arbeitslosenzahlen. Diese zeitliche Verzögerung muß man im Auge haben. Ich bin der Meinung, daß die jetzt vorliegenden Daten relativer Preisstabilität, sinkender Zinsen, Ausgleich der Leistungs- und der Zahlungsbilanz, ja sogar leichte Überschüsse, einen Aufschwung ankündigen. Aus bestimmten Branchen wie der Automobilindustrie, vor allem aber auch aus dem Baugewerbe, kommen eine Reihe positiver Informationen.

Natürlich gibt es manche Unternehmer, die verunsichert sind durch die Ankündigungen der Sozialdemokraten. Die Drohung von Herrn Vogel mit Devisenkontrollen ist bis heute von ihm nicht zurückgenommen worden. Gedroht wird mit Investitionsmeldestellen und verschiedenen „Räten“ zur Bürokratisierung der Wirtschaft, mit höheren Steuern und Abgaben, mit einer höheren Staatsverschuldung, mit einer Ausdehnung der Montan-Mitbestimmung auf weitere Wirtschaftszweige.



Hans-Dietrich Genscher

Wenn dies alles wahrgemacht würde, wäre das eine völlig veränderte wirtschaftliche und ein völlig veränderter ökonomischer Rahmen für Investitionen. Das heißt, das, was im Augenblick an Unsicherheit im Lande gerade bei Investoren vorhanden ist, zum Teil auch noch beim Verbraucher, ist nicht ein Ergebnis bösen Willens, sondern ein Ergebnis der Kampagne der SPD. Demgegenüber würde eine Wahlentscheidung für die Fortsetzung der jetzt eingeleiteten Politik, für die neue Koalition der Mitte aus FDP, CDU/CSU ohne Zweifel so viel Sicherheit über die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns schaffen, daß sich daraus ein kräftiger Wirtschaftsaufschwung ergeben wird.

WELT: Umstritten ist in diesem Wahlkampf eins der wichtigsten Prinzipien unserer Außenpolitik: der Begriff der Lage Deutschlands. Welche Orientierung geben Sie dem deutschen Bürger?

Genscher: Die Orientierung lautet: Bekenntnis zur Demokratie und zur Gemeinschaft mit den demokratischen Staaten. Sie findet Ausdruck in unserer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, und zwar als aktiv gestaltendes Gründungsmitglied und nicht als ökonomischer Mitläufer, und in unserer Mitgliedschaft im westlichen Bündnis. Diese Standortbestimmung entspricht unseren deutschen Interessen und gleichzeitig der historischen Verantwortung der Deutschen als eines Volkes im Herzen Europas.

Das europäische Schicksal ist immer stark von dem Ablauf der Geschehnisse in Deutschland bestimmt gewesen und umgekehrt – das ist bei einem Land unserer Größenordnung in der Mittellage gar nicht anders denkbar. Unsere historische Verantwortung besteht heute darin, daß wir durch die klare Option für den Westen auch ein berechenbarer, stabiler Faktor sind für ganz Europa. Berechenbar übrigens nicht nur für unsere Freunde im Westen, sondern auch für unsere Nachbarn im Osten. Eine Bundesrepublik, die einen Weg antreten würde, der sie zwischen West und Ost bringt, würde eine stabile Ordnung in eine Konfliktordnung – in eine Rivalitätsordnung – verwandeln. Sie würde neue Rivalität zwischen West und Ost um Deutschland schaffen, so daß dieser Weg in die Selbstisolierung zwei voraussehbare Wirkungen hätte.

Erstens: Wir würden zum Spielball der internationalen Politik werden, wir wären nicht mehr gestaltender Faktor, sondern Objekt der internationalen Politik.

Zweitens: Wir würden unsere historische Verantwortung aus zwei Weltkriegen verleugnen, zur Stabilität im hochgerüsteten Europa beizutragen. Deshalb ist es so wichtig, daß wir unsere West-Orientierung bekräftigen und nicht zum Wanderer zwischen den Welten werden.

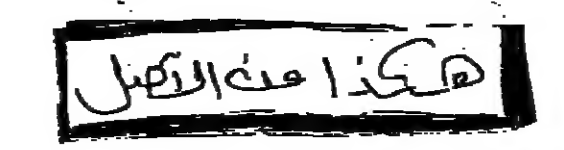
Das muß auch in der Sprache deutlich werden. Das oft gedankenlose, manchmal auch absichtsvolle Reden von den „beiden Weltmächten“, die wir beeinflussen müßten – so als seien wir von beiden gleich weit entfernt –, leistet dem Gedanken Vorschub, wir seien zwischen den Welten. Damit beginnt schon jener verhängnisvolle Weg in die Selbstisolation, der ja auch bei formal weiter bestehender Mitgliedschaft in einem Bündnis faktisch beschritten werden kann.

WELT: Wenn Sie die vorrangigen außenpolitischen Aufgaben in der Zeit nach der Wahl im Auge haben, welche Punkte haben Priorität?

Genscher: Die Priorität ergibt sich einmal aus der Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft. Das internationale Gewicht der Europäischen Gemeinschaft, die internationale Politik zu bestimmen, steht in keinem Verhältnis zur Zahl ihrer Bürger, ihrer geographischen Ausdehnung und ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Das heißt, Europa muß als Subjekt der internationalen Politik wesentlich handlungsfähiger sein. Und ein solches Europa wäre auch ein Gewinn, eine Stärkung für das westliche Bündnis, das auf zwei Pfeilern ruhend, Nordamerika und Europa, viel stärker ist, als wenn an der Ostflanke des Bündnisses viele Pfeilerchen stünden.

Das zweite ist das Bemühen um Abrüstung im West-Ost-Verhältnis, wobei ich der Meinung bin, daß das Jahr 1983 darüber entscheiden wird, ob wir in eine Phase realistischer Abrüstungsverhandlungen kommen oder ob ein neuer Rüstungswettlauf beginnt. Diese Frage wird mehr in den westlichen Gesellschaften entschieden, als manche annehmen. Das heißt, Klarheit und Festigkeit der westlichen Staaten sind eine Voraussetzung für erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen. Ist diese Festigkeit nicht vorhanden, wird es auch keinen Abrüstungswillen der Sowjetunion geben. Und die Politik der Entspannung, Zusammenarbeit und Abrüstung ist auch eine Voraussetzung dafür, daß sich eine friedliche Entwicklung für Europa ergeben kann, in der wir Deutschen unser Schicksal als Nation im Herzen Europas gemeinsam gestalten können.

Die Demokraten dürfen die nationale Frage nicht aus der Hand geben. Tun wir es, werden wir eines Tages aufwachen und feststellen, daß andere diese Frage aufgenommen haben – das heißt, daß wir entweder einen linken oder einen rechten Nationalismus bekommen. Das schlimmste wäre, wenn beides gleichzeitig käme und dazwischen eine demokratische Mitte stehen würde, die diese Frage nicht rechtzeitig erkannt hat. Ich sage das bewußt in diesem Jahr, das als Luther-Jahr das nationale Bewußtsein der Deutschen in Ost und West stark beeinflussen und beeindrucken wird, und dieses nationale Bewußtsein ist mehr als das Gedenken an eine gemeinsame Geschichte, die Wahrnehmung einer gemeinsamen Kultur.



Desaster an der Weser

JB. – Ein griechischer Reeder, r dem Bremer Vulkan lieber 28 ill. DM geleisteter Anzahlungen henkt als daß er zwei bei der erft bestellte Mehrzweckfrach- rabnimmt, hat die Bremer Groß- erft an den Rand des Abgrunds trieben. Der Vulkan kann das durch entstandene Finanzloch n rund 110 Mill. DM nicht selbst pfen. Da die andere Großwerft „Weser" für ihren Bremer Be- eb ab Mitte 1983 ohne Auftrag d allein kaum noch lebensfähig , stehen insgesamt 8000 Be- häftigte im ohnehin leidgeprüf- 1 Bremen zur Disposition.

In dieser Situation hat das Land emen an Bonn den Hilferuf ge- htet, in aller Eile 150 Mill. DM r Verfügung zu stellen, und die- Wunsch mit der Forderung an ide Werften verbunden, bis ttwoch ein Sanierungskonzept rzulegen. Das finanziell arg ge- utelte Bremen will aus ver- ndlichen Gründen nicht von em Werften-Schock in den an- ren taumeln.

Bislang sind Einzelheiten des nzepts noch nicht fertig, wenn- ich sicher sein dürfte, daß die oßwerften eine Fusion vor- lagen werden. Völlig offen ibt aber, ob das Bremer Werf- problem überhaupt noch ge- t werden kann. Die Gefahr, daß öffentliche Hand Mittel in ein ß ohne Boden steckt, ist um so ißer, als sich die Privateigentü- r Krupp und Thyssen-Borne- sza praktisch von ihren Werft- gagements verabschiedet haben. Zusätzliche Mittel wollen beide nicht mehr aufbringen.

Unter diesem Aspekt und der wohl realistischen Annahme, daß auch die fusionierten Werften noch über Jahre nur künstlich am Leben erhalten bleiben können, ist der Einsatz von Steuergeldern eigentlich nur unter einer Voraussetzung zu verantworten. Bremen muß damit Zeit gewinnen, um Beschäftigungsalternativen für eine Zukunft ohne Großwerften zu suchen.

Nicht attraktiv

fu (London) – Deutsche Firmen scheinen das Interesse an der Gründung von Tochterfirmen in Großbritannien zu verlieren. Das jedenfalls geht aus Zahlen hervor, die das britische Industrieministerium aufbereitet hat. Danach sind durch Investitionen deutscher Unternehmen im vergangenen Jahr nur 254 neue Arbeitsplätze in Großbritannien geschaffen worden. 1981 waren es noch 778, 1980 sogar noch 1099. Immerhin unternimmt die Regierung in London über ihr „Invest in Britain Bureau" erhebliche Anstrengungen, aus den Hauptlieferländern, also vor allem Japan, Deutschland und USA, mehr Investitionen anzulocken. Doch wie es scheint, ist auch den Japanern die Lust an der Insel vergangen. Durch Investitionen ihrer Unternehmen in Großbritannien wurden im vergangenen Jahr ganze 155 neue Arbeitsplätze geschaffen. Ganz offensichtlich sind die Konditionen vor allem im Steuerbereich auf der grünen Nachbarinsel Irland erheblich attraktiver. Dort wird jedenfalls nicht über nachlassende Auslandsinvestitionen geklagt.

STROMVERSORGUNG/Kapazitätsausbau geht langsamer voran, als angenommen

Konjunkturverlauf ändert auch die Planungen der Kraftwerkbauer

HEINZ HECK, Bonn

„Die seit drei Jahren anhaltende tiefgreifende wirtschaftliche Rezession, mit der in diesen Jahren eine Stagnation des Stromverbrauchs einherging und die teilweise strukturellen Charakter annimmt, kann auch an den Ausbauplanungen der Elektrizitätswirtschaft nicht spurlos vorbeigehen." Das erklärte Horst Magerl, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), in einem Gespräch mit der WELT.

Allerdings, so Magerl, ändern sich die mittelfristigen Ausbauplanungen der Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU), die auf einen Zeitraum von zehn bis zwölf Jahren ausgerichtet sind, „nicht laufend mit dem Auf und Ab der Konjunktur". Die Erwartungen der Elektrizitätswirtschaft hätten bisher bei einem angenommenen Wirtschaftswachstum von 1,5 bis 2,5 Prozent im Jahresdurchschnitt für die Zeitspanne bis 1993 einen Stromverbrauchszuwachs von 2,5 bis 3,5 Prozent unterstellt. Diese Entwicklung würde bis 1993 den Zubau von insgesamt 30 000 Megawatt erforderlich machen. Davon seien Kraftwerke mit 19 000 Megawatt im Bau. Nach Meinung Magerls werden diese Kraftwerke „entsprechend den Planungen zügig fertiggestellt werden".

Die Bauentscheidungen über die verbleibenden 11 000 Megawatt unterlägen einer laufenden Anpassung an die voraussichtliche Bedarfsentwicklung. Hierbei seien auch unterschiedliche regionale Verhältnisse zu berücksichtigen. Allerdings lasse sich heute das Ausmaß der erforderlichen Revisionen noch nicht quantifizieren und an bestimmten betroffenen Projekten festmachen. Damit gebe es auch noch keine Anhaltspunkte über die sich daraus ableitende Kürzung der Investitionssummen. Doch erklärte Magerl zu den revidierten Planungen, daß „wie bisher Kohle und Kernenergie in ausgewogenem Verhältnis berücksichtigt werden".

Mit Blick auf das heutige Defizit bei Grundlastkraftwerken von etwa 11 000 Megawatt betont er, daß unter Zugrundelegung der obengenannten Stromverbrauchszuwachsraten bis 1993 der „kostenoptimale Anteil an Grundleistung nicht erreicht sein wird". Bleibe der Stromverbrauch dagegen wegen weiterhin anhaltender wirtschaftlicher Stagnation dahinter zurück, werde sich das Defizit durch die im Bau befindlichen Kernkraftwerke früher verringern.

Bis 1990 ist laut Magerl die Stillegung von je rund 3000 Megawatt Steinkohlen- und Braunkohlenkraftwerksleistung vorgesehen (Stand Mitte 1982). Allerdings müßten Vorhersagen über Stillegungen flexibel bleiben. Auch seien die Einflüsse, die von der in der Großfeuerungsanlagenverordnung geforderten Nachrüstung von Altanlagen ausgehen, „zur Zeit noch nicht übersehbar" (Das Kabinett will die Verordnung voraussichtlich am 23. Februar verabschieden).

Magerl erwartet, „daß die Substitution anderer Energieträger sich auch in Zukunft fortsetzt". Allerdings werde diese Entwicklung „massiv behindert" durch die Kostenentwicklung der elektrischen Energie, die sich durch Bauverzögerungen und umfangreiche Sicherheits- und Umweltschutzauflagen „stark verschlechtert" habe.

Die Elektrizitätswirtschaft akzeptiere zwar die „scharfen Anforderungen" der Großfeuerungsanlagenverordnung für Neuanlagen. Die Nachrüstung der Altanlagen stehe dagegen mit voraussichtlichen Investitionen von mindestens sechs Milliarden Mark (ohne laufende Betriebskosten) „in keinem Verhältnis zu einem denkbaren Nutzen für die Umwelt, vor allem die Wälder". Denn der im Laufe der Jahre eintretende Ersatz alter Kohlekraftwerke durch neue werde den Schwefeldioxyd-Ausstoß ohnehin vermindern.

Kohlestrom aus Altanlagen werde durch die Nachrüstung etwa drei Pfennig je Kilowattstunde teurer. „Diese Beträge können für energieintensive Betriebe existenzbedrohend sein, wie das Beispiel Korf zeigt", sagte Magerl. Zudem stamme rund die Hälfte der Schwefeldioxyd-Einwirkungen aus dem Ausland, von dem inländischen Anteil nur etwa 42 Prozent aus öffentlichen Kraftwerken, so daß sich insgesamt ein Einwirkungsanteil von gut 20 Prozent ergebe. Die Bundesrepublik sei heute in Europa schon führend bei der Kraftwerksentschwefelung. Die deutsche Elektrizitätswirtschaft plädiere daher für internationale Vereinbarungen zur Vermeidung weiterer Sonderbelastungen der deutschen Industrie.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Brüssel will Kohlepolitik künftig besser koordinieren

WILHELM HADLER, Brüssel

Vorschläge für eine gemeinschaftliche Kohlepolitik hat die EG-Kommission in einem Arbeitsprogramm zusammengefaßt, das die zuständigen Fachminister demnächst in Brüssel erörtern werden. Es soll dazu beitragen, der Steinkohle und anderen festen Brennstoffen längerfristig einen größeren Anteil an der Energieversorgung der Gemeinschaft zu sichern.

Das Programm bezieht sich sowohl auf Maßnahmen zur Förderung der Kohleverwendung und des innergemeinschaftlichen Handels wie auf die Restrukturierung der Gemeinschaftsindustrie und die Finanzierung der Haldenbestände. Außerdem versucht es Beiträge zur Lösung der Umweltprobleme und zur Förderung von Forschung und Innovation zu geben.

In der Einleitung erinnert die Kommission daran, daß die gemeinschaftliche Energiestrategie bisher durch hohe und steigende Ölpreise unterstützt wurde, die einen wichtigen Anreiz zur Umstellung auf andere Energieträger darstellten. Dieser vom Markt ausgehende Anreiz lasse jetzt nach. So sei der nominelle Dollarpreis für Rohölimporte in die EG im Laufe der letzten 18 Monate um etwa zehn Prozent und in realen Größen sogar noch stärker gesunken. Dadurch sei große Ungewißheit über die künftige Marktentwicklung und deren Einfluß auf die Verbraucherpreise für Erdölerzeugnisse und die Wettbewerbsfähigkeit anderer Energieträger entstanden.

Eine Strategie auf dem Gebiet der festen Brennstoffe verlangt nach Meinung der EG-Behörde eine entschlossene Politik der Mitgliedsländer „für diese Erzeugnisse einen bedeutenden Markt zu entwickeln und zu erhalten". Vor allem auf dem industriellen Markt könne sich mittel- und langfristig zusätzlicher Bedarf entwickeln.

Die EG-Behörde kündigt für spätestens Ende März die Vorlage eines neuen Beihilfesystems für die Kokskohle an. Außerdem will sie bei den Regierungen die Bereitschaft sondieren, auch den innergemeinschaftlichen Austausch von Kesselkohle zu fördern. Bei der Kokskohle hält die Kommission eine erhebliche Anhebung des gegenwärtigen Satzes der Absatzbeihilfe von rund 7,13 DM je Tonne für notwendig, um die Differenz zwischen den Produktionskosten für Gemeinschaftskohle und dem Einstandspreis eingeführter Kohle Rechnung zu tragen. Andererseits könnte nach ihrer Meinung die maximale Menge, die für die Beihilfe in Frage kommt, statt von bisher 14 Mill. auf zehn Mill. t jährlich reduziert werden.

Der Kommissionsbericht weist aus, daß die Steinkohle- und Kokshalden in der EG seit 1980 stark gewachsen sind. Ende 1982 wurde ein Gesamtbestand von 51 Mill. t Kohle und 14 Mill. t Koks erreicht, was 21 bzw. 23 Prozent der Gemeinschaftsproduktion ausmachte. „Es stellt sich die Frage, ob für die Bestände an festen Brennstoffen gegenwärtig besondere Maßnahmen ergriffen werden müssen", meint die Kommission. Eine Erleichterung von Investitionen zur Modernisierung der Zechen liege durchaus im Interesse der Gemeinschaft.

Belichtungsprobleme

Von WERNER NEITZEL

üchterung ist eingetreten. Die tobranche wird von beträcht- 1 konjunkturellen und struk- en Belichtungsproblemen ge-

Ein lange Zeit wachstums- hnter Wirtschaftszweig hat sermaßen sein Objektiv seln müssen. Von der Per- ive eines ständig zunehmen- Marktes für Freizeitbeschäfti- en ist nicht mehr viel übrigge- en. Indem der Bundesbürger denn je jede Mark dreht und et, seine Einkäufe und An- fungen also kritischer über- , scheint die Fotografie etwas intertreffen geraten zu sein.

der Fotoindustrie, die hierzu- rund 45 000 Beschäftigte einen Umsatz von rund 10 rden DM repräsentiert und Nimbus in den zurückliegen- Jahrzehnten insbesondere den Vormarsch japanischer gnisse stark angekratzt wur- pricht ziemlich offen von ei- für sie enttäuschenden Jahr Auch im Fotohandel, der sich r wieder in Preiskämpfe ver- lt, ist die Stimmung weiter unken. Obwohl also Gerät, und Bilder ständig billiger en und das Preis-Leistungs- ltnis sich entsprechend ver- rte, bröckelte die einst gute ion des Fotografierens als itbeschäftigung in den letz- ahren mehr und mehr ab. Sol- Marktverschiebungen können h nicht verwundern, wenn allein bedenkt, was beispiels- der Sektor der Unterhal- elektronik für Kaufkraft an og.

982 sind in der Bundesrepu- 106,4 Millionen Filme, das 4,4 Millionen Stück weniger Jahr davor, gekauft worden. d knapp 1,5 Milliarden Color- in den Labors geprintet wor- das sind beinahe sechs Pro- weniger als im Vorjahr. Des- konnte es auch nur eine Frage eit sein, daß in der unter dem hoher Überkapazitäten und ndender Margen stehenden nx der Bilderfabriken erste re Ausfallerscheinungen auf- . Die zu den großen Fi- n zählende Heinze-Gruppe ürzlich in Konkurs. Daß sich andere Laborbetriebe in Be- nis sehen, ist ein offenes imnis.

gst vergangen sind die Jahre ischen Wachstums des Farb- marktes, in dessen Gefolge labors wie Pilze aus dem Bo- chossen. Großzügig sprangen nbieter von Laborgerät und papieren in der Finanzierung gute Renditen ließen sich er- . Inzwischen hat der Wind ht. Immer schnellere Printau- ten treffen auf Stagnations- nzen am Bildermarkt, was einen über den Preis geführten Verdrängungswettbewerb nach sich zieht. Noch ist dieser Prozeß in vollem Gange.

Ein negatives Schlaglicht besonderer Art, das einen bezeichnenden Reflex auf den Zustand der deutschen Fotoindustrie wirft, produziert die Bayer-Tochter Agfa mit dem Stopp für ihre Kamera-Fertigung in München und Portugal. Allzu leicht war man einmal mehr mit dem Argument zur Stelle, sich als Opfer japanischer Technologie, Massenproduktion und aggressiven Preisgebarens zu sehen. Weniger war beispielsweise von Fehleinschätzungen in der eigenen Produktpolitik und Marketing-Konzeptionen die Rede. Zugleich wurde in der unrühmlichen Reihe des Rückzugs deutscher Fotounternehmen aus der Kameraproduktion eine neue spektakuläre Wegmarke gesetzt, nachdem in früheren Jahren so renommierte Hersteller wie Zeiss-Ikon, Voigtländer oder Rollei schon die Segel gestrichen hatte, wenngleich Produktion (auf Sparflamme) oder Marke unter veränderten Vorzeichen noch da und dort weiterleben.

Die Garde der hierzulande noch übriggebliebenen Kamerabauer ist auf ein winziges Häuflein zusammengeschrumpft, unter denen – wenn man einmal von der deutschen Kodak-Tochter absieht – Namen wie Leitz, Minox oder Robot die bekanntesten sein dürften. Sie suchen ihr Betätigungsfeld mit offenbar guten Erfolgen in Marktnischen.

Die Fotobranche hat erkennen müssen, daß die sonst vom Kölner Messeschaufenster Photokina ausgegangenen Geschäftsimpulse im vergangenen und neuen Jahr weitgehend ausgeblieben sind, wenngleich mit der von Kodak eingeführten Disc-Fotografie ein neuer interessanter Akzent gesetzt wurde. Sie stellt zugleich einen möglichen Verknüpfungspunkt fotochemischer Bildaufzeichnung, die zumindest für das Stehbild in der Massenfotografie noch eine Zeitlang Standfestigkeit im Markt beweisen dürfte, mit elektronischen Wiedergabetechniken dar. Das bewegte Bild, also der Super-8-Bereich, muß freilich schon jetzt der Videotechnik Tribut zollen.

Die Fotoindustrie wird sich der Herausforderung stellen müssen. Ihr würde es gut anstehen, statt sich in einem erbitterten Verdrängungswettbewerb zu verzetteln wieder stärker auf den Kunden und die Erschließung seiner Erfolgserlebnisse zu konzentrieren. Wichtigstes Kriterium bleibt eine gute Qualität der Bilder. Ansonsten verschwindet die Kamera in der Schublade.

AUF EIN WORT



„Die Japaner erobern die Weltmärkte mit unlauterem Wettbewerb – sie arbeiten während der Arbeitszeit."

Ephraim Kishon, Schriftsteller
FOTO: PETER PEITSCH

Krise in Mexico verschärft sich

VWD, Mexico City

Die Wirtschaftskrise in Mexico wird sich 1983 verschärfen. Die Finanzprogramme werden ihr Ziel nicht erreichen, und die Produktion wird wie schon 1982 zurückgehen, sagt die mexikanische Nationalbank voraus. Sie rechnet mit einer Zunahme des Haushaltsdefizits auf 9,3 Prozent des Bruttosozialprodukts, die Regierung geht von 8,5 Prozent aus, was auch Bedingung des IWF für die Mexiko eingeräumten Kredite über 3,9 Milliarden Dollar war. Mexiko hat nach Meinung der Nationalbank den schlimmsten Teil seiner Finanzkrise noch vor sich. Die Summe aller produzierten Waren und Dienstleistungen werde voraussichtlich im laufenden Jahr erneut um 2,5 Prozent fallen. Bei den Ölpreisen geht die Bank von einem Rückgang um acht Prozent aus, was einem Ausfall von 1,3 Mrd. Dollar entspricht. Der Peso werde wahrscheinlich beim gegenwärtigen Freimarktkurs von 149 je Dollar stabil bleiben. Als positiv hebt die Bank hervor, daß die Inflation von 98 Prozent 1982 auf 66 Prozent 1983 zurückgehen wird.

STAHLINDUSTRIE

Hoesch, Salzgitter und Klöckner bei Lambsdorff

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Das Stahl-Karussell dreht sich heute in Bonn weiter. Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, der in den Morgenstunden aus den USA zurückkommen soll, trifft mit den Repräsentanten von Hoesch, Salzgitter und Klöckner zusammen, die nach dem Vorschlag der drei unabhängigen Stahlmoderatoren die Stahl-Gruppe Ruhr bilden sollen.

Anschließend ist ein Treffen Lambsdorffs mit seinen Amtskollegen aus den von diesem Zusammenschluß betroffenen Ländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen und Bayern vorgesehen. Kontakte des Wirtschaftsministeriums zu den Firmen Thyssen und Krupp, die zur Rhein-Gruppe fusionieren sollen, hat es bereits in den letzten Tagen gegeben.

In Regierungskreisen verlautet, daß in den heutigen Gesprächen die Realisierungschancen für die Vorschläge der Moderatoren zur Gesundung der Stahlindustrie beraten werden sollen. Eine Entscheidung über eine Soforthilfe für Klöckner, die Anfang des Monats in einer Höhe von bis zu 340 Millionen Mark beantragt worden war und die sich zum heißen Eisen für die Bonner Stahl-Politik entwikkeln könnte, dürfte nicht auf der Tagesordnung stehen. Vor einigen Tagen hat Klöckner-Chef Henle mit Bundeskanzler Helmut Kohl über dieses Thema gesprochen, heißt es in Bonn.

Aus dem Wirtschaftsministerium verlautet dazu, daß die Bundesregierung auch weiterhin an ihrer Absicht festhalten wolle, erst dann über ihre Beihilfen zur Sanierung der Stahlindustrie zu entscheiden, wenn sich die Firmen auf ein tragfähiges Konzept verständigt hätten. Bisher wird von staatlichen Unterstützungen in der Größenordnung von zwei bis drei Milliarden Mark – durchgerechnet ist dieses nicht – ausgegangen, die nach Bonner Vorstellungen je zur Hälfte vom Bund und den betroffenen Ländern aufgebracht werden sollten.

AUTOMOBILBAU

General Motors und Toyota vereinbaren Joint Venture

FRED de la TROBE, Tokio

Die beiden größten Automobilhersteller der Welt, Toyota Motor und General Motors (GM), gaben am Dienstag ein Übereinkommen bekannt, nach dem die beiden Firmen in einem Joint Venture in den USA einen kleinen Personenwagen für den amerikanischen Markt herstellen werden. Im Gegensatz zu Volkswagen hat Toyota bisher in den Vereinigten Staaten keine Pkw-Produktion. Die beiden anderen japanischen Auto-Herstellern, Nissan und Honda haben, von der breiten Öffentlichkeit fast unbemerkt, längst eigene Produktionsstätten in den USA aufgebaut, in die sie je 500 Millionen Dollar investieren mußten.

Toyotas Vorstandsvorsitzender Eiji Toyoda erklärte, das neue Unternehmen werde ein Kapital von 200 Millionen Dollar haben, das beide Gesellschaften zu gleichen Teilen einbringen werden. Er gab nur bekannt, daß es sich bei dem Wagen um ein Modell mit Frontantrieb handeln werde.

Die Produktion soll sich auf 200 000 Wagen im Jahr belaufen und Ende 1984 im gegenwärtig stilliegenden Betrieb von GM in Fremont/Kalifornien aufgenommen werden. Toyota wird die Motoren, Differentialgetriebe und andere Teile liefern. 50 Prozent der Teile sollen aber in den Vereinigten Staaten hergestellt werden. Der Absatz wird über das Chevrolet-Händlernetz von GM laufen.

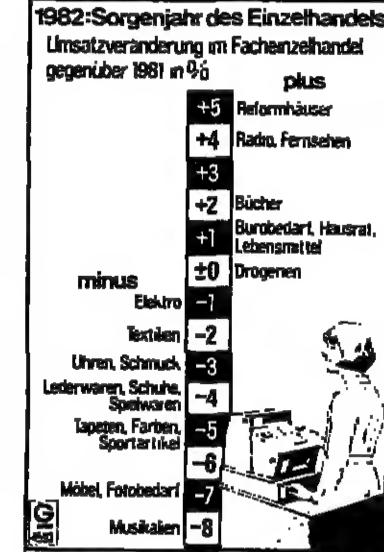
Das Abkommen muß noch von der amerikanischen Bundes-Handelskommission (FTC) und der japanischen Regierung genehmigt werden. Toyoda meinte, daß es die Hürde des Anti-Trust-Gesetzes in den USA nehmen werde, da es nur für einen Zeitraum von zwölf Jahren geschlossen sei. Seitens der Regierung in Tokio werden keine Einwände erwartet.

Die Vorteile des Joint Venture für die japanische Firma sind geringere Investitionskosten durch die Beteiligung von GM und Aufbau guter Beziehungen zu amerikanischen Teileherstellern. Für die Amerikaner bedeute das Projekt Schaffung neuer Arbeitsplätze. (SAD)

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Mehr Bauanträge

Bonn (VWD) – Die Zahl der Bauanträge hat sich auch im Januar 1983 im Vergleich zum Vorjahr weiter deutlich erhöht. Diesen Eindruck hat das Bundesinnenministerium aus den Angaben zahlreicher kommunaler Körperschaften gewonnen. In zahlreichen Kreisen beträgt danach die Zunahme der Zahl der Bauanträge um 40 Prozent und darüber und erreicht zum Teil 70 bis 100 Prozent im Vergleich zu Januar 1982. Die drei kommunalen Spitzenverbände haben im übrigen versichert, daß sie bei den Städten, Gemeinden und Kreisen darauf hinwirken wollen, die Baugenehmigungsverfahren so rasch wie eben möglich abzuwickeln, um auf diese Weise einen Beitrag zur Belebung der Bauwirtschaft und zur Überwindung der Arbeitslosigkeit zu leisten.



Erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik mußten die meisten Einzelhandelsfachgeschäfte 1982 Umsatzeinbußen hinnehmen. Die Verkaufserlöse gingen im Vergleich zum Vorjahr um durchschnittlich ein Prozent zurück. Real – also nach Abzug des Preisanstiegs – errechnet sich sogar ein Minus von rund sechs Prozent. QUELLE: GLOBUS

Zuversicht in USA

New York (dpa/VWD) – Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat bei seinen Gesprächen mit führenden Vertretern der Wall Street in New York den Eindruck gewonnen, daß die wirtschaftliche Zuversicht in den USA größer geworden sei. Alle seine Gesprächspartner würden für dieses Jahr und vor allem für 1984 eine deutliche Verbesserung der Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten erwarten. Lambsdorff, der noch Handels- und Konjunkturgespräche mit Mitgliedern der US-Regierung in Washington führen wird, setzte sich in New York für konkrete Verhandlungen zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern ein. In einem Vortrag vor der deutsch-amerikanischen Handelskammer sagte er ferner, daß die Industrienationen und die reicheren Länder der Dritten Welt ihre Handelsbarrieren abbauen sollten.

Post sichert Beschäftigung

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Investitionsplanungen der Bundespost sichern nach Ansicht des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Wiesbaden, Arbeitsplätze und Kapazitäten bei den rund 1000 überwiegend mittelständischen Unternehmen des Kabelleitungs-Tiefbaus in diesem Jahr. Die Post habe für 1983 in der Orts- und Fernlinientechnik sowie für das Breitbandnetz ein Investitionsvolumen von 3,5 (2,7) Mrd. DM angekündigt. „Keinen Hoffnungsschimmer" sah der Bauverband dagegen bei den Baumaßnahmen der öffentlichen Hand. Bei den Ländern rechnet er in diesem Jahr mit einer weiteren Schrumpfung der Baumaßnahmen um 0,5 Prozent auf 6,7 Mrd. DM. Bei den Baumaßnahmen der Kommunen wird sogar eine Reduzierung um etwa 12 Prozent erwartet. Insgesamt dürften sich damit die Bauausgaben der öffentlichen Hand nochmals um 8,5 Prozent verringern.

Gegen Strukturkrisenkartell

Dortmund (dpa/VWD) – Gegen das von 28 deutschen Betonstahlmatten-Herstellern beantragte Strukturkrisenkartell hat jetzt der Baugewerbeverband Westfalen Widerspruch angemeldet. Der Verband kritisiert, daß das beantragte Kartell „in keiner Weise die konjunkturelle Krisenlage des Baugewerbes als Hauptabnehmer von Betonstahlmatten berücksichtigt" und daß auch der letzte Bereich des Stahlhandels reglementiert würde. Erst am 1. Januar 1983 sei die Stahlhandelspreislisten-Verordnung in Kraft getreten, und die EGKS habe für Frühjahr 1983 eine weitere Anhebung der Listenpreise für Stahl um durchschnittlich 30 DM je Tonne verfügt. Absprachen über Produktionsmengen und Preise bei Zulieferindustrien des Baugewerbes könnten nicht hingenommen werden, zumal in dem mit 253 000 arbeitslosen Bauarbeitern am stärksten von der Rezession betroffenen Baugewerbe mehr Arbeitsplätze als im Stahlbereich auf dem Spiel stünden.

BERTHOLD / Dividende fällt aus, aber

Guter Start ins Jubiläum

PETER WEERTZ, Berlin

Im vergangenen Jahr haben sich die Umsatzerwartungen der Berthold AG, Berlin, nicht erfüllt. Eigenen Angaben zufolge ist Berthold aber unverändert der größte europäische Hersteller von Fotosatzprodukten. Die Umsätze gingen in der AG um 11 Prozent auf 139 Mill. DM und im Inlandskonzern um 8 Prozent auf 211 Mill. DM zurück. Ohne den Umsatzboom im Dezember, der auf die Investitionszulage zurückzuführen ist, wäre der Umsatz noch mehr gesunken.

Wie Vorstandsvorsitzender Heinrich Metz mitteilte, ist zwar das Betriebsergebnis nach wie vor positiv, der Vorstand hält es jedoch infolge der Umsatz- und Ertragseinbußen für unumgänglich, für 1982 auf eine Dividende zu verzichten. Im Vorjahr war noch eine Dividende von 20 Prozent auf das von 14 auf 24 Mill. DM erhöhte Aktienkapital gezahlt worden. In diesem Jahr wird das Unternehmen 125 Jahre alt. Der Start in das Jubiläumsjahr 1983 war nach Angaben von Metz günstig. Als Ziel peilt der Vorstand das Umsatzergebnis von 1981 mit rund 150 Mill. DM in der AG wieder an. Der Auftragseingang lag zum Jahresende um 140 Prozent höher als im Vorjahr.

Die Umsatz- und Ertragseinbußen werden überwiegend auf die schlechte Konjunktur im Druckgewerbe und die dadurch bedingte zu geringe Auslastung der Produktionskapazitäten zurückgeführt. Seit mehr als zwei Jahren spürt das Unternehmen die Zurückhaltung der Abnehmer trotz der von der Technologie her vorhandenen Spitzenprodukte. Das Unternehmen hat rechtzeitig auf Mikroelektronik umgestellt. Der Entwicklungsaufwand beträgt rund 15 Prozent des Umsatzes.

Auf diese Spitzenstellung in der Technologie setzt Metz auch in den nächsten Jahren. „Wir sind eine Computerfabrik mit hoher Entwicklungsleistung und hoffen, daß sich dies in Umsatz und Betriebsergebnis auszahlen wird", sagte Metz mit einem Blick in die Zukunft. Der Exportanteil der AG betrug 1982 etwa 37 Prozent. Die Tochtergesellschaften in den USA und Europa belasten vorerst noch das Ergebnis.

ITALIEN / Konjunkturinstitut empfiehlt Fortsetzung der rigorosen Haushaltspolitik

Aufschwung nicht mehr in diesem Jahr

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Wirtschaft wird noch das ganze Jahr 1983 von Stagnation und Rezession gekennzeichnet bleiben. In seinem jüngsten Halbjahresbericht prognostiziert das staatliche Konjunkturinstitut ISCO für das laufende Jahr ein Nullwachstum nach der 0,3-Prozent-Abnahme des Bruttosozialprodukts im Jahre 1982. Die Ursachen für die Fortdauer der Stagnation erkennt das Institut vor allem in der gestoppten Entwicklung der realen Kaufkraft der Lohneinkommen, im Rückgang der Investitionsnachfrage und in dem gestiegenen Spartrend der Bevölkerung trotz weiter hoher Inflation.

Nach den Berechnungen des Instituts wird die private Konsumnachfrage in diesem Jahr real um 0,5 Prozent genau so stark abnehmen wie im vergangenen Jahr, während der Verbrauch der öffentlichen Haushalte real um 1 (1,5) Prozent zunehmen dürfte. Etwas geringer (2,9 statt 4 Prozent) wird ISCO zufolge der Investitionsrückgang ausfallen. Diese Abnahme wird aber ausreichen, um in Industrie und Landwirtschaft die Beschäftigung um 1,1 und 2,5 Prozent (im Vorjahr 1,5 und 3,4 Prozent) sinken zu lassen. Wie schon 1982, werden auch diesmal die Dienstleistungsbereiche die einzigen sein, in denen die Beschäftigung zunimmt: um 2 (2,4) Prozent.

Positiv beurteilt ISCO die neuerdings energischer als vorher betriebenen Bemühungen zur Stabilisierung des Haushalts und zur Abschwächung der Lohn- und Lohnkostendynamik. Gefahren für den Erfolg der Stabilisierung erblickt das Institut dagegen in der Möglichkeit, daß die internationalen Rohstoffpreise in den nächsten Monaten wieder schneller anzuziehen beginnen und damit von außen neue Störfaktoren in das System hineingetragen werden.

Was das von der Regierung für 1983 angesetzte Investitionslimit von 13 Prozent anbelangt, das auch für die Löhne und die Preise der meisten öffentlichen Dienst- und Versorgungsleistungen gilt, so geht ISCO in seiner Prognose um einen halben Prozentpunkt darüber hinaus.

Weiter verbessern wird sich dem Institut zufolge im laufenden Jahr die Außenhandelsbilanz und der Zahlungsverkehr mit dem Ausland. Im letzteren Fall rechnet ISCO sogar mit der Möglichkeit eines fast an Null heranreichenden Passivsaldos der Leistungsbilanz. Real werden die Importe von Gütern und Dienstleistungen nach den Schätzungen des Instituts in diesem Jahr um 1 Prozent, das heißt halb so stark wie 1982 zunehmen, während die Exporte nach der 3-Prozent-Steigerung des Jahres 1982 diesmal um real 2,5 Prozent steigen dürften.

Als entscheidend für die Konsolidierung der Stabilisierungsresultate und für eine weitere Abnahme der Inflation (die Regierung hat für 1984 ein Limit von 10 Prozent ins Auge gefaßt) sieht ISCO die Fortsetzung der rigorosen Haushaltspolitik und der konzertierten Aktion mit den Sozialpartnern an.

SAUER GETRIEBE

Vertrag mit Volvo über Kooperation

J. BRECH, Hamburg

Die Sauer Getriebe AG, Neumünster, und die Volvo Flygmotor AB, Schweden, haben im Zusammenhang mit einer Kooperation über Entwicklung, Fertigung und Vertrieb hydrostatischer Schrägachsenmotoren und -pumpen eine gegenseitige Kapitalbeteiligung vereinbart. Danach soll sich Sauer an der noch zu gründenden Volvo Hydraulics Corp. beteiligen, in die Volvo seine Aktivitäten im Bereich Hydraulik einbringt. Im Gegenzug erhält die Volvo Flygmotor AB eine Beteiligung an der Sauer Getriebe AG (30 Mill. DM Grundkapital).

Über die Höhe der geplanten gegenseitigen „Minoritätsbeteiligungen" gibt es keine Auskünfte. Sie dürften aber deutlich unter 10 Prozent liegen. Auch ist nicht bekannt, wer von den Sauer-Aktionären Anteile abgibt. Bei Sauer waren bislang die Familie Murmann mit 50 Prozent und die Westdeutsche Landesbank sowie die Robert Bosch GmbH mit jeweils einer Schachtel beteiligt. In diesem Beteiligungskreis sind offenbar Veränderungen vorgesehen.

An dem festgeschlossenen Kooperationsvertrag ist neben Sauer und Volvo Flygmotor auch die Sundstrand Corp., USA, als Sauer-Lizenzgeber beteiligt. Sauer und Sundstrand sind weltweit Marktführer bei hydrostatischen Getrieben im geschlossenen Kreislauf. Volvo Flygmotor stellt hydrostatische Schrägachsmotoren und -pumpen her. Diese Produkte werden künftig von Sauer und Sundstrand über deren Marketing-Organisationen bei Anwendung im geschlossenen Kreislauf vertrieben. Volvo verkauft seine eigenen Produkte weiterhin über die eigene Organisation.

Zum Geschäftsverlauf bei Sauer im Jahr 1982 gibt es noch Hinweise. Die Zuwachsrate des ersten Halbjahres von rund 3 Prozent dürfte auch über das ganze Jahr gehalten worden sein, so daß das Unternehmen auf einen Umsatz von 210 Mill. DM käme. Als wichtigstes Ziel für 1982 hatte der Vorstandsvorsitzende Klaus Murmann im Sommer vergangenen Jahres erklärt, daß Sauer im ersten Jahr als AG eine Dividende zahlen wolle.

DEBEKA

Hermann Lange wird 75 Jahre

FOTO: DIE WE

Hermann Lange, von 1952 bi 1976 Vorstandsvorsitzender de Debeka Krankenversicherung un der Debeka Lebensversicherun sowie Mitbegründer der Debek Bausparkasse, wird am 17. Februa 75 Jahre alt. Lange, der nach den Studium seine berufliche Laufbah als Realschullehrer begann un nach dem letzten Krieg Schulleite war, kam über die Berufsorganisa tion der Lehrer 1947 in den Au sichtsrat der Debeka, der ihn damals wie heute ungewöhnlich – i den Vorstand wählte. Von 1964 bi 1970 war er stellvertretender un danach für fünf Jahre Vorstand vorsitzender des Verbandes der Pr vaten Krankenversicherung. Da über hinaus gehörte er als einer de führenden Köpfe der Assekuran dem Präsidium des Gesamtve bands der deutschen Versich rungswirtschaft an. (Py

FRANKREICH / Erheblich mehr Streiks

Sozialer Friede belastet

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Während in den meisten anderen westlichen Industriestaaten unter dem Druck der Wirtschaftskrise die Streikbereitschaft der Arbeitnehmer nachläßt, mehren sich in Frankreich die sozialen Konflikte. Nach Angaben des Arbeitsministeriums gingen hier im letzten Jahr durch Streiks 226 Millionen Arbeitstage verloren, nach 1,50 Millionen in 1981. Einen derartigen Zuwachs von rund 51 Prozent innerhalb eines Jahres hatte es seit langer Zeit nicht mehr gegeben.

Dem Volumen nach erreichte die Streikbewegung das Ausmaß der Jahre 1977 bis 1979. Jedoch wurden die Arbeitsausfälle von 1980, dem Jahr vor dem Regierungswechsel, erheblich übertroffen. Die sozialistische Regierung hat damit Frankreich nicht den von vielen erwarteten sozialen Frieden gebracht, obwohl ihre Politik von den Gewerkschaften weitgehend unterstützt wird. Besonders stark gestreikt wurde in der französischen Automobilindustrie. Seit Jahresbeginn hat diese Industrie unter einer neuen Streikwelle zu leiden, die vor allem von den Gastarbeitern getragen wird.

Belastet wurde die Streikbilanz von 1982 auch durch die Protestaktionen gegen die unterschiedliche Handhabung des Lohnausgleichs für die Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit von 40 auf 39 Stunden in der Woche. Dadurch gingen im Februar 453 900 und im März 322 300 Arbeitstage verloren. Daraufhin erklärte die Regierung den vollen Lohnausgleich ab 1. April für obligatorisch. Aber auch in den nicht von solchen Sonderfaktoren belasteten Monaten waren die Sozialkonflikte stärker als im Vorjahr.

NAMEN

Bergrat a. D. Prof. Dr. **Hubertus Rolshoven**, früherer Vorstandsvorsitzender der Saarbergwerke AG, vollendete am 15. Februar das 70. Lebensjahr.

Heinz-Dieter Wagner, bisher Leiter der Abteilung Marktforschung im Personenverkehr der Zentralen Verkaufsleitung der Deutschen Bundesbahn, wurde die Leitung des Bundesbahn-Werbeamtes übertragen.

Dr. **Walter Heyder**, früherer Sprecher des Vorstandes der Kali-Chemie AG, Hannover, feiert am 17. Februar den 80. Geburtstag.

Walter Ott, geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensgruppe H. A. Braun GmbH & Co./Masa-Dekor GmbH, Berlin, wird am 17. Februar 75 Jahre.

Klaus Adam (41), wurde per 1. Juli 1983 zum Vorstandsmitglied der Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz, bestellt. Er ist Nachfolger von **Friedrich Becker**.

HUSSEL / Ladenmieten stagnieren

Hohes Plus im Fachhandel

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Hussel Holding AG, Hagen, geht davon aus, ihren 2500 Aktionären für 1982 wiederum ein „befriedigendes Ergebnis" vorlegen zu können, ohne jedoch eine konkrete Angabe über die zu erwartende Ausschüttung (1981: 7 DM je 50-DM-Aktie) zu machen. In einem ersten Überblick über das Geschäftsjahr heißt es, daß das 1982 erreichte Konzern-Umsatzwachstum von 16,8 (10,6) und flächenbereinigt von 6 Prozent auf 1,06 Mrd. DM ausreiche, um die Kostenerhöhungen aufzufangen, insbesondere weil die Mieten in Top-Innenstadtlagen nicht mehr annähernd so stark stiegen wie in den Vorjahren. Im Gegenteil: „Überzogene Mietpreise der Vergangenheit können zur Zeit nach unten korrigiert werden".

Nicht mehr in den Konzernzahlen enthalten sind die Umsätze des Textil-Versandhauses Braun + Goll, Pforzheim (1981: 95 Mill. DM). Das Unternehmen ist inzwischen an die Vögele GmbH, Sigmaringen, verkauft worden.

Neu in den Konzernzahlen enthalten sind dagegen die Umsätze der zu 75 Prozent übernommenen Stilke-Gruppe (Bahnhofsbuchhandlungen) von 141 Mill. DM. Die Husselgruppe ist danach mit ihren 5500 (4800) Mitarbeitern in sechs Fachsparten tätig: Parfümerien (Douglas) mit 318 nach 277 Mill. DM Umsatz, Drogerie-Märkte (Fuchs/Korett) mit 218 (199) Mill. DM, Buchhandlungen (Montanus/Stilke) 197 (50) Mill. DM, Lebensmittelmärkte (Wandmaker) 141 (117) Mill. DM, Süßwarenhandel (Hussel) 137 (130) Mill. DM und Schmuckhandel (Uhren-Weiß) 47 (38) Mill. DM.

Helmut Sturm gestorben

Helmut Sturm, persönlich hafter der Gesellschafter der traditionsre chen Weinbrennerei Asbach & C Rüdesheim, ist im Alter von Jahren gestorben. Bereits 1972 w Sturm im Auftrag der an Asbac beteiligten Familie Sturm als Kon plementär in das Unternehmen b rufen worden. 1976 trat er in d Geschäftsführung mit Zuständi keit für den Vertrieb die Nachfolg seines damals ausscheidenden O kels Albert Sturm an. Zuvor hat Sturm im Handel Karriere gemach Kaufhof, Neckermann und We kauf Gruppe lauteten die Statione Der aus einer Weinbau-Famil stammende engagierte Unterne mer hat sich in der Branche als stet Verfechter des Markenartikels pr filiert. (DW

CHAMPAGNER / Exporte schrumpften

Auswirkung der Mißernten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Absatz an französischen Champagner hat sich nach vorläufigen Verbandsangaben 1982 mengenmäßig um 7,8 Prozent vermindert. Dies war vor allem auf die Mißernten der Jahre 1979 bis 1981 zurückzuführen. An verkäuflichem Champagner – dieser muß zwei bis drei Jahre lagern – standen noch geringere Mengen zur Verfügung als im Vorjahr.

Der wertmäßige Umsatz der großen Champagner-Produzenten nahm allerdings weiter zu, nachdem die Verkaufspreise nicht zuletzt aus Gründen der Absatzbegrenzung mehr oder weniger stark erhöht worden waren. Der Branchenführer Moet-Hennessy meldet jetzt für den Champagnerbereich eine Umsatzsteigerung von 10,2 Prozent auf 2,17 Mrd. Franc bei einem Absatzrückgang von 8,5 Prozent.

Dagegen mußten sich Mumm und Veuve Cliquot mit unter der Inflationsrate (knapp zehn Prozent) liegenden Umsatzsteigerungen um 7,2 und 3,3 Prozent auf 353 und 317 Mill. Franc begnügen. Andererseits verbuchten Taittinger und Piper-Heidsiek überdurchschnittliche Verkaufszuwächse von 14,7 und 14,9 Prozent auf 216 und 190 Mill. Franc.

Während der Champagnerverbrauch in Frankreich um 6,2 Prozent abgenommen hatte, schrumpften die Exporte um 10,9 Prozent. Zu besonders starken Absatzverlusten kam es auf dem italienischen Markt (minus 32 Prozent) und in der Bundesrepublik (minus 19 Prozent), von denen vor allem Veuve Cliquot betroffen wurde. Marktanteile im Ausland hinzugewinnen konnte nach eigenen Angaben Moet-Hennessy, und zwar vor allem in den Vereinigten Staaten. Die Auftragsbestände für Moet-Champagner liegen zur Zeit um 14 Prozent über denen von 1982.

SCHIFFAHRT / Zwölf Prozent der Welttonnage ist beschäftigungslos – Katastrophales Niveau der Frachtraten

Kein Ende der schlimmsten Krise seit 50 Jahren

WILHELM FURLER, London

Die internationale Schiffahrtskrise macht den westlichen Reedereien immer stärker zu schaffen. Betroffen sind unverändert vor allem die Eigner von Tankern und Massengutfrachtern. Zunehmend verschlechtert sich aber auch das Geschäft für die konventionelle Stückgutschiffahrt und für die Container-Fahrt.

Nach Angaben des General Council of British Shipping, vergleichbar dem Deutschen Reederverband, erreichte die wegen mangelnder Nachfrage beschäftigungslos aufgelegte Schiffstonnage Ende vergangenen Jahres einen neuen Rekordstand mit weltweit insgesamt 84 Millionen Tonnen Tragfähigkeit (tdw). Das sind inzwischen mehr als zwölf Prozent der Welttonnage.

Auf bessere Zeiten warteten am 31. Dezember nach Angaben des Verbandes 1549 aufgelegte Handelsschiffe aller Flaggen, der mit Abstand größte Teil davon Tanker. Ende 1981 hatte die Auflieger-Tonnage den Verbandszahlen zufolge erst 27,4 Millionen tdw, Ende 1980 nur 9,2 Millionen tdw erreicht. Von den 84 Millionen tdw, die Ende letzten Jahres eingemottet waren, sollen 60 Millionen tdw auf Tanker entfallen. Das wären 18 Prozent der gegenwärtigen Welt-Tankertonnage. Die restlichen 14 Millionen tdw entsprechen rund sieben Prozent der „trockenen" Welt-Handelstonnage.

Erst vor wenigen Tagen hatte der angesehene Londoner Schiffahrtsbroker Simpson Spence and Young in einer Studie über die Situation am Welt-Schiffahrtsmarkt vorausgesagt, daß 1983 das schwierigste Jahr für die internationale Handelsschiffahrt seit 50 Jahren wird. Das Brokerhaus erklärte, daß die Frachtraten in den meisten Fällen um das Dreifache angehoben werden müßten, damit ein „wirklich wirtschaftliches Niveau" erreicht werden könnte. Davon könne aber im Verlauf dieses Jahres überhaupt keine Rede sein.

Simpson Spence and Young deutet vor allem auf die anhaltend hohen Überkapazitäten, die trotz des im vergangen Jahr stark gestiegenen Anteils beschäftigungslos aufgelegter Schiffe und der zunehmenden Abwrack-Aktionen die Frachtraten drücken. Einen besonders hohen Anteil an den Neuablieferungen hätten Massengutschiffe vom Typ „Panmax", die in ihren Abmessungen so ausgelegt sind, daß sie den Panama-Kanal passieren können. Doch angesichts des gegenwärtigen Frachtraten-Niveaus würde dieser Schiffstyp im Durchschnitt einen täglichen Netto-Verlust von 9000 bis 10 000 Dollar (22 000 bis gut 24 000 Mark) einfahren.

Allein im wichtigsten Massengut-Bereich, Eisenerz, hat sich das Aufkommen im seewärtigen Handel während des vergangenen Jahres von 300 Millionen auf 280 Millionen Tonnen verringert. Das gesamte seewärtige Massengut-Aufkommen ging zwischen Ende 1981 und Ende des vergangenen Jahres von 825 Millionen auf weniger als 770 Millionen Tonnen zurück.

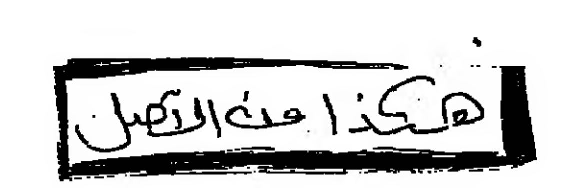
Die von britischen Reederverband jetzt vorgelegten Aufliegerzahlen gelten in Londoner Schiffahrtskreisen weitgehend noch als zu vorsichtig. Bereits Ende des vergangenen Jahres schätzte das Londoner Brokerhaus Phillips and Drew, daß weltweit etwa 450 Tanker mit zusammen fast 80 Millionen tdw und rund 820 Massengutschiffe mit zusammen knapp 75 Millionen tdw beschäftigungslos an der Kette dümpeln würden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bra schweig: Nachl. d. Wolfgang Fe ke, Verlagskaufmann.

Anschluß-Konkurs eröffn Augsburg: Conteco Gewerbeba Planungs-, Beratungs- u. Bete gungsges. mbH.

Vergleich beantragt: *Alfeld/Le* ne: Schuhmaschinen-Ges. Hanke Co. mbH; **Brühl:** Johann Fau Kaufmann, Inh. d. Jean Faust Sohn, Accumulatoren.



AFO-UNION / Der Inlandsmarkt stagniert

eine Besserung in Sicht

VERNER NEITZEL, Stuttgart

um einen Lichtschimmer für weltweiten Transformatoren-kt vermag die zu den führen- Unternehmen auf diesem Fei- zählende Siemens-Tochter sformatoren Union AG, Stutt- derzeit zu erkennen. Im Hin- auf den weiterhin stagnieren- Inlandsmarkt und auf die zu- nenden Schwierigkeiten im andsgeschäft rechnet die Tra- nion denn auch für das laufen- Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) keiner wesentlichen Verbesse- . Kurzfristig werde sich auch forcierte bundesdeutsche giepolitik auf das Inlandsge- ft nicht auswirken. Für die Zu- t hin geht man bei der Trafo- n von erheblichen Kapazitäts- istungsproblemen aus.

Geschäftsjahr 1981/82 hat das rnehmen zwar den Umsatz t um 4 Prozent auf 541 Mill. erhöht, doch resultiert dies aus Abrechnung länger laufender äge und dem Einfluß der rungsschwankungen. Die Be- ftigungslage sei unbefriedi- gewesen. Man habe in einigen gungsbereichen zeitweise kurzgearbeitet. Auch verringerte sich der Belegschaftsstand um 5 Prozent auf 4100 Mitarbeiter. Das verstärkte Engagement auf den Auslandsmärkten zog eine Erhöhung der Exportquote auf 59 (56) Prozent nach sich.

Der Auftragsbestand belief sich am Bilanzstichtag auf 411 Mill. DM und lag damit um 11 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Da man die Kostensteigerungen nur bedingt an den Markt habe weitergeben können, wird auch für das Berichtsjahr ein Verlust von 17,2 (13,9) Mill. DM ausgewiesen, der vom Organträger übernommen wird.

Investiert wurden 11 (12) Mill. DM, abgeschrieben 17 (18) Mill. DM. Schwerpunkte der Investitionen waren Einrichtungen zur Verbesserung der Fertigungsabläufe, zur Qualitätssicherung und zur Arbeitsplatzgestaltung. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Kostensenkung will man fortführen. Am Aktienkapital der Trafo-Union von 70 Mill. DM hält Siemens eine Mehrheitsbeteiligung von 75 Prozent, die restlichen 25 Prozent liegen bei AEG.

HAPAG-LLOYD

Pracht wird nicht verkauft

JB. Hamburg

Die Hamburger Reederei-Gruppe Hapag-Lloyd wird im Gegensatz zum Aufsichtsrats-Beschluß vom November 1982 die Mehrheitsbeteiligung an der Speditions-Gruppe Pracht, Haiger, nicht verkaufen, sondern versuchen, die in erheblichen Schwierigkeiten steckende Firma aus eigener Kraft zu sanieren.

Die mit diversen Kaufinteressenten im In- und Ausland geführten Verhandlungen hätten zum Ergebnis gehabt, daß die Veräußerung der Mehrheitsbeteiligung ohne gravierende Veränderungen in der Struktur der Gruppe kurzfristig nicht erreichbar gewesen sei, heißt es bei Hapag-Lloyd. Im Hinblick auf das Interesse der Mitarbeiter, der Kundschaft und anderer Geschäftspartner an der umgehenden Klärung der Gesellschafterkonstellation habe man sich entschieden, die Verkaufsgespräche einzustellen. In die Prachtgruppe mit weltweit 1700 Mitarbeitern und rund 275 Mill. DM Umsatz dürfte Hapag-Lloyd bislang 70 bis 80 Mill. DM gesteckt haben.

HOFBRAUHAUS WOLTERS / Liquidität verbessert

„Ertragsstarke Hektoliter"

D. SCHMIDT, Braunschweig

Die Strategie, nur „ertragsstarke Hektoliter zu produzieren", hat sich bei der Hofbrauhaus Wolters AG, Braunschweig, im Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.) bezahlt gemacht. Obwohl der Bierausstoß der Brauerei um 1,8 Prozent auf 413 000 Hektoliter zurückging, erhöhte sich der Umsatz um 3,1 Prozent auf 69,6 (67,6) Mill. DM. Vorstandschef Wolf Horenburg verweist auf die „konsequente Qualitäts- und Preispolitik", die zu einem wiederum zufriedenstellenden Ergebnis geführt hat.

Ihren Ausdruck findet diese Entwicklung im Cash flow, der gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mill. DM auf 9,3 Mill. DM zunahm. Die Investitionen von 6,9 (6) Mill. DM wurden voll aus Abschreibungen finanziert. Das Ergebnis ermöglichte zudem die Einstellung von 0,76 Mill. DM in Sonderposten mit Rücklageanteil.

Aus dem Bilanzgewinn von unverändert 0,61 Mill. DM wird der Hauptversammlung am 25. März die Zahlung einer Dividende von wieder 12 Prozent vorgeschlagen.

In der Bilanz fällt die Verbesserung der liquiden Mittel um 2,3 Mill. DM besonders ins Auge.

An der bisherigen Unternehmenspolitik, so Horenberg, soll weiter festgehalten werden. Für 1982/83 plant Wolters einen um 1 Prozent höheren Bierausstoß. Dieses Ziel sei in den ersten vier Monaten allerdings nicht erreicht worden.

Preiserhöhungen seien zwar notwendig, derzeit aber nicht durchsetzbar. Entschieden widersprach Horenberg Gerüchten, die von einer Anlehnung an einen größeren Partner wissen wollen. Derartige Überlegungen stünden nicht zur Debatte.

Einschließlich der Tochtergesellschaft Wolters Gaststätten GmbH (WGG), die ihren Verlust auf 39 000 (133 000) DM verringerte, wird ein Konzernumsatz von 86,7 Mill. DM ausgewiesen. Horenberg rechnet damit, daß die WGG im laufenden Jahr zumindest ein ausgeglichenes Ergebnis vorlegen wird. Im Konzern blieb die Mitarbeiterzahl mit 712 Beschäftigten fast unverändert.

REXOR / Mageres Plus im Schuh-Einzelhandel

Nur Mode bietet Chancen

INGE ADHAM, Frankfurt

Das Auslaufen der Turnschuhwelle sichert für die Schuhgeschäfte in diesem Jahr neue Chancen, meint Wolfgang Scholtz, Vorstandsmitglied der Rexor Schuh-Einkaufsvereinigung e. G., Frankfurt. Bei der von ihm erwarteten Neuverteilung des Schuhmarktes werde jedoch der Trend zu Spezialisierung und Segmentierung anhalten. Erfolge sieht Scholtz für jene Fachgeschäfte, die es mit einer Betonung des hochmodischen Bereiches erreichen, neue Kaufanreize für Schuhträger mit vollem Schrank zu schaffen.

Im vergangenen Jahr erzielte der deutsche Schuheinzelhandel insgesamt nur ein mageres Umsatzplus von 1,8 Prozent. Bei Preissteigerungen um die 5 Prozent ist das real ein deutliches Minus. Betroffen von Rückgängen waren von den Mitgliedern der Einkaufsgenossenschaft vor allem „traditionell" geführte und Bequemschuh-Geschäfte.

Vor diesem Hintergrund, so Scholtz, gewinnt die von der Rexor-Zentrale für die Mitglieder angebotene Beratung, die die Konkurrenzsituation vor Ort analysiert und danach entsprechende Hilfen bei der Sortimentsgestaltung gibt, immer mehr Gewicht.

Auch innerhalb der Rexor sind jedoch, so vermutet die Spitze der Einkaufsvereinigung, im vergangenen Jahr Schuh-Einzelhändler mit zu knapper Eigenkapital-Ausstattung in die roten Zahlen gerutscht; vor allem da das Lager, das – nach Verkaufspreisen – manchmal bis zum halben Umsatz ausmacht, zu langsam abgeflossen ist. Bei hohen Zinsen drückte die daraus resultierende Belastung besonders. Die durchschnittliche Netto-Rendite im Schuh-Einzelhandel, die 1981 mit 0,6 Prozent noch über dem Durchschnitt des gesamten Fachhandels lag, dürfte sich also weiter ermäßigt haben.

Die insgesamt 492 der Rexor angeschlossenen Geschäfte, 24 mehr als im Jahr vorher, setzten im vergangenen Jahr gut 400 Mill. DM um. Zentral über Rexor reguliert wurden 158 Mill. DM, fast 15 Prozent mehr als im Vorjahr. Für das Plus, das es ermöglicht, wieder 7 Prozent Netto-Dividende zu zahlen, sorgten ausschließlich die neuen Mitglieder.

Ausländer kauften weiter Aktien

Starke Verluste bei Klöckner nach Gerüchten

DW. – Die massiven Verkäufe seitens einiger Investmentfonds setzten sich auch an der Dienstag-Börse fort. Im Verlauf bröckelten die Notierungen wegen Zurückhaltung der deutschen Kundschaft und des Berufshandels in den Karnevals- bzw. Faschingszentren leicht ab. Zu Kurseinbrüchen kam es bei der Klöckner-Aktie auf Gerüchte über eine akute Liquiditätskrise dieses Stahlunternehmens. Der Kurs wurde von 44 DM am Montag auf zeitweise 38 DM am Dienstag (Schlußkurs 39,50 DM) zurückgenommen.

Von der Misere des Klöckner-Kurses wurden Hoesch mit einem Kursrückgang um 0,50 DM nur begrenzt beeinflußt. Thyssen konnten sich sogar gut halten. Im Autobereich standen BMW erneut im Vordergrund. Der Kurs stieg um 6 DM auf 257 DM. Freundlicher auch VW (plus 2,50 DM). Versorgungswerte konnten sich überwiegend gut behaupten. Elektropapiere *ebenfalls gehalten. Teilweise große* Gewinne am Maschinenbaumarkt, so bei Linde mit plus 8 DM. Warenhausaktien entwickelten sich uneinheitlich. Bremer Vulkan wurden wegen der Nachrichten über notwendige Kooperation mit AG „Weser" weiter um 1,50 DM zurückgenommen.

Düsseldorf: Balcke Dürr erhöhten um 5 DM auf 125 DM und Kromschröder um 4 DM auf 183 DM. Rheag stockten um 4 DM auf 407 DM auf. Kochs Adler verbesserten sich um 3,80 DM und Schubert u. Salzer um 2,20 DM. Bilfinger verloren 2,50 DM und Küppersbusch 2 DM auf 163 DM. Aachener Rück gaben um 10 DM und Victoria um 50 DM nach.

Frankfurt: Am Fastnachts-Dienstag war der Aktienmarkt bei kleinen Umsätzen etwas freundlicher. Standardwerte waren bis zu 2 DM verbessert. Von Neben- und Spezialwerten konnten sich Binding-Vorzüge um 7 DM auf 216 DM verbessern, Stolberger Zink um 50 DM auf 1250 DM, Riedel de Haen um 10 DM auf 280 DM sowie Zeiss Ikon um 11 DM auf 250 DM.

Hamburg: HEW lagen bei 111,50 DM (plus 0,40 DM) gut behauptet, während NWK-Vorzüge bis 159,50 (plus 2 DM) den Besitzer wechselten. Haller-Meurer wurden mit 118 DM bezahlt. Phoenix Gummi waren bei 79 DM (minus 0,50 DM) und Hapag-Lloyd bei 42,50 DM (minus 0,50 DM) nur knapp gehalten. Von Banken gingen Vereins- und Westbank zu 290 DM und Oldenburger Landesbank zu 262 DM um.

München: Agrob St. verloren 4 DM auf 336 DM und Audi NSU 3,80 DM auf 146 DM. Bräu AG Nürnberg erhöhten um 4 DM auf 171 DM und Hacker Pschorr um 5 DM auf 1100 DM. Paulaner Bräu verbesserten sich um 25 DM auf 1610 DM und Zahnräder Renk verloren 1,80 DM auf 248,20 DM.

Berlin: Concordia Chemie und Stock wurden um je 10 DM höher taxiert. DeTeWe zogen um 7 DM an. Berliner Kindl verbesserten sich um 1 DM, Berthold ermäßigten sich um 5 DM und Rheinmetall um 3 DM. DUB-Schultheiss lagen um 2 DM und Herlitz Vorzüge um 1 DM leichter.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

"Vorlage-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Junge Aktien

15. 2. 83: BMW 242,50; Bavaria 192 GHH 156; GHH Vz. 154B; Jute-Spinnerei 136G; Philips Komm. 250 G; VEW 1 Herlitz St. 219; Herlitz Vz. 201. Freiverkehr: Reag 400 B. Bezüge: All. Vers. Bremer Vulkan 0,01 bG.

WELT-Aktienindex vom 15. 2.: 114,7 (114,0); WELT-Umsatzindex vom 15. 2.: 2190 (2831).

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York | Toronto | London | Amsterdam | Mailand | Wien | Tokio | Kopenhagen | Zürich | Brüssel | Hongkong | Singapur | Madrid | Paris | Sydney

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 15. 2.: *Redaktionsschluß 14.30 Uhr:*

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¾–9	5½–5⅝	2½–2⅝
3 Monate	9 –9¼	5½–5⅝	2⅞–3
6 Monate	9¼–9½	5⅝–5¾	3⅛–3¼
12 Monate	9⅝–9⅞	5⅞–6	3½–3⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 15. 2.: Tagesgeld 5,6–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,5–5,65 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze *am 15. 2.: 10 bis 29 Tage 4,80 G / 4,65 B* Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 15. 2.: 5 Prozent; Lombardsatz: 6 Prozent.

Ostmarkkurs am 15. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Goldmünzen

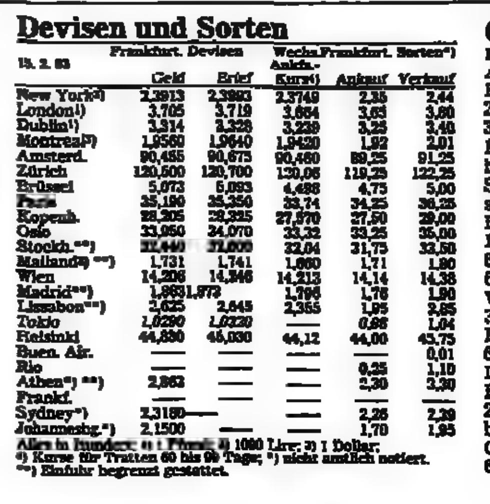
In Frankfurt wurdem am 15. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1460,00	1768,45
10 US-Dollar (Indian)**)	1018,00	1285,94
5 US-Dollar (Liberty)	428,00	579,69
1 £ Sovereign alt	282,00	341,26
1 £ Sovereign Elizabeth II	278,00	336,74
20 belgische Franken	213,00	274,50
10 Rubel Tscherwonez	297,00	363,88
2 südafrikanische Rand	279,00	337,87
Krüger Rand, neu	1240,00	1446,40
Maple Leaf	1238,00	1444,14
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	287,00	358,25
20 schweiz. Franken „Vreneli"	245,00	305,10
20 franz. Franken „Napoleon"	245,00	305,10
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1150,00	1367,30
20 österr. Kronen (Neuprägung)	233,00	285,89
10 österr. Kronen (Neuprägung)	123,00	155,94
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	535,00	644,10
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	128,00	167,34

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Trotz der hohen Geldmengenzahlen hielt sich auch am gestrigen Tag in New York die Meinung, daß es kurzfristig (vielleicht noch vor dem Erscheinen Volckers vor dem Kongreß) aus konjunkturellen Gründen zu einer Senkung des US-Diskonts kommen könnte, damit gab der Dollar-Kurs über Nacht auf 2,3950 nach und wurde auch gegen Geschäftsschluß noch auf dieser Basis nach einem Tiefstkurs von 2,3900 gehandelt. Die amtliche Notiz lag am 15. 2. mit 2,3953 erstmals seit knapp einem Monat wieder unter 2,40. Noch stärker von der Dollar-Schwäche profitierte der Schweizer Franken, der gegen D-Mark auf 120,60 anzog. US-Dollar in: Amsterdam 2,6460; Brüssel 47,14; Paris 6,7935; Mailand 1379,80; Wien 16,8340; Zürich 1,9862. Pfund/Dollar 1,5497.



Devisenterminmarkt

Die Abschläge für den FF wurden am 15. Februar höher gehandelt. Wenig Veränderung zeigte sich bei den US-Dollar-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,64/0,54	2,10/2,00	4,40/4,20
Pfund/Dollar	0,31/0,27	0,72/0,67	1,03/0,98
Pfund/DM	2,30/0,9	5,50/4,10	9,80/8,40
FF/DM	52/36	156/140	288/252

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,28) – 7,75 (6,62) – 8,50 (6,88). Ausgabe 1983/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,50 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,75 (6,70) – 8,50 (6,99) – 8,50 (7,21)

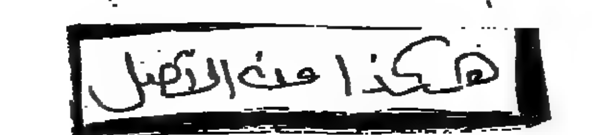
Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,60, 2 Jahre 6,48.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 99,6, Rendite 7,35.

Devisen und Sorten

Optionshandel

Frankfurt: 15. 2.: 417 **Optionen**, 22 150 (29 5… Aktien. **Kaufoptionen:** *AEG 6–4,50, 3–3,40, 2–3…* BASF 6–8,90, 3–6,50, 2–5,50, Bayer 6–9,50, 3–6… 2–6, BMW 6–19,80, 3–15, Conti 6–7,50, Hoechst 6… 3–6,50, 2–5,60, Hoesch 6–5, 2–3,20, Kali + Salz 2… KHD 2–6, Kloeckner 6–6,50, Lufthansa 2–5, Lufthansa Vorzüge 6–9,50, Mannesmann 3–7,95, 2… Schering 2–10, Siemens 6–16,60 3–14, 2–12, Thyssen 6–5,90, 3–4,80, 2–4,60, VW 6–14,20, 3–9,90, 2… Bay. Hypo 6–20, Commerzbank 6–12,30, 3–10, 2… Deutsche Bank 3–14,60, 2–13, Dresdner Bank 6–14,50, 3–10, 2–9, Alcan 6–8, Litton 6–13, Philips 6–2,50, 3–1,80, 2–1,50, Norsk Hydro 6–8,40, 3–6, **Verkaufsoptionen:** AEG 2–2,80, 6–3,20, Bayer 3–3,20, 6–3,90, BMW 2–7,40, 6–10, BBC 6–12, Daimler 2–10,20, Deutsche Babcock 2–8, Harpener 6–8,60, Hoesch 3–2, 6–2,50, Kali + Salz 3–6,50, 6–7, Lufthansa Vorzüge 6–6, Metallgesellschaft 6–… RWE 2–4, Schering 2–7, Siemens 2–6,30, Ve… 2–3,30, 6–4,40, VEW 2–3, VW 2–6, 3–7, Commerzbank 2–3,40, 3–4, Dresdner Bank 2–3,80, 6–4, Chrysler 2–1,80, IBM 6–13,40, Litton 3–6, Philips 6–2,50, Norsk Hydro 3–3,60.



Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

7 Essen 72	85	100,4	100,4
7½ Köln 71	85	100	100
6 München 63	85	99,9G	99,9G
6 dgl. 64	84	99,75	99,75
6 Stuttgart 63	83	100G	100G
7½ dgl. 71	86	101,5bG	101,5bG
7½ dgl. 72	87	101,5G	101,5

Bundesbahn

Festverzinsliche freundlicher

Bei recht ruhigem Geschäft lag der deutsche Rentenmarkt etwas freundlicher. Vor allem im längerfristigen Laufzeitbereich wurden die Kursverluste des Vortages mit Pluskorrekturen bis um 0,3 Prozentpunkte wieder aufgeholt. Kürzerfristige Titel konnten sich dagegen teilweise nur knapp behaupten. DM-Auslandsanleihen – ebenfalls ruhig gehandelt – konnten sich in etwa behaupten. Bei Pfandbriefen war die Tendenz zuversichtlich.

Sonderinstitute

	15. 2.	14. 2.
5 DSLB Pf 35	74,5	74,5
6 dgl. Pf 37	85	85
7 dgl. Pf 63	92	92
8 dgl. Pf 118	102	102
5 dgl. KO 36	97	97
5½ dgl. KO 45	96,5	96,5
7 dgl. KO 58	110	110
6½ dgl. KO 67	100	100
8½ dgl. KO 94	100,75	100,75
8 dgl. KO 119	102	102
8½ dgl. KO 124	100,25	100,25
6 IKB 68	99,5	99,5
6½ dgl. 69	99,75bG	99,75
6½ dgl. IS 90	90,95	90,95
7½ K. L. W. 70	100,7	100,7G
8 dgl. 70	101,6G	101,6
8½ dgl. 75	100	100
8 dgl. 76	101,55G	101,55
7½ dgl. 79	98,9	98,9
10 dgl. 81	111,65G	111,65
8½ dgl. 82	105,5	105,5
6 Landw.-Rtbk. 20	99,25G	99,25G
6 dgl. 26	99,25	99,25
7½ dgl. 27	100,75G	100,75G
8 dgl. 29	100,35G	100,35G

	15. 2.	14. 2.
7½ D. GiroKO 101	101,10	101,10
10 dgl. KO 125	104,20G	104,20G
9 dgl. KO 179	105,5G	105,5G
9¾ dgl. KO 180	108,6G	108,6G
9½ dgl. KO 181	108,5G	108,5G
9 dgl. IS/K	101,15G	101,25G
6 D.Hyp.Brem. Pf 118	82G	82G
7 dgl. Pf 123	97,8G	97,8G
6½ dgl. KO 125	94,95G	94,95G
6 Dt. Pfbr. A. Pf 92	84G	84G
7 dgl. Pf 130	95	95
6½ dgl. Pf 149	87,5G	87,5G
8½ dgl. KO 215	–	–
8½ D. Schiffb. Pf 85	102,25	102,25
7½ dgl. Pf 84	101,1	101,1
6 Fr. Hyp Pf 98	82G	82G
7 dgl. Pf. 113	95	95
6½ dgl. Pf 119	88G	88G
10 dgl. Pf 168	102	102G
8 dgl. KO 220	101,7G	101,7G
7½ dgl. KO 222	101,15G	101,15G
10 dgl. KO 226	105,75G	105,75G
9¾ dgl. KO 228	109,1G	109,1G
8½ dgl. KO 231	102,6G	102,6G
9 dgl. KO 232	103,7G	103,7G
6 Hbg. Ldbk. Pf 48	81	81
8½ dgl. Pf 78	100,1	100,1
9 dgl. IS 44	100,75	100,75
10 dgl. IS 46	101,4	101,4
9½ dgl. IS 53	104,6	104,6
8½ dgl. IS 92	102,25	102,25

	15. 2.	14. 2.
8½ dgl. Pf 174	101,85	101,85
8½ dgl. Pf 175	102,3	102,3
9½ dgl. Pf 178	104,25	104,25
6 dgl. KO 39	82	82
7½ dgl. KO 170	97	97
9 dgl. KO 180	105,35	105,35
6½ Mü.Hyp. Pf. 100	87,5bG	87,5bG
7½ dgl. Pf 111	97,5	97,5
7 dgl. KO 25	94,5	94,5
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	96,5	95
6½ dgl. Pf 34	88	87,75
6 dgl. KO 27	84,5	84,5
9 Nord.LB IS 20	101,85	101,85
8 Old. Lbk. IS 75	100,55	100,55
8 dgl. IS 76 I	102	102
8 dgl. IS 76 II	102,25	102,25
7½ dgl. IS 77	101,5	101,5
6 dgl. IS 78	97,2	97,2
6 Pfälz. Hyp. 57	89,5G	89,5G
7 dgl. Pf 99	99,5	99,5
8½ dgl. Pf 124	102,35G	102,35G
7½ dgl. Pf 191	97,55G	97,55G
9 dgl. Pf 195	102,5G	102,5G
9¾ dgl. Pf 196	105,45G	105,45G
7½ dgl. Pf 197	100,5G	100,5G
8½ dgl. KO 169	101,6G	101,6G
8 dgl. KO 173	100G	100G
7½ dgl. KO 180	100,25G	100,25G
7 Rheinboden. Pf 60	92bG	92bG
6½ dgl. Pf 64	86,5	86,5
6 S.H. Ldsch. Pf 19	84	84
7 dgl. Pf 20	92,5	92,5

Bankschuldverschreib.

Industrieanleihen

Optionsanleihen

	15. 2.	14. 2.
8½ BASF 74 m O	127bG	127G
8½ BASF 74 oO	102,1	102,1G
5½ Stumpf 85 mO	95	95
3½ Stumpf oO	72	72

Währungsanleihen

	15. 2.	14. 2.
8 Brasilien 72	99,5G	99,5G
6¾ Kopenhagen 72	92,25	92,25
7,675 Norwegen 78	97,75G	97,75G
9½ dgl. 79	99	99G
7¼ Sira-Kvina 68	100G	99,5G

Optionsanleihen

	15. 2.	14. 2.
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	99,7G	99,6
3½ dgl. 78 oO DM	87,1G	87,1
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	112G	112G
4½ dgl. 77 oO $	85	85,75T
6½ Wells F. 73 mO DM	111,5G	111,5G
6½ dgl. 73 oO DM	93,5G	95,75bB

Optionsscheine

	15. 2.	14. 2.
8½ BASF 74	37	37,1

Wandelanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Optionsscheine

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

[...]ster schlossen die Gold- und Kupfernotierun[gen] zum Wochenbeginn an der New Yorker Comex. [Wäh]rend Kakao schwächer aus dem Markt ging, [tendie]rte Kaffee uneinheitlich.

[Getre]ide und Getreideprodukte

	14. 2.	11. 2.
[C]hicago (c/bush)		
	351,00	342,75
	361,50	353,25
	368,00	361,25
[W]innipeg (can. $/t)	14. 2.	11. 2.
1 CW	231,06	234,11
	210,88	214,60

Genußmittel

	14. 2.	11. 2.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. März	126,90	125,49
Mai	121,50	120,70
Juli	119,95	119,50
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. März	1835	1875
Mai	1895	1930
Juli	1915	1950

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Internationale Edelmetalle

Messingnotierungen

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

OLYMPISCHE WINTERSPIELE / Sarajevo – ein Jahr davor: Es fehlt an jugoslawischen Sportfachleuten

Die Elektronik funktioniert, der tägliche Smog auch – und einmal Schlafen kostet 240 Mark

dpa/sid/DW. **Sarajevo**

Die erste Begegnung mit Sarajevo in diesen Tagen ist wenig einladend. Vom Bahnhof oder Flugplatz – der, wegen des Nebels, der unglaublichen Luftverschmutzung oder, wie böse Zungen behaupten, wegen des Treibstoffmangels in Jugoslawien höchstens jeden zweiten Tag offen ist – führt der Weg hinaus in die Hotels im Vor- und Kurort Ilidza.

Vorbei geht es an riesigen Wohnsilos, in denen offensichtlich alle Bewohner immer Waschtag haben: Die Balkone sind 15 Stockwerke hoch mit Wäsche regelrecht beflaggt. Aus Schornsteinen kleiner und großer Betriebe steigt unaufhörlich eine schwarze Abgaswolke in den Himmel, die vom Großstadtverkehr zu einem undurchdringlichen grauen Schleier verdichtet wird, Tag für Tag für mehrere Stunden.

Juan-Antonio Samaranch, der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), hat bereits öffentlich verkündet: „Die Winterspiele von Sarajevo können die besten in unserer Geschichte werden." Soweit, so gut – wenn da nicht „Magla" wäre, das Schreckgespenst. „Magla" heißt Nebel, und im Zusammenspiel mit dem Smog kann er den Flughafen tagelang lahmlegen. Geschickterweise haben die Planer den Flughafen in ein ausgesprochenes Nebelnest gelegt. Dem olympischen Charterverkehr droht ein Chaos. Ausweichpläne sind nicht entwickelt.

Am 8. Februar 1984 werden in Sarajevo – der Stadt zwischen Orient und Okzident – die Olympischen Winterspiele eröffnet. Artur Takac, der technische Direktor der Spiele, sagt: „Wir sind soweit wie noch keine Olympia-Stadt vorher. Ein Jahr vor der Eröffnung sind alle Bauten fertiggestellt. Die Anlagen haben sich bewährt, die Elektronik funktioniert. Jetzt kommt es darauf an, den Menschen einzubauen."

Freilich, Sarajevo ist sicher um einiges zu beneiden: die großartigen Sportstätten in einmaliger Lage. Auch wenn Kritik an technischen Details der Abfahrtstrecke in Bjelasnica und der Bobbahn in Trebevic notwendig ist, sind beide Anlagen doch ebenso schön und bei entsprechenden Korrekturen sportlich fair wie die Sprungschanzen und Langlaufloipen in Igman, die neue Eishalle und der Eisschnellaufring im Zetra-Komplex oder die alpinen Damen-Strecken in Jahorina.

Aber es bewahrheiten sich auch die Befürchtungen eines der großen olympischen Vorkämpfer Jugoslawiens, des früheren Bürgermeisters und jetzigen Präsidenten des Organisations-Komitees, Anton Susic. Das Hauptübel sei der Mangel an jugoslawischen Sportfachleuten, beklagte Susic. Das stimmt, Sarajevo ist fast in allen sportlichen Fachfragen auf ausländische Berater und Funktionäre angewiesen. Aber auch das funktioniert nicht immer.

Beispiel Organisation: In einem Protokoll vom 16. Juli 1981, noch ehe mit dem Bau der Bobbahn begonnen wurde, stellt die Bahnkommission des internationalen Verbandes nach den Plänen fest: „Es wird aus Sicherheitsgründen empfohlen, das Quergefälle der Kurven 5 und 9 zu erhöhen." Falls dies nicht geschehe, könnten gefährliche Situationen entstehen, und „die Bobschlitten würden sofort nach oben ohne jede Kontrollmöglichkeit geschleudert werden". Der Verband setzte sich nicht durch. Die Folge: Der deutsche Meister Anton Fischer flog aus der Kurve 9. „Es ist unglaublich", sagt Verbandspräsident Klaus Kotter, „unsere Bahnkommission hat den Unfall exakt beschrieben."

Beispiel Verkehr: Als zum ersten Mal während der vorolympischen Testwettbewerbe viel Schnee fiel, erstickte der Verkehr in Sarajevo in wenigen Minuten. Auf den steilen Anfahrtswegen zur Bobbahn standen Busse und Lastwagen quer. Ein Durchkommen war unmöglich. Dies an einem olympischen Wettkampftag ...

Beispiel Smog: An jedem Morgen liegt über der Industriestadt Sarajevo eine dichte Smog-Wolke, die oft den ganzen Tag nicht aufbricht. Aus Schornsteinen regnet es regelrecht verbrannte Papierschnitzel, Asche, Ruß. Sarajevo und Los Angeles – 1984 wird als das Jahr der Smog-Spiele in die Annalen eingehen.

Schließlich fehlt es der Stadt, abgesehen von der bezaubernden moslemischen Altstadt mit ihren zahlreichen Basars, auch an Atmosphäre. Es steht zu befürchten, daß die Winterspiele so etwas wie eine Aneinanderreihung von Weltmeisterschaften werden, die zufällig zur selben Zeit am selben Ort stattfinden.

Aber eins ist sicher: Sarajevo wird teuer für *Olympia-Touristen*. Täglich bis zu 30 000 Besucher erwarten die Organisatoren im nächsten Jahr bei den Spielen – die Ausländer unter ihnen sollen kräftig zur Kasse gebeten werden. Das beweist der Prospekt des staatlichen Olympia-Reisebüros „Zoitour": Hotelzimmer mit Halbpension kosten zwischen 170 und 240 Mark pro Tag. Ein Hotelbett 50 Kilometer von der Olympia-Stadt entfernt ist auch nicht unter 70 Mark zu haben. Der Besuch der Eröffnungsfeier auf den guten Plätzen kostet 125 Mark. Alle nordischen Wettbewerbe als Paket werden für 220bis 320 Mark angeboten. Die Besucher der acht alpinen Rennen müssen zwischen 160 und 610 Mark auf den Tisch legen.

Grimme-Preis: Zum 19. Mal werden die besten TV-Produktionen prämiert

Acht-Tage-Marathon für die Pupille

Ob die Macher und Mächtigen des Fernsehens derzeit auf die Stimme aus Marl hören, darf bezweifelt werden, wenn man in diesen Tagen und Wochen verfolgt, wie sie emsig mit Selbstverteidigung beschäftigt sind, wie sie gegen den Vorwurf der Gebührenverschwendung anreden und beschwörend nach der Gebührenerhöhung rufen, weil andernfalls angeblich der Untergang von Europas bestem Fernsehen unabwendbar sei. Doch davon sei hier nicht die Rede, sondern von jenem Preis, der alljährlich, und dieses Jahr zum 19. Mal, in Marl vergeben wird, dem Adolf-Grimme-Preis, der seit 1964 eine kritische und fördernde Wächterfunktion dem Fernsehen gegenüber wahrnimmt.

Zu Anfang – bis 1969 – war die Jury in zwei Gremien aufgeteilt, eine Presse-Jury, die den kritischen Sachverstand der „schreibenden Zunft" vereinte, und eine sogenannte „Haupt-Jury", in die Erwachsenenbildner, Wissenschaftler und Politiker ihre kritische Kompetenz einbrachten. Nicht zuletzt, weil beide Gremien meist zum selben Urteil gelangten, hat man diese Konstruktion aufgegeben. In diesem Jahr bestand die Jury aus 18 Mitgliedern, professionellen Fernsehkritikern der regionalen und überregionalen Presse, Hochschullehrern, die sich theoretisch und praktisch für eine Medienpädagogik engagieren, die auch die Tagtäglichkeit des Fernsehens mit bedenkt, Vertretern kommunaler und nichtöffentlicher Medienzentren und Spitzenvertretern des Stifters, des Deutschen Volkshochschul-Verbandes.

Seit 1978 hat sich der Grimme-Preis auch institutionell weiter konsolidiert, so durch die Gründung des Adolf-Grimme-Instituts, das als medienwissenschaftliche Einrichtung des DVV auch den Preis ausrichtet und dessen kritische Funktion weiterentwickelt. Frühzeitig hat sich der Grimme-Preis von der Eingrenzung auf Bildungsprogramme befreit und überblickt seither das Gesamtangebot des Fernsehens, zunächst unkoordiniert und in diesem Jahr erstmals nach Sparten gegliedert. So kann jetzt Gleiches an Gleichem gemessen werden, und zudem entspricht die Sparteneinteilung auch der Programm- und Organisationsstruktur der Rundfunkanstalten.

In den vier Sparten „Kultur und Wissenschaft", „Information und Dokumentation", „Fernsehspiel" und „Unterhaltung" kann je ein Grimme-Preis vergeben werden, *zwei weitere in einem Preisverfahren*, das spartenübergreifend angelegt ist; dazu kommen noch bis zu drei „ehrende Anerkennungen", die dem Experiment Zuspruch und Förderung verleihen möchten, und schließlich zeichnet noch der Volkshochschulverband mit einer „besonderen Ehrung" „Institutionen und Persönlichkeiten aus, die sich um die Entwicklung des Fernsehens in hervorragender Weise verdient gemacht haben". Die Spartendifferenzierung war für die kritische Sortierung gewiß hilfreich; daß sie nicht in jedem Fall zutraf, ist kein Argument, um etwa dieses Verfahren wiederaufzuheben.

Trotzdem – die Spannweite war immerhin noch beträchtlich, allein im Bereich „Unterhaltung"; dort konkurrierten miteinander „Bios Bahnhof", „Rudi's Tagesshow", die „Scheibenwischer", aber auch ein so hintersinniges Stück gescheiten Humors wie das „Casanova-Projekt" vom Westdeutschen Fernsehen. An die 50 Programmstunden in acht Tagen, ein optisches Marathon fürwahr, mußten die Juroren bewältigen; davon war mehr als die Hälfte von den Rundfunkanstalten eingereicht worden, der andere Teil bestand aus Zuschauervorschlägen – 230, die in einer Vorauswahl gefiltert wurden.

Also „Spitzenprodukte" des Jahres 1982 aus doppelter Perspektive, der des Publikums und der der Produzenten; und dieses Angebot ist so trist und miesepetrig nicht, wie so häufig der Programm-Alltag, der uns die Gegenwart in der Manier der Jammertal-Philosophie schildert. Wäre das, was man in Marl zu sehen bekam, ein Gradmesser für den Zeitgeist, dann *ergäbe sich folgender Eindruck: Das* Profil dieses Jahres ist ausgeglichen, teilweise atemberaubend interessant und mit gelegentlich grüblerischen bis verängstigten Zügen.

Freilich, einen Zwischenton sollte man nicht verschweigen: Der Leiter der Hauptredaktion Gesellschaftspolitik beim ZDF, Heiner Boelte, schockierte in Marl mit der Bemerkung, daß der „Fernsehpreis nicht mehr die Resonanz in den Anstalten fände und daß für die Fernsehkarriere ein Grimme-Preis eher hinderlich sei". Dieter Stolte, Chef des Kritikers der Kritik, widersprach solcher Ansicht sogleich wortreich, und so hat sich auch dieser Sturm im Wasserglas gelegt. Er mag allerdings ein Indiz dafür sein, wie mimosenhaft die TV-Professionals *auf Kritik* reagieren und wie leicht sie in Gefahr geraten, in einer Art Ghetto-Mentalität zu schmollen.

JOACHIM H. KNOLL

SPORT-NACHRICHTEN

Olympische Woche eröffnet

Lausanne (dpa) – Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonia Samaranch, eröffnete in Lausanne die zweite Olympische Woche. Die Veranstaltung soll der Förderung der *olympischen Idee dienen.*

Einnahmen geteilt

Berlin (dpa) – Die an der Play-off-Runde teilnehmenden acht Eishokkey-Bundesligaklubs haben sich auf eine Teilung der Einnahmen geeinigt. Danach sollen der neue deutsche Meister 21,5 Prozent, der Vizemeister 18,5 Prozent, die Halbfinalisten je 14 Prozent und die Teilnehmer des Viertelfinales je acht Prozent der Gesamteinnahmen erhalten.

England mit vier Neuen

London (sid) – Den aus Südafrika stammenden Brian Stein (Luton Town) und drei weitere Neulinge berief der englische Fußball-Nationaltrainer Bobby Robson in das Aufgebot für das Länderspiel gegen Wales am 23. Februar in London. Neben Stein kamen Martyn Bennett, Derek Statham (beide West Bromwich Albion) und Gordon Cowans (Aston Villa) in den Kader.

Endgültig keine Abfahrt

München (sid) – Bei den Deutschen Ski-Meisterschaften in Bayrischzell werden sowohl bei den Damen als auch bei den Herren keine Abfahrtsmeister ermittelt. Weil keine geeigneten Pisten zur Verfügung stehen, hat der Deutsche Skiverband (DSV) den Protest von acht Rennläufern gegen diese Entscheidung abgelehnt.

„DDR"-Boxsieg über USA

Wismar (dpa) – In Wismar gewann die Boxstaffel der „DDR" einen inoffizellen Länderkampf gegen die USA mit 16:8. Es war der zweite Sieg innerhalb von vier Tagen.

Hartmann boxt heute

Fort Lauderdale (sid) – Der Frankfurter Profiboxer Reiner Hartmann bestreitet heute in Fort Lauderdale *seinen 14. Profikampf.* Gegner ist der Amerikaner Dorsey Gammon, gegen den er bereits einmal nach Punkten verlor.

Keine Reamateurisierung?

Hamburg (sid) – Der amerikanische Profi-Turner Kurt Thomas hat einen Antrag auf Reamateurisierung gestellt, um bei den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles *starten zu können. Max* Bangerter, Generalsekretär des Internationalen Turner-Bundes (ITB), erklärte in Zürich, einem solchen Antrag würde nicht stattgegeben.

60 000 kamen zum Training

Sevilla (sid) – Das Zuschauerinteresse in Spanien an dem heutigen Europameisterschafts-Qualifikationsspiel gegen Holland (20.30 Uhr) ist ungewöhnlich groß. Zum Training der Mannschaft von Miguel Munoz kamen 60 000 Fans ins Stadion von Sevilla.

ZAHLEN

TENNIS

Internationale Hallen-Meisterschaften der USA in Memphis, erste Runde: Dibbs – Solomon (beide USA) 6:1, 3:6, 6:4, Leconte (Frankreich) – Amaya (USA) 6:4, 3:6, 7:5, McNamee (Australien) – Sadri (USA) 6:2, 6:4, Amritraj (Indien) – Lewis (Neuseeland) 6:4, 6:7, 6:1, Hooper (USA) – Hocevar (Brasilien) 7:6, 6:7, 6:4, Wilkinson – Tom Gullikson (beide USA) 6:4, 6:1.

Hallen-Turnier, Damen, in Chicago, erste Runde: Bunge (Deutschland) – Piatek (USA) 7:6, 6:4, Turnbull (Australien) – Allen (USA) 6:2, 6:2, Durie (England) – Jausevec (Jugoslawien) 6:4, 6:4, Jaeger (USA) – Tanvier (Frankreich) 6:0, 6:4.

EISHOCKEY

Länderspiel in Malmö: Schweden – CSSR 3:8 (0:2, 1:1, 2:5).

Freundschaftsspiel in Budapest: Auswahl von Budapest – Hamburger SV 8:11 (4:4, 3:2, 1:5).



FOTO: WENDE

Jetzt streiten die Ärzte

Arno Ehret kann schon wieder lachen, obwohl er nicht bei der Handball-B-Weltmeisterschaft (ab 25. Februar in Holland) nach dem Riß der Patella-Sehne teilnehmen kann. Jetzt ist auch noch ein Streit der Ärzte entbrannt. Dr. Thiemer, Mannschaftsarzt der Nationalmannschaft, behauptet: „Wahrscheinlich hat Arno gegen die Schnmerzen ständig Cortison-Spritzen bekommen." Das soll der Grund dafür sein, daß die ansonsten widerstandsfähige Patella-Sehne gerissen ist. Anhand von Gewebeproben soll der Cortison-Verdacht nachgewiesen werden. Das Ergebnis liegt in 14 Tagen vor. Inzwischen ist Ehrets Frau Anette (auf dem Foto mit ihrem Mann) ins Krankenhaus nach Berlin gereist.

STAND ● PUNKT / *Bettelaktion*

Die deutschen Motorsportler führen nicht zu Unrecht Klage über die finanziellen Schwierigkeiten, das ihr – zugegeben – nicht gerade preiswertes Engagement mit sich bringt. Das branchenübliche Lamentieren ist nicht aus der Luft gegriffen. Jüngstes Beispiel: Der Motorradrennfahrer Herbert Hauf, immerhin Straßeneuropameister 1981, hofft auf die finanzielle Unterstützung liquider Souvenirjäger. Um den Grundstock für die Saison 1983 zu legen, versteigert er jenen ledernen Rennanzug, mit dem er vor zwei Jahren den Titel gewann.

Aber es muß nicht immer in eine regelrechte Bettelaktion ausarten. Die beiden holländischen Spitzen-Motorradfahrer Boet van Dulmen und Jack Middelburg können sich über eine beispielhafte Aktion der Koninklijke Nederlandse Motorrijders Vereinigung freuen. Der Verband stellt nämlich jedem ein neues japanisches Renn-Motorrad – Kostenpunkt: 75 000 Mark – zur Verfügung. Von so etwas kann ein Europameister hierzulande nur träumen.

K. Bl.

KRITIK

Etta gegen Pancho Villa

Die Frage interessierte sicherlich spätestens seit Sonntagnacht viele Zuschauer brennend: Was ist aus Kate geworden, der schönen Witwe des liebenswerten Banditen Sundance? Am Montag nun konnten wir es erfahren aus dem Fernsehfilm **„Gesucht: Die Witwe des Banditen S."** von Lee Philips (ZDF) acht Jahre nach dem tragischen Leinwandtod (1968) von Butch Cassidy und Sundance Kid entstanden.

Kates Schicksal nach dem Tode ihres Mannes, so erfuhren wir, war eine konsequente Fortsetzung ihres bisherigen abenteuerlichen Lebens. Dieses Mal spielte sogar die hohe Politik mit hinein, denn Etta ließ sich, um einen Freund zu retten, mit dem mexikanischen Revolutionär Pancho Villa ein. Die Rendezvous zwischen den beiden gehörten denn auch zu den amüsantesten Szenen des TV-Stückes. Wie Etta (Katharine Ross) Pancho Villas Machismo souverän unterlief und bloßstellte, das anzuschauen machte Spaß.

Regisseur Philips hatte keine leichte Aufgabe, denn im Grunde schwebten über jeder Szene die Geister von Butch und Sundance. Und letzterer mußte gelegentlich Grund zur Eifersucht haben.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

STUDIO

Die französischen Fernsehproduktionen sollen auf den internationalen Markt vorstoßen. Dies forderte der Pariser Kommunikationsminister Georges Fillioud nach dem internationalen Fernsehfestival in Monte Carlo. Zugleich übte der Minister scharfe Kritik daran, daß die „kommerziellen Resultate der französischen TV-Gesellschaften gleich Null" seien. Die Präsenz französischer Produktionen auf dem internationalen Markt sei ein „absolutes Muß, aus wirtschaftlichen Gründen und wegen der kulturellen Identität Frankreichs".





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Ein Geschenk des Himmels
11.20 Kulturweltspiegel
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Die Cimbern
Altbairische Sprachinseln in Oberitalien
Film von Hans-Dieter Hartl
17.00 Deutsche Puppenbühnen
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Wahlspruch
Karlsruhe hat entschieden
20.30 Mensch, Bernie ...
Eine Hafengeschichte
Von Eberhard Möbius, Joachim Hess
Mit Christian Kohlund, Peer Augustinski u. a.
Regie: Joachim Hess
Täglich machen 55 Frachter, Tanker und Containerschiffe im Hamburger Freihafen fest. 62 Millionen Tonnen werden jährlich umgeschlagen, 900 000 Container be- und entladen. Über 20 000 Hafenarbeiter stehen hinter dieser gewaltigen Leistung. Berni, Rechtsanwalt und Zitteraal sind drei von ihnen: von Beruf Schiffsreiniger – Schietgänger, wie sie im Hafen genannt werden. Bis hinunter zu den Doppelböden reinigen sie die Schiffe: die dreckigste Arbeit, die der Hafen zu vergeben hat.
21.55 Familien-Bande
Fernsehserie von Horst Pillau
4. Der Ausbruch
Mit Loni von Friedl, Jürgen Schmidt u. a.
Regie: Hans Dieter Schwarze
22.55 Tagesthemen
23.25 Bilder aus der Wissenschaft
Beiträge: Das Kunstherz – der Puls des Fortschritts? Eine Bestandsaufnahme des Experiments von Salt Lake City / Mikroexplosion im Gehirn / Das Ich und sein Gehirn: Gespräch zwischen dem Hirnforscher John Eccles und dem Philosophen Karl Popper.
00.15 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Peters Nachrichtensendungen
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die verlorenen Inseln
Das Ungeheuer von Tambu
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Costa Cordalis
Anschl. heute-Schlagzeilen
17.50 Rauchende Colts
Der Fluß (2)
19.00 heute
Anschließend:
Parteien zur Wahl
19.30 Direkt
Jugendliche bekämpfen ihre Arbeitslosigkeit
20.15 Bilanz
Wie Autofahrer einige hundert Mark bei der Kfz-Versicherung sparen können / Millionenschaden durch Rezeptbetrug – kontrollieren die Krankenkassen Ärzte und Apotheker zu lasch? / Flüchtlingsstrom aus Nigeria – bittere Folgen einer Mißwirtschaft / Jeder Dritte arbeitslos – Reportage aus dem wirtschaftsschwachen Gebiet im Bayerischen Wald / Billig, billig – und trotzdem wenig Kunden – ein Mann lehrt die Bundesbahn das Fürchten
Moderation: F. Ost
21.00 heute-journal
Anschließend:
Parteien zur Wahl
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Die Straßen von San Francisco
Der Superstar
22.10 Das Urteil von Karlsruhe
Die Entscheidung zur Auflösung des Deutschen Bundestages
22.25 Der besondere Film
Die Familie
Chinesischer Spielfilm (1957) nach dem Roman von Ba Dijn
00.25 heute



Christian Kohlund, Peer Augustinski und Hans Richter (v. l.) als Schiffsreiniger in der Hafengeschichte „Mensch, Bernie ..." um 20.30 Uhr in der ARD

FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Englisch (4)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
21.45 Auslandsreporter
Die denkwürdigen Erlebnisse des Dr. S.
Eine nicht ganz ernst gemeinte Reportage von Dieter Seefranz
22.15 Berlin Chamissoplatz
Deutscher Spielfilm, 1980
00.05 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Das Leben auf unserer Erde
Die Entwicklung vom Einzeller zum Menschen
19.15 Arbeiterbewegung – Arbeiterkultur
Wir sind das Auge unserer Klasse
Arbeiterfotografen in der Weimarer Zeit
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Alte Zeiten, gute Zeiten?
22.30 Der Film-Club:
W. C. Fields (5)
Die gute alte Zeit
US-Spielfilm, 1934
Regie: William Beaudine
(Mit dt. Untertiteln)
23.40 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Fauna Iberica
18.55 Cartesio
19.00 Textiles Gestalten (4)
19.30 Follow me
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Politik live
21.30 Drei aktuell
21.45 Autoreport
21.50 Halbzeit
22.10 Haben und Nichthaben
US-Spielfilm, 1944
Mit Humphrey Bogart u. a.
Regie: Howard Hawks
Original mit Untertiteln

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Englisch (4)
19.00 Rockpalast
Heute mit: Andreas Vollenweider
19.30 Der dritte Mann
Engl. Spielfilm, 1949
Regie: Carol Reed
21.30 Odyssee eines Kreters
Leben und Werk des griechischen Schriftstellers Nikos Kazantzakis
22.15 Die Zukunft der Republik
Eugen Kogon zum 80. Geburtstag

BAYERN

18.15 Marco
18.40 Der Verkehrswürfel
18.45 Rundschau
19.00 Drei Kilometer von Dachau
Begegnung mit deutschen Juden
„Situation: Wir und die Kinder"
19.34 Joan und Harry (5)
20.30 Mickey McGuire
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Z. E. N.
21.50 Teleclub
Kino Kino
22.35 Teleclub
Joan Micklin Silver
23.20 Rundschau
23.25 News of the Week

FUSSBALL / „G'Olé" – Der Weltverband stellt Sportfilm über die Weltmeisterschaft in Spanien vor

James Bond über Österreichspiel: Ein Nichtangriffspakt

CLAUS GEISSMAR. **London**

Statt am grünen Konferenztisch sitzen die Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) in Lausanne *heute in gemütlichen* Kinosesseln. Die FIFA, der Weltverband des Fußballs, hat zu einem „James-Bond-Film" eingeladen. Mit James Bond hat der Film allerdings nur gemeinsam, daß der Schotte Sean Connery (alias Bond) den Kommentar spricht und daß scharf geschossen wird – mit Fußbällen. Die Fifa läßt dem IOC den offiziellen Film der Fußballweltmeisterschaft 1982 vorführen. Sie hat guten Grund, für 100 Minuten spannende Unterhaltung anzukündigen. Die Londoner „Times", sonst eher für vornehme Zurückhaltung und weniger für Superlative bekannt, spricht sogar vom „besten Sportfilm aller Zeiten". Für die deutsche Nationalmannschaft ist der Film jedoch mehr ein ernüchternder Rückblick.

Der Londoner Produzent Michael Samuelson hat von seinem Regisseur Tom Clegg bei der WM in Spanien rund 100 000 Filmmeter abdrehen lassen. Die hervorragende Arbeit der Kameraleute ist allerdings erst am Schnittpult zu einem Meisterwerk geraten. Die Endfassung von „G'Olé" ist nur noch 3000 Meter lang. Der Filmtitel „G'Olé" ist *eine geistreiche Kombination* des englischen Torschreis „goal" mit dem spanischen „olé".

Der Film beginnt wie ein Lehrstück für Schiedsrichtertagungen. Acht Minuten lang wird mit anatomischer Genauigkeit bewiesen, wie brutal der moderne Fußball geworden ist. Die Analyse zeigt, wie der argentinische Superstar Maradona von den Mannschaften Belgiens, Italiens und Brasiliens in der Vorrunde „auseinandergenommen" wird. Als Maradona seinen WM-Auftritt selbst mit seinem schweren Foul an Battista beendet, bleibt sein Stiefel sekundenlang im Leib des Gegners stecken. Der Film wird einfach angehalten. Obwohl jeder Filmzuschauer weiß, daß es dafür nur einen Feldverweis geben kann, sind doch alle Sympathien bei dem Argentinier.

Nicht nur in spanischen Stierkampfarenen gibt es kritische Reizschwellen. Hier war ein Fußballmatador so lange von seinen Gegnern gehetzt worden, bis er rot sah und selbst die Regeln verletzte. FIFA-Schiedsrichter sollten daraus die Konsequenzen ziehen, daß sie auch im Mannschaftsspiel Fußball die Verpflichtung haben, große Könner *vor ihren weniger* begabten Verfolgern zu schützen. Sie versuchen, den Niveau-Abstand durch regelwidrige Härten zu verkürzen.

Auf die deutsche Mannschaft muß man in „G'Olé" eine volle Stunde warten. Das Spiel gegen Österreich erwähnt Sean Connery nur mit einem bissigen Seitenhieb: „Ein armseliger Nichtangriffspakt." Dann allerdings kommt im Halbfinale gegen Frankreich ein filmischer Höhepunkt, der jede James-Bond-Spannung überbietet. Nachdem Kinozuschauer eine Stunde lang mit brasilianischen Sambaklängen und überlauter Stadionkulisse einem akustischen Trommelfeuer ausgesetzt waren, verschwindet beim Elfmeterschießen plötzlich der Ton. Nur noch ein *menschliches Herz klopft* laut, langsam, schneller und unregelmäßig – genau im Rhythmus der Entscheidung dieses Halbfinales, das einmalig in der Geschichte der Fußballweltmeisterschaften war.

Das große Finale von „G'Olé" ist gleichzeitig die große Ernüchterung für die Deutschen. Wer es immer noch nicht wahrhaben will, dem wird hier auf Breitwand in Farbe bewiesen, *daß die deutsche* Mannschaft dem Endspieltemperament der Italiener nicht gewachsen war. Selbst Italiens „zerbrechlicher alter Staatspräsident" (Filmkommentar) schlägt in der Ehrenloge mit seiner Begeisterung den nüchternen, hanseatisch kühlen Bundeskanzler Helmut Schmidt. Es wird allerdings überall auf der Welt Kinozuschauer geben, auf die deutsche Haltung *staatsmännischer* wirken muß.

„G'Olé" wird überall auf der Welt zu sehen sein. Warner Brothers zeigen den Streifen in den USA. Auch Frankreich, Japan, Australien und mehrere afrikanische Staaten haben diesen abendfüllenden Sportfilm schon gekauft. Über die deutschen Rechte wird noch verhandelt. Zur offiziellen königlichen Premiere am 14. April in London wird sogar (der Pferdenarr) Prinz Charles erwartet. Fußballnarren können das exzellente Kinostück später zum persönlichen Dauerbrenner machen – als Videokassette.

(SAD)

Wien bleibt immer Wien

A. S. – Wien hat wieder einmal inen Skandal. Gemixt wurde er us den Ingredienzien, die für die Stadt noch immer schnell zu Synnymen der Reizbarkeit geraten:)per, Wagner, Prawy und Weigel.)rt der Handlung war die Staatsper. Der Anlaß: Eine Matinee zu Richard Wagners hundertstem Todestag. Dazu hatten sich Schauspieler von der „Burg" und ler „Josephstadt" zusammengean, um den Text der „Meistersin:er" zu lesen. Als Inszenator und Zeremonienmeister fungierte Marcel Prawy. Als besonderen Höhepunkt hatte er sich einfallen assen, in seiner Ansprache einen Zeitungsartikel aus der Tasche zu iehen, daraus ein paar Sätze zu itieren und ihn dann mit theatrascher Empörung zu zerreißen. Das Publikum – darunter Operndirektor Lorin Maazel – zollten ım darob Beifall, nur wenige eagierten betroffen, und die Zahl er „Spielverderber", die empört as Haus verließen, war noch eringer.

Als „Die Presse" Prawy anerntags „übler Nazi-Methoden" ezichtigte, replizierte er pathesch: „Meinen Kampf gegen baale Beschmutzung der größten leister der Menschheit werde ich is zu meinem letzten Atemzug ortführen." Und das hatte er auf eine Weise schon vorher getan, ls er die „Affäre Kupfer" auslöe. Damals hatte er bewirkt, daß er Dresdner Regisseur, nachem er seine Bühnenbildentwür: und das Regiekonzept für den Ring" vorgelegt hatte, aus dem ertrag komplimentiert wurde.

Diesmal entlarvte Prawy Hans Veigel als Übeltäter. Der hatte imlich geschrieben: „Ich hab' in auch gehabt, den Wagner, als ub, kurz nach dem Karl May, ie man die Masern hat und chafblattern als Bub. Und mane Erwachsene, auch Gescheite, aben ihn immer noch, den Karl ay, und viele, viele Erwachsene, ıch Gescheite, haben ihn noch eute, den Wagner." Über „Parsi1": „Eines der wirksamsten Barturate, ein Schlafmittel erster rdnung wie ‚Luminal' und ‚Venal'."

Es war Alfred Polgar, der einal gesagt hat, das Schlimmste, as man über die Stadt sagen önne, sei: „Wien bleibt Wien".

eue Pop-Platten

irkustiere n tönenden ckpfeilern

Während der inzwischen einsetzenden Talfahrt von New Wa und Neuer Welle setzen sich der mehr und mehr modische alität und Gefühl für interessan Sounds durch: Die aktuellen ıgspielplatten von „Cold Chi", „Lindisfarne" und „Culture ıb" beweisen das. Sie demoneren musikalische Kompetenz, Trend zu kompakten, straff chstrukturierten Songs.

Das australische Rock-Quartett ıld Chisel", in seiner Heimat gst ein Superstar, hat mit der „Cirrus Animals" (Polydor 11 147) in Deutschland einen chtigen Einstand. Das in den hen und Tiefen sowie im Stereonorama glänzend abgemischte ɪum zeigt eindeutig, daß Hardk sehr wohl sensitiv und meloch einfallsreich klingen kann. er der timing-sicheren Rhyths-Sektion von Phil Smale (Baß) Steven Prestwich (Schlagg) halten die schwerblütigen arren-Riffs von Ian Moss wie chtige, tönende Eckpfeiler ein egendes Soundgerüst zusamn. Sänger Jim Barnes, ein Ausıd an Energie, spielt mit seiner oren, intonationssicheren Reibenstimme erstaunliche Vokalhnik aus.

Zartere Klänge, aber ebenso Meisches bietet die englische Band ndisfarne" auf ihrer LP „Sleeps Nights" (Ariola 205 214). Die krock-Gruppe hat sich einem tlichen Stilwandel unterworSynthesizer und elektrische tarren haben die akustischen Inımente weitgehend verdrängt. ergibt sich eine interessante, r individuell klingende Miung aus Rock, Elektronik und k.

Markenzeichen bleibt weiterhin geschickt gesetzte, vorbildlich iber interpretierte Close-harmoGesang und das Gespür für einhe Harmonie-Schemata. Trotz stilistischen Bandbreite von k-Elementen bleibt ein Konzept cennbar: Rock und Blues stehen edem Song Pate.

Der monströse Titel „Thunderd Boys" mit Synthesizer-Baß, em mit Raum-Mikrophonen starker Kompression aufgenmenen Schlagzeug sowie hrstimmigem Vokalsatz untereicht den Trend in der Rockmu: die konsequente Synthese aus ditionellem Rock und neuen ingstrukturen.

Das britische Quartett „Culture ıb" hat diesen Weg auf seiner LP issing to Be Clever" (Virgin 958-320) bereits zielsicher einschlagen.

Die sämtlich tanzbaren Titel leı zum Großteil vom ungemein ühlvollen Gesang des Sängers y George. Seine mädchenhafte, weilen dekadent klingende mme erstrahlt auf dem – mittlerile weltberühmten – Millionenler „Do You Really Want to Hurt in gekonnt schmalzigem nbre, das unter die Haut geht.

THOMAS OLIVIER

Bedroht die Koproduktion das europäische Kino?

Angst vorm Griff in den Fleischtopf

Ein Gespenst schlummert in den Aktenschränken der Brüsseler EG-Kommission. Auf den ersten Blick mutet es gar nicht so schreckerregend an: Die europäische Spitzenbehörde ist der Ansicht, daß mehrere nationale Filmförderungssysteme gegen die Römischen Verträge von 1957 verstoßen. Das deutsche Filmförderungsgesetz beispielsweise, indem es vorschreibt, daß bei einem geförderten Film im Regelfall Regisseur, Drehbuchautor und Hauptdarsteller Deutsche sein müssen. Darin sieht die Kommission nun eine Diskriminierung anderer EG-Bürger und EG-Filme.

Die Sache hat im vergangenen Sommer große Aufregung verursacht, die dann genauso schnell wieder abgeebbt ist, nachdem die Kommission im September beschlossen hatte, auf die ursprünglich beabsichtigte Klage beim Europäischen Gerichtshof vorerst zu verzichten. Aber das heißt noch lange nicht, daß die nationale Filmförderung nun auch akzeptiert ist, vielmehr wird zur Zeit mit den Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft über das Problem verhandelt. Und so wird es wohl nur eine Frage der Zeit sein, bis dem europäischen Film wieder Koproduktionen verordnet werden sollen.

Es ist dies ein Wort, das vor allem bei deutschen Filmregisseuren böse Erinnerungen weckt. An jene Zeit der späten fünfziger und frühen sechziger Jahre, in denen der deutsche Nachkriegsfilm nach einer wilden Scheinblüte eine genauso heftige Dürre erlebte. Der Siegeszug des Fernsehens (die Besucherzahl in den deutschen Kinos ging von 817,5 Millionen 1958 auf 115,1 Millionen im Jahre 1976 zurück) nahm dem deutschen Film zunehmend den nationalen Markt und damit die Existenzgrundlage. Darauf versuchte man, Hollywood zu kopieren und den europäischen Film zu kreieren, der in Frankreich, Deutschland oder Italien etwa gleichermaßen verstanden werden konnte: Und das waren dann die international austauschbaren Versatzstücke. So wurde denn ein Film von Orson Welles mit Romy Schneider und Anthony Perkins in den Hauptrollen als deutsch ausgegeben. Oder auch als französisch oder italienisch, je nach der Nationalität der anderen Koproduzenten.

Die Wiedergeburt des europäischen Films in den sechziger Jahren, nouvelle vague in Frankreich oder neuer deutscher Film in der Bundesrepublik, geschah aus der nationalen Kultur heraus. Und das, fürchten viele, ist nun wieder in Gefahr, wenn die EG-Kommission sich durchsetzen sollte. Man fürchtet dabei nicht nur das Wiederauferstehen der Euro-Films, sondern auch ein immer stärkeres Eindringen Hollywoods in die europäische Produktion. Und verweist dabei auf das Beispiel Großbritannien, wo es eine für alle offene kommerzielle Produktionsförderung, aber praktisch keinen britischen Film mehr gibt.

Das deutsche Filmförderungssystem hat nun viele Fleischtöpfe zur Bedienung bereit – zu viele, wie oft gemeint wird. Da muß ein Produzent sich schon recht ungeschickt anstellen, um nicht auch bei geringem Eigenkapital einen Film machen zu können. Fällt nun die Nationalitätsklausel, dann kann Hollywood über seine europäischen Niederlassungen auch hier zulangen. Wahre Schreckenszahlen haben die Betroffenen sich schon ausgerechnet: Bis zu 75 Prozent der deutschen Fördergelder könnten die Amerikaner an sich ziehen – und dann wohl auch amerikanische Filme mit (vielleicht) europäischem Gesicht machen.

Die Europäer ihrerseits wären dann in Zugzwang versetzt. Um ihren Markt nicht vollends an die Amerikaner zu verlieren, müßten sie Hollywood mit eigenen Waffen zu schlagen versuchen. Und dann wären sie wieder da, die Koproduktionen von einst, für die zusammengeharkt wurde, was Namen hatte und Kasse versprach. Bedroht wäre dann zumindest das Kino, das etwas über sein Ursprungsland aussagt. Und wenn man auch gerade dem deutschen Film wünschen möchte, daß er etwas von der provinziellen Enge abstreift, die ihm noch immer oft zu eigen ist, so darf doch bezweifelt werden, daß dies der richtige Weg wäre.

Abgesehen von den Erfahrungen der sechziger Jahre gibt es auch zumindest einen abschreckenden Beleg dafür: die mittlerweile wieder gestoppten Abschreibungsfilme der späten siebziger Jahre, mit denen Großverdiener ihre Steuerprogressionsrate herunterdrücken konnten. Sie waren wie die Koproduktionen dazu angetan, deutsche Themen von der Leinwand zu verdrängen. Von 100 Filmen des Jahres 1964 spielten gerade 18 in Deutschland, und genau das wiederholte sich jetzt: Weder Pierre Granier-Deferres „Die Frau am Fenster" noch Billy Wilders „Fedora" haben irgend etwas mit Deutschland zu tun. Deutsches Abschreibungskapital versickerte auch in dem John-Travolta-Film „Saturday Night Fever" oder Steven Spielbergs „Unheimliche Begegnung der dritten Art".

Und es ist auch anzumerken, daß die Berliner Filmförderung, die (neben der bayerischen) als einzige eines Bundeslands das Schwergewicht auf die wirtschaftliche Produktionsförderung setzt, gerade dort das Schwächste hervorgebracht hat, wo es um international zurechtgeschnittene Produkte ging: etwa Walerian Borowczyks „Lulu", Wigbert Wickers „Carnapping", Andrew V. McLaglens „Steiner II", David Hemmings' „Schöner Gigolo, armer Gigolo". Volker Schlöndorffs „Die Blechtrommel", Ulrich Edels „Christiane F. – Wir Kinder vom Bahnhof Zoo" oder Wolfgang Petersens „Das Boot" (Bayern), sowohl deutsch als auch international erfolgreich, blieben bisher die Ausnahme. Und da hatten wenigstens noch deutsche Stellen über die Verteilung der Mittel zu entscheiden.

SVEN HANSEN



Sinnbild des Sündenfalles: Die Schlange bietet den Apfel vom Baum der Erkenntnis an, der Leiden und schließlich den Tod bringt (aus einem Musterbuch des 19. Jh.) FOTO: HERDER VERLAG

Wege ins Weltreich der Schlange

Wer dieses Buch liest, der gewinnt Zugang zu einem seltsamen und geheimnisvollen Gebiet, das sich über die ganze Erde erstreckt. Es ist dies, so könnte man es nennen, das Weltreich der Schlange, jenes seit alters heimlich-unheimlichen, Grauen und Hoffnung verbreitenden Geschöpfes. Nicht nur, daß Schlangen in allen Erdteilen vorkommen und in etwa dreitausend Arten verbreitet sind, auch in den Mythen und Kulten, Sagen und Legenden, Märchen und Symbolen der meisten Völker spielt diese Unterordnung der Schuppenkriechtiere eine fast unübersehbare Rolle.

Schon die alten Ägypter verehrten mehrere Göttinnen in Schlangengestalt; außerdem galt die Schlange als das mächtigste Tier des Kosmos. Sie begegnet uns als Hüterin von Pforten, Heiligtümern und Grabschreinen, vor allem aber auch als Zierde der Königskrone und schließlich als Attribut beinahe aller Gottheiten des Himmels, der Erde und der Unterwelt. Die Uräusschlange, welche die Pharaonen (bisweilen zusammen mit einem Geier- oder Falkenkopf) über ihrer Stirn tragen, symbolisiert die allbezwingende Macht des Herrschers. Die allnächtliche Verjüngung des Sonnengottes Ra und der seligen Toten findet in einer mit einer Uräusschlange geschmückten Barke oder im Leib einer Art von Kobra statt. Doch auch der Feind des Sonnengottes und der göttlichen Weltordnung, Apophis, wird in Schlangengestalt dargestellt. Ebenso stammt aus dem alten Ägypten, erstmals sichtbar auf einem vergoldeten Schrein Tutench-Amuns, das Uroboros-Symbol, die sich in den Schwanz beißende Schlange als Sinnbild der Ewigkeit.

Diese Ambivalenz von Göttlichkeit und Dämonie, von Segen und Fluch finden wir immer wieder, wenn in alten Überlieferungen von der Schlange die Rede ist. Der schweizerische Gelehrte Hans Egli behandelt in seinem Buch „Das Schlangensymbol" (Walter-Verlag, Olten, 324 S., 28 Abb., 44 Mark) die biblische Geschichte von der Schlange im Paradies, das Schlangenwunder des Moses und die „eherne Schlange" der durch die Wüste ziehenden Juden; er berichtet von den verschiedenen Weltschöpfungs- und Weltuntergangslehren der Sumerer, Babylonier, Assyrer, Inder, Chinesen, Germanen und Altamerikaner, in denen Riesenschlangen, Drachen und ähnliche Ungeheuer, oft mit mehreren Köpfen, ihr Unwesen treiben.

Wohin wir auch blicken, überall finden wir die Schlange in Mythos, Märchen und Brauchtum, in Sage, Legende und Aberglauben. Die Schlange erscheint als Königin der Unterwelt und als Emblem der Sonne, als teuflisch-böses Tier und als Verkörperung der Klugheit, als segenbringender Schutzgeist und als Gesundheit, Fruchtbarkeit und Reichtum spendende Freundin der Menschen. Da gibt es den „Schlangenbräutigam", die „Regenbogenschlange", die Natter als Schatzhüterin und weissagendes Wesen, die geraubte Prinzessin im Drachenloch und die mit Ungeheuern kämpfenden Heroengestalten Perseus, Herakles, Siegfried, Tristan und Georg, den die Urfluten gewaltig zum Himmel aufpeitschenden Leviathan, den auf dem Kopf der Schlange Kaliya tanzenden hinduistischen Gott Krishna und die den Schädel einer sich windenden Viper zertretende apokalyptische Madonna.

Es gibt die gnostische Sekte der Ophiten, welche die den Menschen zum Sündenfall verführende Schlange vergötterten, weil sie Adam jenes Wissen erschloß, das der Weltschöpfer ihm vorenthalten wollte; die Verheißung des Propheten, daß im messianischen Endreich nicht nur Lamm und Löwe, sondern auch Säugling und Giftotter gefahrlos miteinander spielen würden; und schließlich wählt sich auch noch Nietzsches Zarathustra zu Gefährten seiner Einsamkeit im Gebirge einen Adler und eine Schlange.

Hans Egli läßt kaum etwas aus und ist, obwohl eine Unmenge an gelehrter Literatur auswertend, dennoch niemals trocken und langweilig zu lesen. Sein Buch über die Schlange wendet sich keineswegs nur an akademische Symbolforscher, Völkerkundler, Mythologen sowie ikonographisch und motivgeschichtlich interessierte Kunst- und Literaturwissenschaftler, sondern an alle, die sich einen Sinn für die unendlich reiche, vielschichtige und vieldeutige Welt uralter Menschheitsüberlieferungen bewahrt haben und mehr erfahren wollen über eines der faszinierendsten, die Phantasie aller Weltalter erregenden Geschöpfe: die im Paradies wie in der Hölle beheimatete, als Sinnbild des Sündenfalls wie der Erlösung geltende Schlange.

GERD-KLAUS KALTENBRUNNER

Israels Jugend entdeckt den Volkstanz neu

Wenn Moshe barfuß ist

Dreitausendfünfhundert Zuschauer saßen auf dem Boden, auf mitgebrachten Gaskochern dampfte der Kaffee, man reichte sich Hühnerkeulen und belegte Brötchen, weiß-blaue Fahnen wehten überall, und auf die Klänge des Akkordeons tanzten zweihundert Tänzer auf der improvisierten Bühne. Sie zeigten zweiundzwanzig Tänze, die sie vorher auf einer Rundreise durch die Siedlungen von den Siedlern erlernt hatten. Es waren tschechische, russische, rumänische und yemenitische Tänze, die die Folklore eines Volkes ergeben sollten: des zusammengewürfelten Judentums, im Jahre 1944, im Kibbuz Dalia im Norden Palästinas. Dies war die erste Folkloreveranstaltung des späteren Israel.

Das zweite Treffen sollte 1946 im selben Kibbuz stattfinden, erfuhr aber ein jähes Ende, als die Panzer der englischen Mandatsherren anrückten und den Kibbuz umgaben. Die Tänzer wurden allesamt festgenommen und in Rafah ins Gefängnis gesteckt. Dort entstand die „Depka Rafah", ein israelischer Kreistanz im Stile der arabischen Depka, mit aggressiv-revolutionärem Charakter.

Im nächsten Jahre fand dennoch eine neue Tanzveranstaltung statt: Obwohl Ausgangsverbot herrschte, trafen sich 25 000 Teilnehmer, harkten sich die Erde zum Sitzen zurecht und sahen dem bunten Programm zu. Tänzer aus Bokhara in gold- und purpurbestickten Kleidern traten auf, aus Kurdistan mit ihren riesigen Trommeln, Gruppen von Yemeniten, Drusen und verschiedener arabischer Nationalitäten.

Nach 1948, der Gründung des Staates Israel, sollten sie alle Teil einer israelischen Folklore werden, die keine eigenen Wurzeln hatte. Der kleine Staat, Schmelztiegel von Juden aller Nationen, strebte in Kultur und Volkskunst eine Einheitlichkeit an, die die riesigen Unterschiede innerhalb seiner Bevölkerung zusammenfassen sollte.

Im Gegensatz zu den selbstentwickelten, gewachsenen Tänzen anderer Länder wurden die israelischen Volkstänze „gemacht", fabriziert aus den Elementen slawischer, skandinavischer und arabischer Tänze, und erhielten ihr spezifisches Temperament durch die eigenwillige Vermischung vom yemenitischen Schritt mit Polka, von Walzertakt mit arabischen Sprüngen. Eine der wenigen israelischen Erfindungen ist der scharfe und aggressive Schulterdruck nach vorne: eine Geste des Sich-durchsetzen-Wollens – sicher kein Werk des Zufalls.

Unter den vielen tausend Tänzen, die im Laufe der Jahre erfunden wurden, werden etwa 15 Prozent „echt israelische" genannt, so die verschiedenen „Hora" (eigentlich ein rumänischer Tanz), oder die bekannten Wassertänze. Die meisten sind in ihrem Thema aus dem arbeitsamen Leben Israels nach seiner Gründung gegriffen. Es gibt Hirten-, Ernte- und Fischertänze, andere mit allerlei Motiven aus der Landwirtschaft, und Wassertänze zu Ehren des kostbaren, raren, lebenswichtigen Nasses.

Mit den Kostümen gab es etwas Schwierigkeiten. In der anfänglichen Pionierzeit trug man einfache Arbeitskleidung, den Geist des gleichmachenden, gemeinsamen Aufbaus demonstrierend. Später variierten die Kostüme von biblisch-flatternd bis slawisch stilisiert, aber eine Eigenart kristallisierte sich als echt israelisch heraus: Die Tänzer sind immer barfuß.

Jedes Kind lernt in Israel tanzen, und diese synthetische Folklore bleibt nicht, wie anderswo meist, als Darbietung professioneller Tanzgruppen isoliert; alle Menschen tanzen sie, auf Hochzeiten und anderen Festlichkeiten.

Seit 1982 werden jährliche Volkstanzfestivals abgehalten. Zehntausende strömen zu den Veranstaltungen im Ashkeloner Park, im Kibbuz Zemach am See Genezareth oder ins uralte restaurierte Amphitheater von Caesarea, und tanzen sich zwei Tage und zwei Nächte zuschanden.



Immer aus dem arbeitsamen Leben gegriffen: Israelischer Volkstanz FOTO: HEINICKE-ANTHONY

In den letzten zehn Jahren stieg die Begeisterung bei den jungen Leuten sprunghaft an. Zahlreiche Diskotheken haben ein- bis zweistündige Volkstanz-Einlagen inmitten der harten Disko-Klänge. Jedes Lied hat seinen eigenen Tanz, Tag für Tag entstehen neue Lieder und neue Tänze. Manche geraten in Vergessenheit, manche schlagen mit großem Erfolg ein.

Wer solche „Hits" kreieren kann, wird in Israel zur Berühmtheit; um erfolgreiche Volkstanzchoreographen reißen sich die Leute im In- und Ausland. Moshe Tenne, Aristokrat unter den Tanzerfindern, wird fast jedes Jahr einmal nach Amerika eingeladen, um dort den „Kids" Tänze beizubringen.

„Na schön, dann ist unsere Folklore nicht echt", meint Moshe Tenne, „aber sie lebt und entwickelt sich weiter. In zwanzig, dreißig Jahren wird sie schon genügend traditionsträchtig sein, um als echte Volkstänze akzeptiert zu werden."

KATALIN FISCHER

J. Badhams Action-Film „Das fliegende Auge"

Voyeur im Hubschrauber

Die Ausgangssituation ist die zukunftsübliche: Los Angles, dreckig, verwahrlost und gefährlich, wird von Räubern, Mördern, Brandstiftern und Vergewaltigern bedroht. Die Polizei hat Luftüberwachungskommandos eingesetzt, die mit Hubschraubern über die Häuser fliegen, ihre Scheinwerfer auf verdächtige Autos und Personen richten, kraftfahrende Kollegen zu den Tatorten dirigieren und, wenn's nottut, schießend, leuchtend, staubaufwirbelnd eingreifen. Wenn's nicht nottut, vergnügen sie sich als Voyeure, schweben vor lohnenden Fenstern und schauen nackten Damen beim Turnen zu.

In diese Idylle bricht eines Tags der Colonel Cochram ein (Malcolm McDowell), ein Typ wie Peter van Eick, Vietnamkrieger wie der Polizeipilot Frank Murphy. Er bringt nebst einigen Militärs und finsteren Beamten der Regierung einen Spezialsuperhelikopter namens „Blue Thunder" mit, den Frank Murphy (Roy Scheider, nett, klein, gemütlich verbissen, ein bißchen nach Humphrey Bogart geschnitten) testen muß.

Der „Blue Thunder" ist nicht nur ein „fliegendes Auge", sondern auch ein fliegendes Ohr, eine fliegende Schießmaschine, ein fliegender Panzer. Er sieht kilometerweit, was auf Erden geschieht, hört alles, was gesprochen wird, ob auf der Straße oder hinter Häuserwänden, fotografiert elektronisch-digitale Bilder durch Mauern hindurch, schießt aus sechs Kanonen 4000 computergezielte Schüsse pro Minute und weiß auch alles, denn er ist mit sämtlichen Datenbänken Amerikas verbunden.

Frank Murphy, der sich, etwas zusammenhanglos, gelegentlich an Vietnam erinnert, durchschaut alsbald, daß Cochram und seine Freunde Arges planen, daß der Hubschrauber weniger der Ruhe und der Ordnung als verschwörerischen Zwecken dienen soll (welchen eigentlich, bleibt etwas ungewiß) und daß schließlich ihm selbst, Frank Murphy, die Liquidierung droht.

Damit hört, lang eh der Film zu Ende ist, die Handlung ziemlich auf. Da setzt sich Frank Murphy in den „Blue Thunder", entführt ihn und tut, was Vietnamveteranen in solchen Fällen tun: Er eröffnet als schweigsamer Einzelheld seinen privaten Krieg gegen den Feind.

Die letzte halbe Filmstunde vergeht mit einer wilden Hubschrauberjagd über Los Angeles, durch die Straßenschluchten der Stadt, rechts um Hochhäuser rum, links um Hochhäuser rum, unter Brükken durch. Das ist spannend, trickreich und turbulent gemacht: Hubschrauber prallen gegen Mauern, ein Polizeiflieger wird an-, ein Düsenjäger abgeschossen, Raketen treffen einen Wolkenkratzerrohbau, nebenbei besteht Freundin Kate eine Autohatz, hier explodiert, dort brennt etwas, im Tower rauft man sich die Haare, Frank Murphy fliegt – mit dem Hubschrauber! – einen Looping.

Das sieht man zehn Minuten lang ganz gern. Dann freilich meint man, es wäre Zeit, allmählich wieder ein paar Handlungsideen zu investieren. Die aber haben sich Drehbuchautor Dan O'Bannon (von dem der „Alien" ist) und Regisseur John Badham zugunsten der luftakrobatischen Kunstflugvorführungen gespart. Und auch schon vor der großen Jagd wuchern die Einfälle nicht gerade üppig. Nun horchen die tollkühnen Flieger noch einmal in ein Schlafzimmer, schauen mit Thermoblick einem Mädchen von obenher ins ausladende Dekolleté; dazwischen führen sie Gespräche von wortkarger Humorigkeit.

Der Super-Hör-, -Seh-, -Schieß- und -Antidatenschutzhelikopter wäre gut für eine ganze – nicht übertrieben anspruchsvolle, aber unterhaltsam spannende TV-Serie. Die aber ist nicht mehr zu erwarten: der „Blue Thunder"-Prototyp, fünfeinhalb Millionen teuer, ist kaputt. Frank Murphy ließ ihn zum Schluß von einem Güterzug überfahren.

LUDWIG MERKLE

JOURNAL

Bürgerrechtler in Moskau verurteilt

DW. Moskau

Wie erst jetzt bekannt wird, wurde am 21. Januar der 48jährige Moskauer Mathematiker und Publizist, Vadim Jankow, zu vier Jahren Lagerhaft und drei Jahren Verbannung verurteilt. Jankow war im August letzten Jahres unter dem Vorwurf der „antisowjetischen Agitation und Propaganda" verhaftet worden. Inkriminiert wurden ihm neben in der Zeitschrift „Kontinent" veröffentlichten Aufsätzen ein 40 Seiten langer „Offener Brief an die russischen Arbeiter" zu den Ereignissen in Polen. Die Anklage gegen die im Sommer 1982 unter dem Vorwurf der „Verleumdung der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung" (Art. 190-1) verhaftete Dozentin Soja Krachmalnikowa ist durch Art. 70 („antisowjetische Agitation und Propaganda") ersetzt worden. Frau Krachmalnikowa, die als Redakteurin in der religiösen Samisdat-Zeitschrift „Nadeschda" (Hoffnung) angeklagt wird, hat damit ein höheres Strafmaß zu erwarten als ursprünglich vorgesehen.

Shakespeare-Preis an David Hockney

DW. Hamburg

Das deutsch-britische Kuratorium unter Vorsitz von Herrn Professor Dr. Rudolf Haas, Universität Hamburg, hat den Shakespeare-Preis der Stiftung F.V.S. für das Jahr 1983 dem Maler David Hockney, London, zugesprochen. Der mit 25 000 Mark dotierte Preis ist dem Anteil des englischsprachigen Europa an der Pflege des europäischen Kulturerbes gewidmet und wird Persönlichkeiten zuerkannt, die sich durch hervorragende Leistungen in den Bereichen der Künste, der Literatur und der Geisteswissenschaften ausgezeichnet haben. Der Preis wurde bereits vor dem Kriege zweimal verliehen und erneut 1967 zur Verfügung gestellt. Mit dem Preis ist ein Stipendium in Höhe von 9000 Mark für ein einjähriges Studium in der Bundesrepublik Deutschland verbunden. Der Preisträger hat hierfür das Vorschlagsrecht.

Neuer Kälterekord wurde erreicht

AFP, Tokio

Japanischen Wissenschaftlern ist es gelungen, einen neuen Kälterekord aufzustellen. Die Forscher am Institut für Festkörperphysik in Tokio kamen dabei an den „absoluten Nullpunkt" von minus 273,15 Grad Celsius auf 0,000 03 Grad heran. Praktische Bedeutung kommt dieser experimentellen Glanzleistung vor allem im Bereich der Elementarteilchenforschung zu. Dort werden riesige energiefressende Elektromagnete gebraucht, die aber bei Abkühlung auf Temperaturen nahe dem absoluten Nullpunkt praktisch verlustfrei, also energieschonend arbeiten.

Persische Miniatur für Islamisches Museum

PHG. Berlin

Für das Berliner Museum für Islamische Kunst konnte eine zweite Miniatur aus dem persischen „Buch der Könige" erworben werden, deren Qualität von Kennern durchaus mit abendländischen Spitzenwerken, etwa Zeichnungen Dürers, verglichen wird. Das 1525 entstandene Blatt trägt den Titel „Der Dichter Firdausi beweist Sultan Mahmud von Gazna seine Meisterschaft". Auf kleiner Fläche sind 59 Personen in der Miniatur dargestellt. Das Blatt befand sich in amerikanischem Sammlerbesitz.

Wagner-Ausstellungen in Karlsruhe

Reg. Karlsruhe

Wenn es nach Richard Wagner gegangen wäre, hätte er sich möglicherweise in Karlsruhe niedergelassen und dort seinen „Tristan" uraufgeführt. Seine Pläne scheiterten, wie man weiß. Dennoch ist Karlsruhe unter dem Dirigenten Felix Mottl von 1880 an zu einer wichtigen Wagner-Stadt geworden, wie zwei Ausstellungen beweisen, die jetzt im Badischen Staatstheater und im Foyer der Badischen Landesbibliothek zu sehen sind.

Von der Zeichnung bis zum Hodler-Gemälde

DW. Winterthur

„Ferdinand Hodler – Zeichnungen" heißt eine Ausstellung des Kunstmuseums Winterthur. Sie umfaßt wesentliche Teile aus der Sammlung Hornstein, Montreal. Das Besondere an der Auswahl ist, daß es sich um verschiedene zeichnerische Vorstufen zu neun bekannten Gemälden Hodlers handelt. Dadurch können die Besucher den Weg von ersten Entwürfen bis zum fertigen Gemälde verfolgen. Die Ausstellung ist noch bis zum 6. März in Winterthur zu sehen. Anschließend geht sie vom 15. April bis 5. Juni nach Solothurn. Der Katalog kostet 20 sfr.

Meid-Gemälde gesucht

Die Stadt Pforzheim beabsichtigt, vom 10. Juli bis 11. September 1983 eine Ausstellung mit Werken des Künstlers Hans Meid zu zeigen, der in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden wäre. Erstmals soll dabei der Maler Meid angemessene Berücksichtigung finden, der bisher meist hinter dem Grafiker zurückzustehen hatte. Da es zahlreiche Hinweise darauf gibt, daß sich eine Reihe von Gemälden Meids in Privatbesitz befindet, bittet das Kulturamt der Stadt Pforzheim, Postfach 7, 7530 Pforzheim, um eine entsprechende Nachricht.

Schwyzerdütsche Töne in der Pilotenschmiede

Um die Verkehrsfliegerschule der Lufthansa voll auszulasten, lernen auch Schweizer und Afrikaner dort ihr Handwerk

W. WESSENDORF, **Bremen**

Internationalen Standard hatte die Verkehrsfliegerschule der Deutschen Lufthansa schon immer. Jetzt wird die Pilotenschmiede auf dem Neuenlander Feld am Flugplatz ganz international. Zum Pilotennachwuchs der gelb-blauen Fluggesellschaft und ihrer Chartertochter Condor stoßen künftige Flugzeugführer aus der Schweiz und aus afrikanischen Ländern.

Schon klingen im Schul- und Cockpit englisch-schwyzerdütsche und -französische Akzente an. Schweizer Fluglehrer haben mit Schulleiter und DC-10-Kapitän Dieter Harms (42) die auf den praktischen Flugunterricht bezogenen Lehrgänge vorbereitet. Die graue Theorie wird in Zürich gepaukt. Pilotenschüler aus Kamerun werden demnächst erwartet.

Für die eidgenössische Swissair war die Verlagerung der Flugausbildung an die Weser zur dringenden Notwendigkeit geworden. Ihr fehlte es zur Schulung an Trainingsflugzeugen, die der technischen Ausrüstung der Cockpits in modernen Verkehrsflugzeugen entsprechen. Der Sprung von der kleinen zweimotorigen Piper Aztek auf die DC-9 war zu groß.

Aber auch für die Verkehrsfliegerschule kommt der Zulauf wie gerufen. Die weltweit spürbare Rezession im zivilen Luftverkehr zwingt auch die Lufthansa zum Flottenabbau. Zwei neue Mittelstreckenflugzeuge vom Typ Airbus A 300 sind an die Air Algérie verchartert, zwei weitere Großraumflugzeuge werden von Sommer an von der Condor eingesetzt. Insgesamt möchte sich die Lufthansa von sechs ihrer elf Airbusse trennen, wenn die kleinere Version A 310 in Dienst gestellt wird.

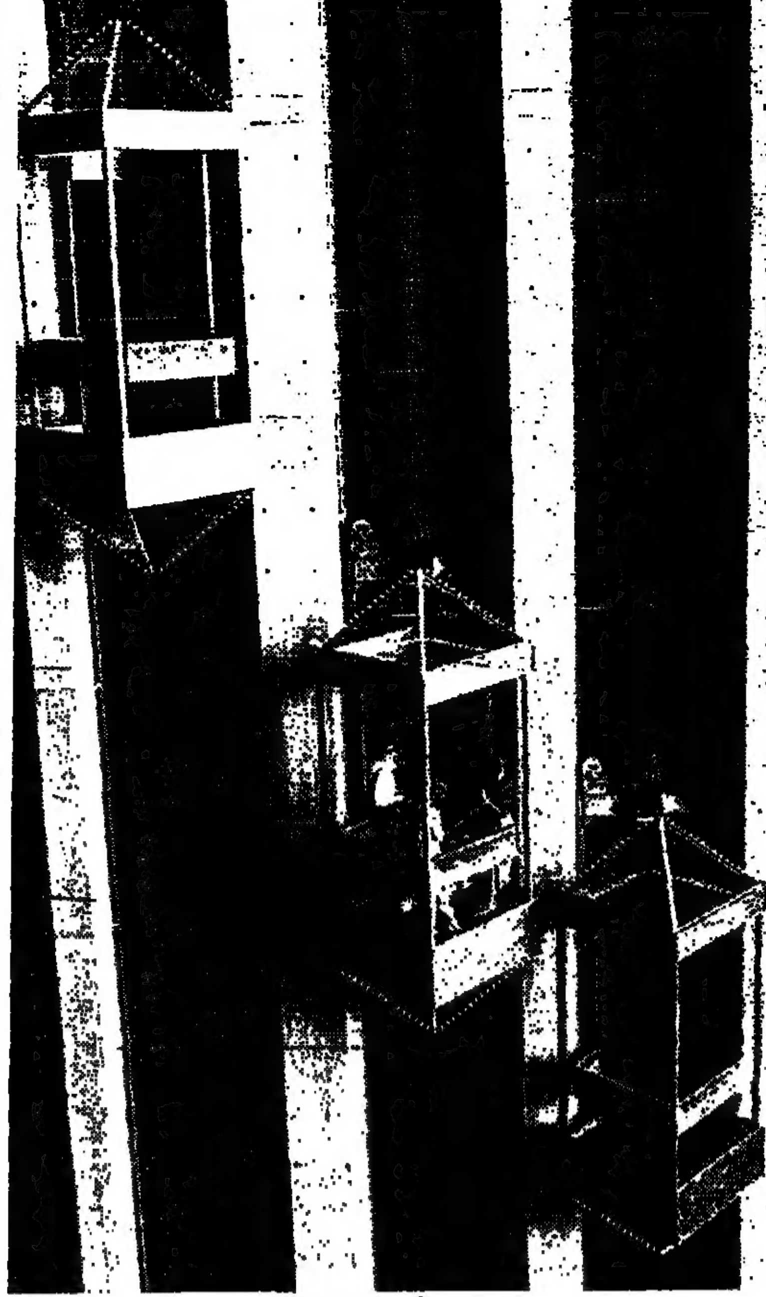
Zudem wird der A 310 nur ein Zwei-Mann-Cockpit haben. Der Bedarf an Nachwuchs-Piloten geht mithin zurück. Dieter Harms: „Der Ausstoß ist bereits drastisch reduziert worden. Wir haben weniger Lehrgänge." 130 Absolventen müssen schon ein Jahr lang warten, ehe sie als Kopiloten eingesetzt werden können. Die Pause zwischen Lehrgang und Einsatz überbrücken sie zwar bei der Lufthansa, aber nicht im Cockpit.

Die zukünftigen Piloten arbeiten im Frachtbereich, bei der Passage oder in der Kabine als Flugbegleiter. „Diejenigen", so Dieter Harms, „die es sich leisten können, machen Urlaub." Nach zwölf Monaten Abstinenz vom Steuerknüppel erhalten sie in Bremen einen Auffrischungskursus, ehe sie mit dem Linientraining und der Routeneinweisung beginnen.

Die Kapazität der in einem roten Backsteingebäude untergebrachten Pilotenschule liegt bei 110 Schülern. Dazu kommen jährlich rund 50 Transportflieger der Bundeswehr. Um die 30 Millionen Mark jährlich an festen Kosten einzuspielen, muß die Schule zu 90 Prozent ausgelastet sein, 160 Beschäftigte sorgen unter Dieter Harms im Lehrbetrieb, bei der Verwaltung und der angeschlossenen Werft für reibungslosen Betrieb. Dank des Swissair-Auftrages kann DC-10-Kapitän Harms jetzt 100-prozentige Auslastung vermelden.

Der Vertrag mit den Eidgenossen ist auf drei Jahre befristet und sieht vor, daß die Schweizer rund 1500 Flugstunden auf den modernen Schulungsflugzeugen vom Typ King Air C-90 absolvieren. Das Cockpit des Trainers entspricht dem des Boeing-City-Jets 737. Pilotenschüler aus Fremd- und Drittländern, so der Lufthansa-Sprachgebrauch, waren schon häufiger in Bremen zu Gast. Gesellschaften aus Malawi, Somalia, Libyen und Thailand schickten ihren Nachwuchs an die Weser. Air Kamerun belegt vom Frühjahr an drei Lehrgänge für Theorie und Praxis mit je zwölf künftigen Flugzeugführern. Dieser Vertrag ist auf zwei Jahre ausgelegt.

Auch die Lufthansa selbst bildet weitere Piloten aus. Dabei ändert sich aber die Aufnahme-Voraussetzung. Pilotenanwärter müssen als Flugingenieure ausgebildet sein, das heißt, Fachhochschule beziehungsweise Universität absolviert haben. Bisher genügte den 3500 Piloten, die seit Gründung der Schule 1956 ihre Lehrgänge bestanden haben, das Abitur. Diese neuen fachlichen Kriterien sollen erst einmal für die nächsten drei Jahre gelten. 50 Flugingenieure sitzen bereits im Simulator.



Kasten-System

In Boston fotografiert von HENNING CHRISTOPH

Den Bienen droht eine tödliche Seuche

In Hessen und Nordbaden gingen schon Tausende von Völkern ein / Die Wissenschaftler sind ratlos

V. M/Bru, **Bonn**

„Aufzuhalten ist die Seuche nicht mehr. Wir werden wohl damit leben müssen." Mit dieser resignierenden Feststellung trifft Professor Günther Wachendörfer (51), Direktor der staatlichen Veterinäranstalt in Frankfurt, Deutschlands Imker mitten ins Herz. Bienenzüchter aus allen Bundesländern melden seit geraumer Zeit Verluste durch eine der größten Tierseuchen aller Zeiten, die Varroatose.

Allein im Raum Frankfurt sind mehr als 1000 Bienenvölker eingegangen. In Hessen und Nordbaden wurden insgesamt 2500 Bienenvölker Opfer der Seuche. Jedes zehnte der insgesamt 1,1 Millionen Bienenvölker in Deutschland ist von der heimtückischen Seuche befallen.

Dennoch gibt es jetzt einen Hoffnungsschimmer, die durch eine Milbe ausgelöste Seuche in den Griff zu bekommen. Veterinäre und Bienenfachleute aus ganz Westeuropa haben vor wenigen Tagen im holländischen Wageningen ein Forschungsprogramm beschlossen, das nach neuen Wegen der „biologischen" Seuchenbekämpfung suchen soll. Die Finanzierung – nach vorsichtigen Schätzungen wird zunächst eine Million Mark benötigt – soll die EG übernehmen.

Bis das Programm fruchtet, steht den Imkern nur ein einziges Mittel zur Verfügung, um die ursprünglich in Südostasien beheimatete Varroa-Milbe, die sich als Parasit von der Körperflüssigkeit der Biene ernährt, zu bekämpfen. Das Räuchermittel erreicht aber nur 80 bis 90 Prozent der Parasiten. „Die Eier der Milben in den Brutzellen der Bienen bleiben davon unberührt", erklärt Wachendörfer, „das Milbengift kann die Seuche höchstens bremsen. Aufzuhalten ist sie nicht mehr."

Die Varroatose wurde 1977 in die Bundesrepublik eingeschleppt, vermutlich von Wissenschaftlern, die sich der Gefährlichkeit ihrer Forschungen nicht bewußt waren. Bewiesen wurde dieser Vorwurf freilich nie.

„Ganze Arbeit" hat die Varroa-Milbe schon in Jugoslawien, Rumänien und der Türkei geleistet. Dort ist die Imkerei praktisch am Ende. Auch Nordafrika und Südamerika sind bereits verseucht. Lediglich Spanien, England und Nordamerika blieben bisher verschont.

Der Dschungel am Amazonas soll für Brasilien zur Goldgrube werden

Zufall führte zu riesigen Rohstoffreserven / Regierung will 61 Milliarden Dollar investieren

WERNER THOMAS, **Caracas**

Vor 16 Jahren hat der brasilianische Geologe Breno dos Santos, der im Amazonas-Becken nach Bodenschätzen suchte, mit seinem Hubschrauber landen müssen, um aufzutanken. Der Pilot kreiste tief über dem Dschungel, bis er überraschend eine fast lichte Stelle entdeckte. Dos Santos wußte sofort, weshalb sich hier keine Vegetation bilden konnte: „Unglaublich, wir waren *auf einem Berg von Eisen* gelandet."

Dies ist einer der lukrativsten Zufälle der Geschichte gewesen. Dort, wo damals der Dos-Santos-Hubschrauber aufsetzte, entsteht heute das größte Entwicklungsprojekt der Dritten Welt: Für mehr als 61 Milliarden Dollar will die brasilianische Regierung das Urwaldgebiet in Serra dos Carajas und Umgebung in ein pulsierendes Bergbau- und Landwirtschaftszentrum verwandeln. Ein Gebiet, das die Ausmaße der Bundesrepublik weit übertrifft: rund 400 000 Quadratkilometer.

Die Schätzungen des Mineralien-Reichtums lesen sich wie eine Liste der Superlative: 18 Milliarden Tonnen Eisen. 60 Millionen Tonnen Magnesium. 10 Millionen Tonnen Kupfer. 4,1 Milliarden Tonnen Bauxit. Außerdem soll die rote Amazonas-Erde riesige Gold-, Silber, Zinn- und Chrom-Vorkommen bergen. Nirgendwo sonst auf der Welt existieren solche Rohstoff-Reserven. Ein Geologe, der für den staatlichen Bergbaukonzern „Cia. Vale do Rio Doce" (CVRD) arbeitet, staunte einmal: „Mir kommt es manchmal vor, als hätte Gott hier alle Bodenschätze deponiert."

Das „Programa Grande Carajas", das Entwicklungsprogramm der Regierung, war 1980 von Präsident Joao Baptista Figueiredo genehmigt worden. Im Rahmen dieses Vorhabens sollen auch Siedlungen für 150 000 Menschen, fünf Wasserkraftwerke und eine 890 Kilometer lange Eisenbahnverbindung nach São Luis, der am Atlantik gelegenen Haupt- und Hafenstadt des Staates Maranhao, entstehen. Das bereits 1978 in Angriff genommene Eisenbahnprojekt hat in der Zwischenzeit die sichtbarsten Fortschritte erzielt: Die 8000 Arbeiter, die rund um die Uhr schuften, konnten bereits die Trasse durch den Urwald schlagen. Im nächsten Jahr sollen die ersten Züge zwischen Luis und Serra dos Carajas pendeln. Einer der 120-Wagen-Züge kann 15 600 Tonnen Eisen transportieren. Die Fahrt zum Atlantik



und zurück wird 52 Stunden dauern.

Der lateinamerikanische Riese Brasilien (122 Millionen Menschen, 8,51 Millionen Quadratkilometer Fläche) ist das höchstverschuldete Land der Welt. Brasilien muß in den nächsten Monaten umschulden, sonst droht die Zahlungsunfähigkeit. Dennoch machte die Regierung an dem kostspieligen Carajas-Projekt keine Abstriche. Planungsminister Antonio Delfim Netto: „Wir brauchen Carajas in den nächsten Jahrzehnten als Devisenquelle. Dies ist das exportintensivste Projekt der Nation." Delfim Netto hofft, daß die Rohstoff-Exporte Ende dieser Dekade bereits 15 Milliarden Dollar im Jahr bringen. Schon produziert eines der Bergwerke. Mit der Bundesrepublik, Japan, Frankreich und Italien wurden Verträge zur Lieferung von mehr als 26 Millionen Tonnen Eisen unterzeichnet.

Das gigantische Erschließungsvorhaben geht nicht kritiklos über die Bühne. Es hat bisher nicht an Einwänden und Bedenken gefehlt. Sozialreformer meinen, daß solche Projekte die Probleme der Armut und des Elends im Nordosten Brasiliens nicht lösen. Matheus Otterloo, ein früherer Priester, der in der Amazonas-Metropole Belem für das linkskatholische „Land-Komitee" arbeitet, sagte: „Wir brauchen eine Bodenreform und eine Unterstützung der kleinen Bauern. Carajas nützt da wenig." Umweltschützer warnen vor der Zerstörung der *„grünen Lunge" dieses Kontinentes* und erinnern daran, daß andere Projekte dieser Art an den immensen Schwierigkeiten mit der Natur gescheitert sind: Der amerikanische Automobilkönig Henry Ford wollte in den zwanziger Jahren von „Fordlandia" aus die ganze Welt mit Gummi versorgen. Der US-Milliardär Daniel K. Ludwig träumte von Holz- und Papierfabriken am Jari-Fluß. Nach Investitionen von mehr als drei Milliarden Dollar resignierte er vor zwei Jahren. Die Brasilianer mußten 1977 den Bau der schlecht geplanten Autostraße Perimetral Norte nördlich des Amazonas-Flusses aufgeben. Verlust: 100 Millionen Dollar.

„Carajas ist das erste großangelegte Amazonas-Projekt, das einen Erfolg verspricht", kontert Olavo Setubal, Präsident der zweitgrößten brasilianischen Bank Banco Itau. Er betont, daß diesmal im Gegensatz zu früheren Projekten eine Zusammenarbeit zwischen Regierung und Privatindustrie existiert: „In Carajas ist aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt worden", versichert der Bankier. (SAD)

Experten-Rat stand unter einem schlechten Stern

Firmen-Horoskope sind doch nicht steuerlich absetzbar

„In deiner Brust sind deines Schicksals Sterne." (Schiller, Piccolomini)

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

Für Sterndeuterei auf Steuerzahlers Kosten verdunkelten kürzlich die Finanzreferenten des Bundes und der Länder das Himmelszelt: Sie alle – vom Schützen bis zum Skorpion – kamen beim Berechnungspunkt „Horoskop-Honorare als Betriebsausgaben" überein, *daß derlei Ausgaben – bei Wallenstein!* – nicht als abzugsfähige Betriebsaufwendungen zu betrachten seien.

Damit korrigierte die Expertenrunde das gegenteilige Urteil eines Spezialisten der Oberfinanzdirektion Berlin. Er hatte in der „Kennzeichen D"-Sendung vom 9. Dezember 1982 der erstaunten Öffentlichkeit erklärt, derartige Kosten für Sterndeuterei, die Firmeninhaber betreiben, um über Investitionen zu entscheiden, seien im Sinne des Steuerrechts abzugsfähig.

Berlins Finanzsenator Gerhard Kunz (CDU) – eher Karate-Künsten als den Konstellationen von Gestirnen zugetan – mußte sich nun Gedanken über die Auskunft dieser Behörde machen. Sie untersteht sowohl dem Senat als auch Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg.

Ein Berliner SPD-Parlamentarier, Rechtsanwalt von Beruf, hatte nämlich das TV-Magazin verfolgt und sich leicht verwirrt an Berlins Schatzhüter gewandt: Die Steuerexperten des Senats hatten offenbar mit Shakespeare (Heinrich VI.) gemeint, nur „wenige richten sich nach ihrem Stern", und fleißig das Einkommensteuergesetz studiert. In Paragraph 4, Absatz 4, heißt es dort lapidar: „Betriebsausgaben sind Aufwendungen, die der Betrieb veranlaßt." Absatz 5 schließt dann bestimmte Spesen, Geschenke, Einrichtungskosten und Spaß an Waidwerk und Fischerei als steuermindernd aus.

Der reinen Steuer-Lehre nach mußten die Berliner Experten also folgerichtig zur Annahme kommen, daß auch astrologische Aufwendungen betrieblich bedingt sein können . . .

Deshalb antwortete Kunz dem anfragenden Abgeordneten in fließendem Amtsdeutsch: „Die Oberfinanzdirektion hat die Auffassung vertreten, daß eine Berücksichtigung derartiger Kosten als Betriebsausgaben dann nicht versagt *werden kann, wenn eindeutig eine* betriebliche Veranlassung hierfür gegeben ist, da es dem Betriebsinhaber grundsätzlich freigestellt ist, welche Maßnahmen er bei seinen betrieblichen Dispositionen ergreift und welche Aufwendungen er für seinen Betrieb machen will."

Zugleich distanzierte sich Kunz jedoch von dieser Auffassung seiner Experten, die sich im Kreise ihrer Bundes- und Länderkollegen auch unter keinem guten (Mehrheits-)Stern befanden. Kunz jedenfalls hielt es mit Schillers astrologiekritischer Weisheit „In deiner Brust sind deines Schicksals Sterne" (Piccolomini), und machte sich die abstrakte Lesart seiner Fachleute nicht zu eigen. Denn, so schlußfolgerte Kanzler Kohls Ex-Fraktionsgeschäftsführer im Bundestag, „Betriebsausgaben" könnten Horoskop-Honorare schwerlich sein: Weil sie nämlich „nicht durch Erfordernisse des Betriebs, sondern durch die Person des Inhabers und dessen persönlichen Glauben an die Maßgeblichkeit astrologischer Gutachten veranlaßt sind". Insofern mangele es am „sachlichen Zusammenhang" mit dem Betrieb als solchem.

Künftig glänzt den Anhängern von Stellungs-Varianten der Sterne unter den Unternehmern des Landes kein günstiges Gestirn mehr. Denn Altmeister Goethe reimte bereits: „Die Sterne, die begehrt man nicht, man freut sich ihrer Pracht, und mit Entzücken blickt man auf in einer heitern Nacht . . ."

„Challengers" Start wird zur Herausforderung

WOLFGANG WILL, **New York**

Die „Challenger", Amerikas zweites Raumflugzeug, ist nun schon vor dem Start zur Herausforderung geworden. Ihr Jungfernflug, ursprünglich für Ende Januar in Aussicht gestellt, ist eines neuen Lecks wegen nicht vor Ende März zu erwarten. Damit ist der ganze Zeitplan durcheinandergeraten – zur Enttäuschung der Europäer. Ihr „Spacelab"-Unternehmen kann nunmehr voraussichtlich nicht mehr in diesem Jahr, sondern erst im Februar 1984 gestartet werden. Das gleicht, gelinde gesagt, einer mittleren Katastrophe. Für die Nasa aber, den Konzern Rockwell International und die gesamte US-Industrie erhebt sich nach der erneuten Panne allmählich die Frage, wie zuverlässig ihre Qualitätskontrollen noch sind.

Es scheint, als gehörten die Tage, da US-Präsident John F. Kennedy noch einen Termin für ein Wagnis wie die Mond-Landung setzen konnte, der Vergangenheit an. Mit mehreren Jahren Verzögerung konnte das Projekt „Raumflugzeug" überhaupt erst in Angriff genommen werden. Immer deutlicher zeigt sich inzwischen, daß nunmehr die Realisierung an vermeidbaren Pannen scheitert:

- Die Schwestermaschine der „Columbia", die weiterhin flügellahme „Challenger", war kaum auf der Startrampe 39 des Kennedy Space Center positioniert worden, da ergab ein Test, daß ein Triebwerk nicht zufriedenstellend arbeitete. Der Verdacht, daß dieses Triebwerk ein explosionsverdächtiges Leck aufwies, wurde nach wochenlangen Reparaturen und Ausgaben von drei Millionen Dollar bestätigt.
- Ursache dieses peinlichen Lecks, das schon vom Hersteller Rockwell entdeckt und behoben schien: Rockwell hatte versäumt, die Schweißstelle auch entsprechend zu „härten".
- Inzwischen wurde auch beim Ersatztriebwerk eine fehlerhafte Wärmeaustauschpumpe festgestellt. Dabei war auch dieses Triebwerk erst kurz zuvor für einwandfrei befunden worden.
- Hinzu kommt, daß auch die beiden vermeintlich fehlerfreien Triebwerke nicht sauber arbeiten.

Diese „Kleinigkeiten" kosteten die Nasa bereits zusätzliche vier bis fünf Millionen Dollar. Vergleichbare, auf mangelhafte Qualität zurückzuführende Probleme hatte es beim Raumflugzeug-Projekt schon früher gegeben; beispielsweise die beiden schadhaften Raumanzüge während der fünften „Columbia"-Mission: sie waren so schluderhaft gearbeitet, daß sie nicht eingesetzt werden konnten.

Und jetzt das Triebwerks-Fiasko: Im günstigsten Fall könnte „Challenger" mit zwei Monaten Verspätung starten. Damit ist der gesamte Nasa-Fahrplan durcheinandergeraten. Amerikas erste Astronautin, Sally Ride, und der deutsche Satellit „Spas" können nicht mehr am 20. April, sondern erst Mitte Mai starten. Die dritte „Challenger"-Mission „rutscht" damit von Juli auf August, womit der September-Flug von Ulf Merbold, dem ersten deutschen Wissenschafts-Astronauten, mit seinem „Spacelab" nicht mehr zu verwirklichen ist. Zwar könnte das bei Erno in Bremen montierte europäische Raumlabor theoretisch noch im Oktober auf die Reise geschickt werden, aber auch danach sieht es kaum noch aus. „Spacelab" dürfte erst '84 flügge werden. (SAD)

80 Tote beim Karneval in Rio de Janeiro

dpa, **Rio de Janeiro**

Der Karneval von Rio de Janeiro hat in diesem Jahr erneut viele Menschenleben gefordert. Nach Angaben des Gerichtsmedizinischen Instituts wurden von Freitag bis Montag 80 Leichen eingeliefert. Rund 3700 Menschen mußten stationär behandelt werden. Es wird jedoch angenommen, daß die endgültige Zahl der Karnevals-Toten weit höher liegt.

In den Notstationen der Krankenhäuser herrschte am Wochenanfang weiterhin Hochbetrieb. Das sonnige Wetter zog viele Nachtbummler an die Atlantikstrände der Stadt. Rettungstrupps mußten 69 Menschen vor dem Ertrinken retten. Die meisten waren hinausgeschwommen, obwohl rote Fahnen vor starkem Wellengang warnten.

Unterdessen gingen auch gestern noch die Umzüge durch die Straßen von Rio weiter, bei denen Zehntausende Kostümierte und Schaulustige unterwegs waren. Am Montagmittag war bei Temperaturen bis zu 40 Grad Celsius im Schatten der farbenprächtigste und längste Umzug des diesjährigen Karnevals zu Ende gegangen. Mehr als 18 Stunden lang waren 30 000 kostümierte Mitglieder der zwölf besten Sambaklubs an rund 700 000 Zuschauern vorbeigetanzt.

Haftbefehl aufgehoben

dpa, **München**

Der Haftbefehl gegen den als Entführer des 13jährigen Sven Lehne verdächtigten Walter Kappl ist vom Oberlandesgericht München rechtskräftig aufgehoben worden. Es sieht keinen dringenden Tatverdacht mehr.

Ein Toter bei Großbrand

dpa, **Brunsbüttel**

Bei einem Großfeuer bei einem Chemie-Werk in Brunsbüttel ist gestern ein Arbeiter getötet worden. Fünf Mitarbeiter wurden zum Teil schwer verletzt. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Mark. Die Brandursache ist noch ungeklärt.

Bachmeier verantwortlich?

dpa, **Lübeck**

Die des Mordes angeklagte Marianne Bachmeier litt nach Ansicht der Hildesheimer Psychologin Professor Elisabeth Müller-Luckmann (60) nicht an einer „Bewußtseinsstörung", *als sie am 6. März 1981 im* Gerichtssaal den mutmaßlichen Mörder ihrer Tochter Anna, den Schlachter Klaus Grabowski, erschoß. Vor Gericht räumte die Psychologin gestern jedoch ein, Frau Bachmeier habe sich in einer „seelischen Ausnahmesituation" befunden.

Einkaufszentrum abgebrannt

dpa, **Oberhausen**

Vermutlich weit mehr als zehn Millionen Mark beträgt der Schaden, den am Rosenmontag ein Großbrand in einem Oberhausener Einkaufszentrum angerichtet hat. Die Polizei vermutet, daß das Feuer in einer Gaststätte ausgebrochen ist. Die meisten Geschäfte und Lokale des Zentrums waren wegen des Karnevalsrummels geschlossen.

Urteil zu „wildem Müll"

AP, **Berlin**

Die Beseitigung von „wildem Müll" auf Privatgrundstücken ist nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts nicht Aufgabe der öffentlichen Müllabfuhr, sondern des Grundstückbesitzers. Ein Grundstückseigentümer hatte sich geweigert, ein nicht eingezäuntes Grundstück von Müll zu säubern, der dort von Dritten verbotswidrig abgeladen worden war. (AZ.: BVerwG 7 C 45.80 vom 11. 2. 1983).

Funkgespräch aufgefangen

AP, **Dublin**

Die irische Polizei hat gestern die Suche nach dem entführten Zuchthengst Shergar auf den westirischen Bezirk Galway konzentriert, nachdem dort ein den Pferdedieben zugeschriebenes verschlüsseltes Funkgespräch aufgefangen worden war.

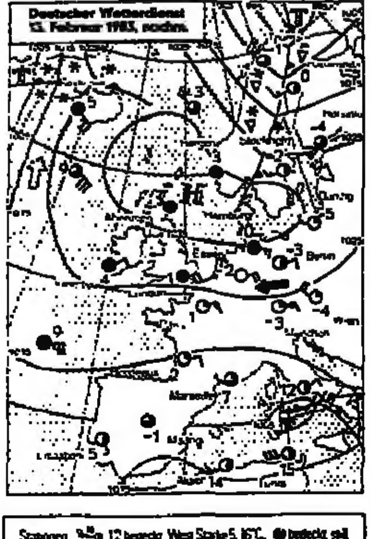
Erfinder des Jahres

AFP, **Salt Lake City**

Der amerikanische Arzt Robert Jarvik ist in Washington zum Erfinder des Jahres gewählt worden. Der Mediziner erhielt diese Auszeichnung für das von ihm entwickelte Kunstherz, das seit dem 2. Dezember vergangenen Jahres in der Brust des ersten Kunstherzempfängers der Welt, Barney Clark, schlägt.

WETTER: Überwiegend sonnig

Wetterlage: An der Südseite eines Hochdruckgebietes mit Kern über der nördlichen Nordsee strömt weiterhin Kaltluft aus Nordosten nach Deutschland.



Vorhersage für Mittwoch

Gesamtes Bundesgebiet und Berlin: Gebietsweise in den Frühstunden Nebel und Hochnebel. Sonst überwiegend heiter und niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen um null Grad, in Gebieten mit Hochnebel und in den Mittelgebirgen um minus 5 Grad, nachts Frost zwischen minus 5 und minus 10 Grad, bei längerem Aufklaren in Tallagen auch unter minus 10 Grad. Mäßiger, zeitweise auffrischender Nordostwind.

Weitere Aussichten

Andauer des winterlichen Hochdruckwetters.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	–3°	Kairo	24°
Bonn	0°	Kopenh.	–1°
Dresden	–6°	Las Palmas	17°
Essen	–2°	London	1°
Frankfurt	–1°	Madrid	–1°
Hamburg	0°	Mailand	5°
List/Sylt	0°	Mallorca	8°
München	–3°	Moskau	–11°
Stuttgart	–1°	Nizza	7°
Algier	14°	Oslo	1°
Amsterdam	0°	Paris	1°
Athen	13°	Prag	–5°
Barcelona	5°	Rom	12°
Brüssel	–1°	Stockholm	–2°
Budapest	–3°	Tel Aviv	19°
Bukarest	–3°	Tunis	15°
Helsinki	–4°	Wien	–4°
Istanbul	9°	Zürich	–2°

Sonnenaufgang* am **Donnerstag:** 7.33 Uhr, Untergang: 17.40 Uhr, **Mondaufgang:** 9.35 Uhr, Untergang: 22.33 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Elektriker sorgten für neue Spannung

HELMUT VOSS, **London**

Sie hat strähniges, blondes Haar, trägt meist formlose Pullover, heißt Deirdre und sieht mit ihrer dicken Hornbrille laut „Sunday Mirror" aus „wie eine verlorene Eule auf einem Fahnenmast". Am Montagabend um 19.30 Uhr saßen wegen Deirdre schätzungsweise siebzehn Millionen Engländer ratund fassungslos vor ihren Fernsehapparaten: ein Kurzstreik von 106 Elektrikern hatte sie um die Antwort auf die fundamentale Frage betrogen, ob Deirdre wohl in der Fernsehserie „Coronation Street" ihren erzbiederen Mann Ken verläßt, ob sie zu ihrem flotten Freund Mike zieht und, überhaupt, wie Ken wohl reagiert.

Beim kommerziellen englischen Fernsehen gab es so viele Anrufe empörter Zuschauer, daß zeitweilig alle Leitungen blockiert waren. Im Ostlondoner Vorort Forest Gate berichtete Colin Sackville von einem Erlebnis, das in dieser oder ähnlicher Form viele Landsleute hatten: „Meine Frau war so sauer, daß sie mich mit der 1,20 Meter hohen Karte, die ich ihr zum St.-Valentins-Tag geschenkt hatte, bewarf und dann aus dem Haus stürmte . ."

Das Schicksal der von der englischen Schauspielerin Anne Kirkbridge dargestellten Deirdre Barlow beschäftigt Englands TV-Gemeinde seit Wochen so, wie die Dallas-Gemeinde einst die Schüsse auf „J.R." beunruhigt hatten. Sie ist eine der Hauptpersonen in einem der erstaunlichsten Dauerbrenner in der Geschichte des Fernsehens. „Coronation Street", eine in einem Arbeitervorort von Manchester spielende Kleine-Leute-Seifenoper, wird seit 22 Jahren ausgestrahlt, hat mehr als 2000 Episoden, 100 Todesfälle, siebzehn Hochzeiten und sechs Geburten erlebt und nebenbei mehr als 3000 Schauspieler „verschlissen".

Die in einem „Tante Emma"-Laden in der „Krönungsstraße" arbeitende Deirdre hatte erstmals im Sommer des Jahres 1981 die Nation im Herzen getroffen. Damals heiratete sie in der gleichen Woche, als in der Londoner St.-Pauls-Kathedrale eine gewisse „Hochzeit des Jahrhunderts" stattfand, Nachbar Ken und demonstrierte auf überwältigende Weise die Macht der „Box": Während Charles und Di 13,7 Millionen Briten an den Bildschirm locken konnten, waren bei Ken und Deirdre nicht weniger als 15,35 Millionen gerührte „Coronation Street"-Fans zu Gast.

Seit Wochen redet erneut das ganze Land von Deirdre. Die frustrierte Haus- und Ehefrau hat nämlich nur eineinhalb Jahre nach der Hochzeit ein Techtelmechtel mit dem Fabrikbesitzer und Frauenhelden Mike Baldwin angefangen: Zwar waren auf dem Bildschirm – schließlich ist man in England und außerdem sitzen um diese Zeit Kinder vor dem Bildschirm – bisher nur vielsagende Blicke und ein heißer Kuß zu sehen, aber jeder Stammgast von „Coronation Street" wußte, was gespielt wird. Die Zeitungen schürten das Feuer, indem sie Umfragen unter ihren Lesern veranstalteten, ob Deirdre wohl Ken verlassen solle oder nicht. Auch der Bischof von Edmonton, Seine Eminenz Bill Westwood, mischte sich mit einer Warnung ein: „Zuviel Realismus könnte das Ende von ‚Coronation Street' bedeuten."

Dank der bei der Programmgesellschaft „Granada Television" beschäftigten Elektriker läßt dieser Realismus weiter auf sich warten: Sie kalkulierten clever, daß Deirdres Affäre, die „Coronation Street" weitere 1,5 Millionen Zuschauer verschafft hat, ein gutes Mittel sei, um auf Lohnforderungen aufmerksam zu machen, und zogen eine halbe Stunde vor Übertragungsbeginn den Stecker heraus. Jetzt soll die Episode, auf die ganz England wartet, am Mittwochabend ausgestrahlt werden. (SAD)

ZU GUTER LETZT

In New York drang ein bewaffneter Räuber in eine Bank ein, blieb vor der Kasse unschlüssig stehen und ließ sich widerstandslos festnehmen. Später sagte er aus: „Ich war von der Schönheit der Kassiererin so überwältigt, daß ich vergessen habe, warum ich gekommen bin."